

INHALT



Informationen für Deutschland und Europa

12.2008/01.2009

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Unternehmen	28

VERBÄNDE



Thema. Finanzkrise	37
DNR intern	38
Aus den Verbänden	38
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	42
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Schlüsselthema Wasser erreicht neue Zielgruppen	

THEMEN DES MONATS

Globale Umweltpolitik

Kommt die Weltumweltorganisation?

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen könnte zu einer UNEO aufgewertet werden

Seite 2

Nachhaltige Entwicklung

Die Welt zukunftsfähig machen

Turbokapitalismus und Naturzerstörung sind mit den Ideen der Agenda 21 zu stoppen

Seite 4

Chemikalienrecht

Neue Chance für giffreie Produkte?

Ob die REACH-Verordnung besonders gefährliche Stoffe aus dem Verkehr zieht, wird sich jetzt zeigen

Seite 6

Nachhaltiges Bauen

Länge, Breite, Höhe, Umweltrucksack

Das Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen soll Umweltschäden schon beim Planen minimieren

Seite 7

Interview: Klimaschutz

„Poznań muss Ergebnisse liefern“

Die Klimakonferenz soll den neuen Weltvertrag vorbereiten – die UNO setzt auf die Zivilgesellschaft

Seite 13

SPEZIAL

Umweltflüchtlinge

Seite 29 bis 36

Globale Umweltpolitik

Bekommen wir eine Weltumweltorganisation?

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen könnte zu einer UNEO aufgewertet werden

Wer weltweit Umwelt und Natur schützen will, braucht starke Institutionen. Entgegen wohlfeiler Absichtserklärungen der Regierungen der Welt ist der Umweltarm der Vereinten Nationen, UNEP, aber immer noch schwach. Im Rahmen einer UN-Reform könnte sich das langsam ändern. Doch ohne den Willen und das Geld der Mitgliedstaaten sind wirksame Reformen kaum zu erwarten. ■ VON STEFFEN BAUER, DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Vereinten Nationen sind gleichermaßen Antreiber und Handlungsrahmen der internationalen Umweltpolitik. Der noch unter Generalsekretär Kofi Annan angestoßene Reformprozess zur Stärkung der „systemweiten Kohärenz“ der Vereinten Nationen zielt daher neben den Handlungsfeldern Entwicklung und humanitäre Hilfe ausdrücklich auch auf die Umweltpolitik der Weltorganisation. Im Mittelpunkt der damit verbundenen Diskussion um erforderliche institutionelle Anpassungen steht zumeist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Es wurde nach der Stockholmer Weltumweltkonferenz von 1972 gegründet und verkörpert seither das „Umweltbewusstsein“ der Vereinten Nationen. Offensichtlich ist, dass die dem UNEP zugebilligten Kompetenzen und Ressourcen aber weder ausreichen, den vielfältigen Umweltproblemen der Welt wirksam zu begegnen, noch, die umweltpolitisch relevanten Aktivitäten der zahlreichen UN-Sonderorganisationen und Programme sinnvoll zu bündeln.

Handlungsbedarf unbestritten

Die Bedeutung des UNEP als zentrales umweltpolitisches Organ der Vereinten Nationen wurde in zahlreichen Resolutionen und Deklarationen zwar immer wieder neu bestätigt. Die Mitgliedstaaten haben es aber nicht in die Lage versetzt, die damit verbundenen Erwartungen wirklich erfüllen zu können.⁽¹⁾

Neuartig erscheint deshalb weniger die Forderung, das UNEP aufzuwerten „und mit echter Autorität als die für Umweltpolitik zuständige Säule des Systems der

Vereinten Nationen“⁽²⁾ auszustatten. Neu sind vielmehr die Ernsthaftigkeit, mit der die Mitgliedstaaten gegenwärtig konkrete Reformoptionen diskutieren, und das Maß, in dem sich unterschiedliche Positionen zur Notwendigkeit und Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen zuletzt angenähert haben. So wird kaum noch in Frage gestellt, dass die Vereinten Nationen in der Umweltpolitik stärker als bisher mit einer Stimme sprechen müssen und dass diese Stimme über politisches Gewicht und fachliche Autorität verfügen muss. Ebenso wird allgemein anerkannt, dass die Tätigkeiten der Vereinten Nationen im Schnittfeld von Umwelt und Entwicklung besser aufeinander abgestimmt werden müssen und dass mehr finanzielle Mittel für umweltpolitische Ziele bereitgestellt werden sollen. Unstrittig ist auch, dass mehr für den Aufbau umweltpolitischer Kapazitäten in Entwicklungsländern getan werden muss, wenn international vereinbarte Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene wirksam umgesetzt werden sollen.

Drei Wege zur Reform

Strittig bleibt, wie diese Ziele am besten zu erreichen sind. Hier haben sich drei unterschiedliche Positionen herauskristallisiert, die sich ihrer Reichweite nach unterscheiden lassen: ein Bündel pragmatischer Reformschritte, die UNEP helfen sollen, eine bessere umweltpolitische Leistung der Vereinten Nationen im gegebenen institutionellen Rahmen zu erreichen; ein im Sinne einer Dachorganisation gestärktes UNEP, in das der milliardenschwere Finanzierungsmechanismus Globale Umweltfazilität (GEF) und die Sekretariate einschlä-

Globale Umweltfazilität

Die Global Environment Facility (GEF) fördert seit 1991 Projekte für globalen Umweltschutz in Entwicklungsländern. Sie ist der Finanzierungsmechanismus für die Konventionen zu Biodiversität, Klima und langlebigen organischen Schadstoffen. Die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der UN und UNEP agieren als Durchführungsorganisationen.

giger internationaler Umweltabkommen, wie etwa der Klimarahmenkonvention, integriert würden; sowie schließlich die Neugründung einer UN-Umweltbehörde im Range einer Sonderorganisation. Diese würde sich von UNEP formal vor allem durch den eigenen völkerrechtlichen Status, eine universelle Mitgliedschaft und verbindliche Finanzierungsbeiträge der Mitgliedstaaten unterscheiden. Es wäre dies die weitreichendste organisatorische Reform, wie sie mit unterschiedlichen Etiketten, zum Beispiel als Weltumweltorganisation WEO, als Globale Umweltorganisation GEO oder als United Nations Environment Organization UNEO, seit Jahren immer wieder neu zur Diskussion gestellt wird.⁽³⁾

„Friends of UNEO“ für Sonderorganisation

Ein entsprechender Vorstoß Frankreichs gipfelte im Februar 2007 in einer Konferenz, zu der sich auf Einladung des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac MinisterInnen, Unternehmer- und

WissenschaftlerInnen aus über 60 Staaten in Paris zusammenfanden. Vertreter aus 46 Ländern – im wesentlichen die Mitgliedstaaten der EU sowie knapp zwei Dutzend Entwicklungsländer – hoben hier eine „Group of Friends of the UNEO“ aus der Taufe, um ihrer Forderung nach einer starken Umwelt-Sonderorganisation Nachdruck zu verleihen. Nach wie vor stehen aber viele Staaten diesem Ansinnen skeptisch bis offen ablehnend gegenüber, darunter nicht zuletzt die USA und Japan sowie China, Mexiko und eine Reihe weiterer Schwellen- und Entwicklungsländer. Die UNEO-Initiative hat gleichwohl dazu beigetragen, die Reformdiskussion auf hoher staatlicher Ebene zu verstetigen und die politische Aufmerksamkeit zu erhöhen. So folgten weitere Ministerkonferenzen, die auf Einladung Brasiliens im September 2007 in Rio de Janeiro und auf Einladung Costa Ricas im Mai 2008 in New York stattfanden, ein Treffen der Commonwealth-Staatschefs im Juni 2008 in London sowie nicht zuletzt fortgesetzte informelle Beratungen im Kontext des UNEP-Verwaltungsrats und der UN-Generalversammlung. Unter Federführung Mexikos und der Schweiz werden hier getreu dem Motto eines „ambitionierten Inkrementalismus“ (siehe Kasten) konsensfähige Verbesserungsmöglichkeiten in sieben Problembereichen erörtert und schrittweise konkretisiert, ohne dass die Diskussion grundsätzlicher Reformfragen aufgegeben würde. Zu den einzelnen

Inkrementalismus

Mit Inkrementalismus wird ein zurückhaltender Schritt-für-Schritt-Politikstil bezeichnet. Es werden nur Veränderungen angestrebt, die sich ohne viel Aufwand und ohne große Widerstände umsetzen lassen. Das Konzept wurde 1959 von Charles Lindblom entwickelt, der das Ganze als eine Art „Wissenschaft des Durchwurstelns“ bezeichnete: besser eine begrenzt-rationale Entscheidung treffen als aufgrund der komplexen Situation keine oder eine nicht-rationale Entscheidung. [jg]

„Bausteinen“ zählen dabei die Präsenz des UNEP auf regionaler Ebene, der Ausbau seiner wissenschaftlichen Kapazitäten und eine verbesserte Finanzierungsgrundlage.⁽⁴⁾

Cartagena und Bali richtungsweisend

Diesseits der Reformdebatte sollte nicht übersehen werden, dass in den letzten Jahren schon wichtige Schritte zur Stärkung des UNEP unternommen wurden. Neben den beachtlichen Anstrengungen des UNEP-Direktors Achim Steiner und seines bis 2006 amtierenden Vorgängers Klaus Töpfer, die Sichtbarkeit des Umweltprogramms und die Leistungsfähigkeit seines Sekretariats zu verbessern, sind hier vor allem zwei politische Initiativen des UNEP-Verwaltungsrats zu nennen. Erstens das im Rahmen des Globalen Umweltministerforums von 2002 beschlossene Cartagena-Paket, das eine inkrementelle Stärkung des UNEP vorsieht und in vielen Punkten die Grundlage für die aktuelle Reformdiskussion liefert, und zweitens der 2005 verabschiedete Bali-Strategieplan, der UNEP vor allem zum Aufbau armutsrelevanter umweltpolitischer Kapazitäten in Entwicklungsländern befähigen soll.

Ohne Geld keine Fortschritte

Für die informellen Beratungen der Mitgliedstaaten sind die Beschlüsse von Cartagena und Bali zentral. Sie bieten insbesondere den Entwicklungsländern Gelegenheit, die Glaubwürdigkeit der Industrieländer auf die Probe zu stellen, indem sie die Umsetzung der bereits getroffenen Vereinbarungen einfordern und ihre Zustimmung zu weiter reichenden organisatorischen Reformen davon abhängig machen. Ohne erkennbaren politischen Willen, die entwicklungspolitische Dimension umweltpolitischer Fragen stärker zu berücksichtigen und dafür zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, sind jedenfalls keine durchschlagenden Fortschritte zu erwarten. Bedeutsame Reformergebnisse setzen vielmehr voraus, dass die Regierungen in Industrie- wie Entwicklungsländern akzeptieren, dass sie angesichts der Tragweite und Komplexität der ökologischen Heraus-

forderungen „mehr gewinnen als verlieren, wenn sie die Vereinten Nationen in den Stand setzen, Aufgaben zu übernehmen, die kein Land allein erledigen kann“.⁽⁵⁾

Bis dahin wird es entscheidend sein, nicht in aktionistische Organisationsformen zu verfallen, sondern breite programmatische Veränderungen anzustreben, die ökologische Degradation und den globalen Klimawandel als langfristige Parameter fast aller Handlungsfelder der Vereinten Nationen berücksichtigen. Eine starke Umweltbehörde, die innerhalb der Vereinten Nationen über ausreichende Autorität verfügt, um eine größere Kohärenz der internationalen Umweltpolitik zu erwirken, kann dabei nur förderlich sein. Ob dies durch eine gezielte Stärkung des UNEP oder die Schaffung einer neuen Sonderorganisation erreicht wird, bleibt letztlich nebensächlich.

Anmerkungen

- ▶ (1) Bauer, S. (2006): Die Reform der Vereinten Nationen und die Umweltpolitik. Das UNEP zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Klein, E.; Volger, H. (Hrsg.): Chance für eine Reform der Vereinten Nationen? Potsdam, S. 117–131.
- ▶ (2) UN (Hrsg.) (2006): Eine UNO. Bericht der Hochrangigen Gruppe des Generalsekretärs für systemweite Kohärenz auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt. www.un.org/events/panel/resources/pdfs/HLP-SWC-FinalReport.pdf. Deutsche Zusammenfassung: www.un.org/Depts/german/reform/execsumm.pdf
- ▶ (3) Bauer, S.; Biermann, F. (2005): The Debate on a World Environment Organization: An Introduction. In: Biermann, F.; Bauer, S. (Hrsg.): A World Environment Organization. Solution or Threat for Effective International Environmental Governance? Aldershot, S. 1–23.
- ▶ (4) UNEP (Hrsg.) (2008): UNEP Committee of Permanent Representatives, Secretariat Briefing, International Environmental Governance (IEG), 18.06.2008. Overview. <http://intranet.unep.org/pdf/cpr-ieg-june-08-final-rev.pdf>
- ▶ (5) Kennedy, P. (2007): Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung. München, S. 323.

Der Politikwissenschaftler Steffen Bauer ist seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn und Referent des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 94927-153, E-Mail: steffen.bauer@die-gdi.de, www.die-gdi.de



Nachhaltige Entwicklung

Die Welt zukunftsfähig machen

Turbokapitalismus und Naturzerstörung sind mit den Ideen der Agenda 21 zu stoppen

Die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die zwölf Jahre nach der ersten Untersuchung erschienen ist, sollte jetzt gelesen und umgesetzt werden. Anders lassen sich das auf Spielbank-Niveau organisierte Finanzsystem, sittenwidrige Energiepreiserhöhungen sowie die Folgekatastrophen der ungehemmten Wachstumseuphorie nicht in Richtung Nachhaltigkeit umsteuern. ■ VON ROLF KREIBICH, INSTITUT FÜR ZUKUNFTSTUDIEN UND TECHNOLOGIEBEWERTUNG

Als 1996 der BUND und Misereor die erste Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ veröffentlichten, konnte das zu Recht als Meilenstein auf dem Weg in ein nachhaltiges Deutschland gelten. Erstmals wurde umfassend dargestellt und empirisch untermauert, dass der Weg Deutschlands in eine nachhaltige Zukunft nicht nur wünschbar, sondern auch möglich und gestaltbar ist.

Die Rio-Konferenz war eine Sternstunde der Vereinten Nationen

Wir, die wir im Rahmen der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen 1992 (siehe Kasten) hart um die Erarbeitung und Verabschiedung der Rio-Deklaration und die Agenda 21 – das Weltaktionsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert – gerungen hatten, fanden den Impuls von Rio besonders wichtig. Genau dieser Anstoß wurde gebraucht, um nunmehr auf europäischer, nationaler und lokaler beziehungsweise kommunaler

Ebene die Inhalte der von 182 Staaten verabschiedeten Agenda 21 in konkrete Strategien und Handlungsprogramme umzusetzen. Aus heutiger Sicht war die Rio-Konferenz von 1992 – auch mit der Klimarahmenkonvention und der Deklaration zum weltweiten Schutz der Wälder – eine besondere Sternstunde der Vereinten Nationen. Vielleicht sogar ihre bisher größte Zukunftsleistung zur Erhaltung der Biosphäre und der Menschheit. In den Jahren danach gab es wohl kaum noch einmal ein Zeitfenster, das solche Perspektivleistungen ermöglicht hätte. Heute ist kaum noch bekannt, dass während und nach der Rio-Konferenz nicht nur die Medien vom „Gipfel der Scheinheiligkeit“, vom „Gipfel der Öko-Träumer“, vom „Gipfel der Zukunftsphantasten“ sprachen und schrieben. Auch zahlreiche Umweltverbände übernahmen eine ganze Zeit diese Kulturkampf-Begriffe. In Politik und Wirtschaft dominierten weiter die alten ideologischen Phrasen vom ewigen Wirtschaftswachstum, den Katastrophenaposteln und Wohlstandsspielverderbern.

Ökonomie und Ökologie sind vereinbar

Das hat sich mittlerweile völlig verändert. Die vielen lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Agenda-21-Prozesse, -Projekte, -Initiativen und -Netzwerke sprechen eine deutliche Sprache: Die Rio-Impulse haben weltweit gezündet. In den Jahren bis zur Millenniumserklärung der UN im September 2000 und der Nachhaltigkeitskonferenz in Johannesburg 2002 hat sich – ganz besonders im zivilgesellschaftlichen Bereich – viel verändert, vieles getan zur Unterstützung einer Weltbewe-

gung für eine nachhaltige Entwicklung. Aber auch im politischen Raum – vor allem in vielen EU-Ländern und auch in Deutschland – hat sich vieles in die richtige Richtung bewegt:

Bis heute hat sich – endlich, nach 30 harten Jahren – erwiesen und allmählich auch herumgesprochen, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind, sondern in einer Welt der endlichen Ressourcen und verletzbaren Ökosysteme sich gegenseitig bedingen. Dass vernünftiges ökonomisches, ökologisches und soziales Handeln zusammengeht, beweist in erster Linie die Solarwirtschaft, die sowohl auf die Kraft der Sonne als auch die Effizienz moderner Wissenschaft und Technologie angewiesen ist. Sie setzt auf das Zusammenspiel sauberer Energiequellen, nachwachsender Rohstoffe und intelligenter Energiespeichertechniken für Strom und Wärme und treibt die Einsicht in die Notwendigkeit eines sparsamen Verbraucherverhaltens in Industrie, Haushalten, Dienstleistungs- und Verkehrssektor voran.

Kein noch so hoher Gewinn rechtfertigt irreversible Schäden

Widerlegt ist auch die dümmliche These, die Unternehmen müssten erst große Gewinne machen, um mit diesen dann die Folgeschäden des gigantischen Energieverbrauchs aus fossilen und nuklearen Quellen reparieren zu können. Wir wissen seit Jahrzehnten, dass kein Gewinn ausreichen würde, um die überdimensionalen Schäden der fossilen und nuklearen Ressourcenverbrennung in der Biosphäre, das Ruinieren der Gesundheit von Menschen, die Zerstörung wertvoller Kulturgüter und

Der Rio-Gipfel

An der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro nahmen vom 3. bis 14. Juni 1992 rund 10.000 Delegierte aus 178 Staaten teil. Die UNCED gilt als Ausgangspunkt für zahlreiche Aktivitäten für nachhaltige Entwicklung. Beschlossen wurden neben der Deklaration von Rio über Umwelt und Entwicklung auch die Klimaschutzkonvention, die Artenschutzkonvention, die Walddeklaration und die Agenda 21.

Kulturlandschaften rückgängig zu machen. Zahlreiche Folgen wie die Vernichtung von Pflanzen- und Tierarten, massive Klimaänderungen oder radioaktive Verseuchungen sind überhaupt nicht reparierbar, sie sind schlichtweg irreversibel.

Die großen Dinosaurier der Energiewirtschaft haben über Jahrzehnte astronomische Gewinne eingefahren – weitgehend zulasten der Haushalte und der kleinen und mittleren Unternehmen. Wo waren sie denn bei der Entwicklung einer neuen, sauberen Energiestrategie – mit ihren derzeit geschätzten 165 Milliarden Euro flüssigem Kapital? Sie haben sich weder an der Entwicklung der erneuerbaren Energien noch an der Entwicklung von Effizienztechnologien außerhalb der Energiewirtschaft beteiligt und schon gar nicht an der Beseitigung der Schäden in den meisten Lebensbereichen. Nein, sie haben sogar an den Folgeschäden der fossilen und nuklearen Verbrennung zusätzlich massiv verdient, zum Beispiel rund 30 Milliarden Euro beim Aushandeln des Atomausstiegs oder durch die Vergabe von Emissionszertifikaten zum Nulltarif. Alle diese Gewinne wurden zulasten der SteuerzahlerInnen und der kleinen und mittleren Unternehmen gemacht, die zu schwach waren, um Dumpingpreise auszuhandeln.

Zorn und Vergnügen

Wenn die großen Energieversorger wieder einmal die Strom- und die Gaspreise erhöhen, schwanke ich zwischen Zorn und Vergnügen: Der Zorn stellt sich ein, wenn man sich vor Augen hält, dass uns diese Oligopolisten, oder richtiger sogar Monopolisten in ihrem abgegrenzten Versorgungsgebiet, ungerechtfertigt und ganz unverfroren in die Tasche greifen und so innerhalb der letzten fünf Jahre die Energiepreise im Durchschnitt um 57 Prozent erhöht haben.

Zum Glück gibt es wache Umwelt- und Verbraucherverbände und mutige BürgerInnen, die sich gegen diese unangemessenen bis sittenwidrigen Preiserhöhungen stemmen und vor Gericht ziehen – zum Glück in der Regel mit gutem Erfolg. Gleichwohl ist dieser Kampf der Davids

gegen die Goliaths zermürend und leider ist es bisher auch noch nicht gelungen, alle Karten und Tricks der großen Energieversorger ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Das ZDF-Politmagazin Frontal 21 hat dankenswerterweise die Tricks und Absprachen bei der Manipulierung der Leipziger Energiebörse offengelegt. Da ist es höchst ermutigend, dass schon über eine Million KundInnen den großen Vier – Eon, RWE, Vattenfall und EnBW – den Rücken gekehrt haben.

Vergnüglich stimmen mich die Strom- und Gaspreiserhöhungen der großen Energieversorger deshalb, weil sie der beste Motor sind, um die Strategie der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien und der Energiespeichertechnologien voranzutreiben. Die Arroganz der Energiemacht hat die großen Konzerne offenbar blind gemacht für das, was sich derzeit wirklich abspielt:

- ▶ Die Windräder, Solarkraftwerke, Solarfabriken, Biomasseanlagen und Geothermieprojekte schießen wie Pilze aus der Erde und haben immer mehr wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen;
- ▶ das Ausbaugewerbe und die Zulieferer kommen manchmal nicht mehr nach, um die Nachfrage nach Systeminstallationen, Rohstoffen und Halbprodukten zu erfüllen;
- ▶ die gesamte Branche der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienztechnologien hat mit Abstand die meisten zukunftsträchtigen Arbeitsplätze geschaffen;
- ▶ die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen kommen kaum nach, um den Fachkräftebedarf zu decken;
- ▶ die KundInnen laufen den großen Energieversorgern scharenweise davon.

Aus Schaden klug werden

Natürlich haben die gigantischen Folgekatastrophen des Naturabbaus und der ungehemmten Wachstumseuphorie in Gestalt von Hurrikanen, Überschwemmungen und Landzerstörungen und eines auf Spielbank-Niveau organisierten Weltfinanzsystems dazu beigetragen, dass vielen Menschen auf der Erde die Augen geöffnet

Die Zukunftsstudie

Die vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitete Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ wurde im Oktober veröffentlicht. Herausgeber sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die evangelische Entwicklungsorganisation Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED).

- ▶ BUND, EED, Brot für die Welt (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Fischer, Frankfurt am Main 2008, 656 S., 14,95 €, ISBN 978-3-596-17892-6

wurden: Der Turbokapitalismus wird unsere Biosphäre und damit die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen in relativ kurzer Zeit – ganz sicher noch in diesem Jahrhundert – zerstört haben, wenn nicht schnellstens in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung umgesteuert wird.

Vor diesem Hintergrund ist die in diesem Herbst von Brot für die Welt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und dem Umweltverband BUND vorgelegte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ ein sehr wichtiger Meilenstein in Richtung Nachhaltigkeit. Alles, was in dieser Studie ausgeführt wird, ist richtig und notwendig. So hoffe ich nur, dass diesmal – anders als bei der Agenda 21 – die Texte wirklich gelesen und wahrgenommen und ihre Inhalte und Maßnahmenvorschläge möglichst schnell umgesetzt werden.

Der Physiker und Soziologe Prof. Dr. Rolf Kreibich leitet seit 1981 das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin. Seit 2007 ist er Mitglied des World Future Council.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 803088-0,
E-Mail: r.kreibich@izt.de,
www.izt.de



Chemikalienrecht

Neue Chance für giftfreie Produkte?

Ob die REACH-Verordnung besonders gefährliche Stoffe aus dem Verkehr zieht, wird sich jetzt zeigen

Die EU-Chemikalienverordnung REACH kommt voran: „Altstoffe“ müssen jetzt angemeldet sein. Während manche Firmen noch nicht wissen, was in ihren Produkten ist, können Umwelt- und Verbraucherverbände ihre Informationsrechte nutzen. Machen sie jetzt Druck, könnten die schlimmsten Gifte bald ersetzt sein. ■ VON MANFRED KRINES, ARGE KDR

Mit der REACH-Verordnung, dem umfangreichsten Gesetzeswerk, das die EU bisher verabschiedet hat, wurden im Juli 2007 die Grundlagen für eine neue, verbraucherorientierte Chemikalienpolitik geschaffen: „Ohne Daten kein Markt“ – dieser Kernsatz in der Verordnung bringt das deutlich zum Ausdruck.

Konkret geht es nun darum, dass – neben den etwa 4.500 registrierten Neustoffen – seit dem 1. Dezember ein Großteil der über 100.000 ungeprüften und bislang nicht registrierten Altstoffe in die REACH-Registrierung zu führen ist. Hier zeigt sich nun, dass die „sicheren Erzeugnisse“, wie sie das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz von 2004 kannte, nicht besonders sicher sein können, da die Altstoffdaten meist keine ausreichende Sicherheit bieten.

Hersteller in Bedrängnis

Zu fragen ist auch, weshalb das Deutsche Institut für Bautechnik zwar den öffentlichen Auftrag hat, die Rezepturen aller zulassungspflichtigen Produkte vom Hersteller anzufordern, diese Informationen aber nicht dazu führen, dass gefährliche Stoffe substituiert, also durch weniger gefährliche ersetzt werden müssen. Die Geheimhaltungsverpflichtung gegenüber den Inverkehrbringern macht hier wenig Sinn und steht einem besseren Verbraucherschutz entgegen, der ja mit REACH eigentlich erreicht werden soll. Dieser Mangel deutet auch darauf hin, dass in den Normungsverfahren die Erfassung der Schadstoffe nicht genügend beachtet und die in der alten Chemikaliengesetzgebung geregelten Verfahren zur Erfassung und Weitergabe von Gefahrstoffinformationen meist nicht gesetzeskonform umgesetzt wurden.

Die Verpflichtung, alle Altstoffe bis Ende November 2008 zur Vorregistrierung anzumelden, hat viele Unternehmen in Bedrängnis gebracht, die die Stoffinformationen aus der Vorlieferkette nicht rechtzeitig überprüfen konnten. Ein Großteil der Altstoffe taucht heute nur noch als fertige Zubereitung in den Rezepturen auf, deren Bestandteile dem Verarbeiter nicht im Einzelnen bekannt sind. Dadurch weiß das Unternehmen zunächst nicht, ob es nur legal angemeldete Rohstoffe verwendet.

„Altstoffe“ werden geprüft

Bis zum 1. Oktober wurden bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA über 37.000 Altstoffe von mehr als 350.000 Unternehmen zur Vorregistrierung angemeldet. Sie müssen nun nach ihrer Verwendung und Gefährdung geordnet und gegebenenfalls in die Gefahrstofflisten aufgenommen werden. Dadurch werden wir es künftig mit viel mehr Gefahrstoffen zu tun haben, die zu kontrollieren und möglicherweise zu ersetzen sind.

Für Umwelt- und Verbraucherschutzverbände bietet REACH die Chance, als „interessierte Kreise“ die Neuordnung und Neufassung der stofflichen Einstufungen und Zuordnungen mit beeinflussen und dabei erreichen zu können, dass die Problemstoffe in die verschiedenen REACH-Anhänge gelistet werden. Die Aufnahme in den Anhang XIV der REACH-Verordnung führt am Ende des Verfahrens zu einem Verbot oder einer Zulassungspflicht für den Stoff.

Für die „besonders besorgniserregenden Stoffe“ (substances of very high concern, SVHC) ist die Registrierung schon bis Ende November 2010 vorgesehen, das

heißt diese Altstoffe sollen vorrangig („prioritär“) überprüft und registriert werden.

Interessant für Umweltschützer

Das Hauptaktionsfeld der Umwelt- und Verbraucherverbände in der Lobby- und Normungsarbeit sollten diese besonders besorgniserregenden Stoffe sein, die bis 2010 in die Registrierung zu führen sind. Zum Teil werden die SVHC-Stoffe schon seit Jahren unbearbeitet in diversen Listen geführt. Die meisten von ihnen sind krebserregend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend. Hinzu kommen die wie Hormone wirkenden Stoffe sowie die schwer abbaubaren Dauergifte, die sich in Lebewesen anreichern.

Das Internationale Chemikaliensekretariat ChemSec hat bereits eine „REACH-SIN-Liste 1.0“ erstellt, in der die SVHC aus Sicht des Umwelt- und Verbraucherschutzes erfasst wurden. SIN steht dabei für „Substitute it now!“. Sofort ersetzen möchte das ChemSec möglichst viele der besonders besorgniserregenden Stoffe.

Stoffdatenbank

Mit Unterstützung der deutschen und europäischen Umwelt- und Verbraucherverbände und mit Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat die ARGE KdR eine Stoffdatenbank entwickelt, mit der die registrierungspflichtigen Altstoffe und die SVHC-Stoffe recherchiert und identifiziert werden können.

► www.positivlist.com/download/pp-portal.pdf

Mit der REACH-Verordnung könnte ein Paradigmenwechsel bei der Einstufung und Kennzeichnung von Gefahrstoffen vollzogen werden: Verdächtige Stoffe bleiben so lange als SVHC eingestuft, bis die Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit wissenschaftlich geklärt ist. So könnte gewährleistet werden, dass Hinweise auf eine mögliche Gefährdung deutlicher zum Ausdruck kommen und die Akteure die Substitutionsverpflichtung ernst nehmen.

Die REACH-Verordnung bestimmt, dass auch Endverbraucher das Recht haben, bei Bedarf innerhalb von 45 Tagen über SVHC-Anteile in Produkten ab 0,1 Gewichtsprozent informiert zu werden. Diese Informationspflicht ist ein wesentliches Instrument, um die Unternehmen zu mehr Transparenz und Sorgfalt im Um-

gang mit besonders gefährlichen Stoffen anzuregen. Sie kann dazu beitragen, dass Konsumenten ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit durch einen bewussten Einkauf wahrnehmen. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) hat für seine Mitglieder bereits eine umfassende Handlungsanleitung verfasst, wie REACH-Anliegen zu bearbeiten sind.

Paradigmenwechsel braucht Anstöße

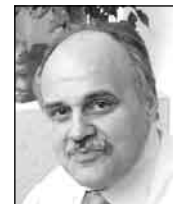
Gelingen kann der Paradigmenwechsel vor allem dann, wenn die Umwelt- und Verbraucherverbände dieses neue Instrument mit aktiven Kampagnen zum Beispiel anhand der SIN-Liste begleiten und die SVHC-Frage im öffentlichen Bewusstsein etablieren. Das gilt auch für die Normungs-

gremien, die aufgefordert sind, das Thema weitaus mehr als bisher in den verschiedenen Normen zu verankern – wie dies schon ansatzweise in der DIN-Norm EN 15251 zum Innenraumklima geschehen ist.

Eine Langfassung dieses Artikels mit zahlreichen Quellenangaben und weiterführenden Links steht unter: www.positivist.com/download/normung+umwelt.pdf

Der Bauingenieur Manfred Krines leitet die Agentur 21 in Karlsruhe. Er ist Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe (ARGE kdR) und Mitglied im Normenausschuss Innenraumluft.

Kontakt: Tel./Fax +49
(0)700 / 12345621,
E-Mail: info@argekd.de,
www.argekd.de



Nachhaltiges Bauen

Länge, Breite, Höhe, Umweltrucksack

Das Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen soll Umweltschäden schon beim Planen minimieren

Der Bauwirtschaft fehlt ein Nachhaltigkeitszertifikat für Gebäude. Deutsche Normungsexperten aus Regierung und Verbänden arbeiten an einem Gütesiegel, das den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks und seiner Bestandteile berücksichtigt. Auch Naturschutzkriterien spielen eine Rolle – allerdings nicht europaweit. ■ VON EVA SCHMINCKE

Das Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen wurde 2008 auf der Basis der Vorarbeiten des Runden Tisches des Bundesbauministeriums (BMVBS) und der Praxiserfahrung der im Jahr zuvor gegründeten Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) entwickelt und ausdifferenziert, um das Ministerium dabei zu unterstützen, die Nachhaltigkeitseigenschaften von Bauten des Bundes zu bewerten. Die DGNB hat derzeit 333 Mitglieder, darunter Architektinnen, Ingenieure, Wissenschaftlerinnen, Labors, Umwelt- und Herstellerverbände sowie Bauunternehmer. Mit dem Gütesiegel reagieren sie auf die drängende Nachfrage der Bauwirtschaft nach einem Nachhaltigkeitszertifikat für Gebäude. Als privater Verein will die DGNB in Kooperation mit dem Bauministerium ein Zertifizierungssystem aufbauen. Das US-Zertifikat LEED (Lea-

dership in Energy and Environmental Design) war bisher das einzige Angebot zur Beurteilung der Umweltqualität von Gebäuden auf dem deutschen Immobilienmarkt, wird aber den deutschen und europäischen Anforderungen an die Gebäudequalität und auch dem Anspruch auf Nachhaltigkeit nicht gerecht.

Gesamter Lebenszyklus des Gebäudes wird berücksichtigt

Um dem abzuweichen, berücksichtigt das deutsche Gütesiegel den gesamten Lebenszyklus des Gebäudes, also auch die Herstellung der Bauprodukte und -materialien, und neben den Umweltauswirkungen auch soziale Aspekte, von denen einige an Bauprodukte gekoppelt sind, etwa die gesundheits- und komfortbezogene Qualität der Innenraumluft, Schallschutz oder

Behaglichkeit. Der ökonomische Teil der Nachhaltigkeitsprüfung stammt aus dem Methodenarsenal des Life Cycle Costing, einer Kostenmanagementmethode für Gebäude. Bewertet wird auch die technische Qualität des Gebäudes, die besonders von den verwendeten Bauprodukten und -materialien abhängt. Eine detaillierte Aufstellung der Kriterien und Einzelindikatoren führen die DGNB und das vom BMVBS beauftragte Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken (IEMB) in ihren jeweiligen Internetauftritten.

Wie der Baustoff, so das Haus

Das deutsche Zertifikat wird eine Gesamtbewertung nach Klassen beinhalten, die einzelnen Qualitäten werden jedoch nach den Nachhaltigkeitsthemen Ökologie, Ökonomie und Soziales, nach der techni-

schen Leistungsfähigkeit und der Qualität der Planungs- und Bauprozesse bewertet und dokumentiert. Die Gewichtung der einzelnen Kriterien wird derzeit in einer Pilotphase erprobt. Das Zertifikat soll als sogenanntes Vorzertifikat auf der Basis der ersten Planungen für das Gebäude vergeben werden. Endgültig kann es natürlich erst nach Prüfung des fertigen Gebäudes verliehen werden.

Die Qualität der verwendeten Bauprodukte spielt eine entscheidende Rolle bei der Erfassung der Umweltqualität eines Gebäudes einschließlich der Gesundheit und des Komforts der Nutzerinnen und Nutzer. Die Eigenschaften der Produkte in Abhängigkeit davon, wie und wo sie eingebaut werden, bestimmen die Qualität des Gebäudes. Zunächst wird deshalb für die Bauprodukte, die in einem Gebäude verbaut sind, mithilfe einer Ökobilanz der

„Umweltrucksack“ dokumentiert: Energie- und Ressourceneinsatz, Abfälle, Treibhauseffekt, Zerstörung der Ozonschicht, Eutrophierung, Versauerung, Sommersmog. Über die Umweltauswirkungen der Herstellung hinaus werden auch technische und stoffliche Eigenschaften der Produkte ermittelt, die für die Modellierung der Nutzung des Gebäudes wichtig sind, etwa Dämm- oder Schallschutzeigenschaften oder auch das Potenzial eines im Innenraum verbauten Produkts die Luftqualität zu verändern. Neben solchen Daten werden auch die Inhaltsstoffe eines Bauprodukts dokumentiert.

Der ökologische Rucksack ist bereits bei der Planung sichtbar

Für die Erfassung der Gebäudequalität sind aber auch Produkteigenschaften von Belang, die weder mit der Ökobilanz noch durch die technischen Angaben hinreichend beschrieben werden. Hierzu gehören typische Naturschutzkriterien wie Flächennutzung, Biodiversität, Ökotoxizität und Humantoxizität. Diese werden in gesonderten Kriteriengruppen wie „Flächenbedarf“ oder „Wirkungen auf die lokale Umwelt“ behandelt. Auch die Nutzung von FSC-zertifiziertem, also nachhaltig gewonnenem Holz zählt dazu.

Für ein Gebäude entstehen im Lauf der Planung Materialauszüge von unterschiedlicher Detailtiefe, die nun mit den jeweiligen Umweltrucksäcken hinterlegt werden können. Letztere können dann mit marktüblichen Computerprogrammen in die Planung integriert werden. Auf der Basis dieser Planungsunterlagen wird das Vorzertifikat verliehen. Es zeigt, welche Qualitätsstufe für das Gebäude angestrebt wird.

ProduktHersteller, die diese Daten beispielsweise mit einer Umweltproduktdeklaration liefern, sollen in der Beschaffung bevorzugt werden. Dies hat das BMVBS bei einer gemeinsamen Tagung mit der DGNB im Juni in Stuttgart und bei verschiedenen folgenden Workshops in aller Form verkündet. Da zurzeit noch nicht genügend Deklarationen auf dem Markt sind, das Zertifizierungssystem aber gestartet wer-

den soll, hat das Ministerium zusammen mit der Bauindustrie eine Startdatenbank eingerichtet, in der für einige Hundert Bauprodukte Durchschnittsangaben der entsprechenden Industrieverbände hinterlegt wurden. Für Hersteller mit überdurchschnittlichen Produkten bedeutet das jedoch, eigene produktspezifische und validierte Deklarationen erstellen zu müssen.

Keine deutsche Insellösung, aber mehr als ein EU-Kompromiss

Die deutschen Umweltverbände sind an diesem Prozess über verschiedene VertreterInnen beteiligt. Dabei ist das Gütesiegel keine deutsche Insellösung, sondern orientiert sich an der Normung des European Committee for Standardization (CEN). Mit der Norm CEN TC 350 werden Indikatoren und ihre Berechnungs- und Messverfahren für nachhaltige Gebäude und Bauprodukte europaweit harmonisiert.

Auf der europäischen Ebene ist dabei der Konsens schmaler als in Deutschland. Dem Dokument prEN 15804, das die Erfassung der Produktdaten regelt (siehe Kasten), fehlen Indikatoren zu Flächenverbrauch, Ökotoxizität oder Biodiversität sowie ausreichend differenzierte Vorgaben für unterschiedliche Bauprodukte. Das Dokument wurde kürzlich in der ersten offiziellen Umfragerunde mit großer Mehrheit angenommen. Jedoch kann dies lediglich als politische Zustimmung zum Grundprinzip gesehen werden. Inhaltlich gibt es über 100 Seiten Kommentare, die sich weitgehend auf die genannten fehlenden Umweltaspekte beziehen. Hier ist die Mitarbeit der Umweltverbände weiter gefragt.

Die Biochemikerin Dr. Eva Schmincke arbeitet als Unternehmensberaterin für Nachhaltigkeitsstrategien in Tübingen. Die DNR-Expertein für Umweltnormung und Ökobilanzen leitet ein Normungsgremium beim CEN.

Kontakt:
Tel. +49 (0)7071 /
360589, Fax 369519,
E-Mail: e.schmincke@
fivewinds.com,
www.fivewinds.com



EU-Kriterien für Bauprodukte

Indikatoren zur Feststellung der Umwelleistung von Bauprodukten nach prEN 15804:

- ▶ Treibhauseffekt
- ▶ Zerstörung des stratosphärischen Ozons
- ▶ Versauerung von Wasser und Boden
- ▶ Eutrophierung
- ▶ Fotochemische Bildung troposphärischen Ozons
- ▶ Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen (ohne nicht erneuerbare Primärenergie)
- ▶ Nutzung von erneuerbaren materiellen Ressourcen außer Primärenergie
- ▶ Nutzung von erneuerbaren Energieressourcen (Primärenergie)
- ▶ Nutzung von nicht erneuerbaren Energieressourcen (Primärenergie, nach Quellen)
- ▶ Sekundäre Brennstoffe
- ▶ Gefährliche Abfälle
- ▶ Nicht gefährliche Abfälle
- ▶ Radioaktive Abfälle
- ▶ Freisetzung gefährlicher Stoffe in die Innenraumluft
- ▶ Mögliche Freisetzung gefährlicher Stoffe in Boden und Wasser

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Recyclingziele**Batteriensammlung zu lasch**

■ Die EU muss die Menge an wieder eingesammelten Altbatterien innerhalb der nächsten drei Jahre verdoppeln, will sie ihre eigenen Vorgaben einhalten. Das mahnte die Europäische Batterierecyclingvereinigung Ebra Ende Oktober an. Die Altbatterierichtlinie setzt ein Ziel von 25 Prozent bis 2012 an. Ebra bezieht sich auf Zahlen aus dem Vorjahr: 2007 wurden 27.200 Tonnen Altbatterien eingesammelt – aber jedes Jahr werden rund 200.000 Tonnen Batterien verkauft. Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien und die Niederlande haben das 2012-Ziel bereits jetzt erreicht und insgesamt 11.000 Tonnen eingesammelt. Auf die anderen 22 Staaten entfielen 16.500 Tonnen. Viele haben die Richtlinie bis zur Frist 26. September noch nicht einmal in nationales Recht umgesetzt. In Großbritannien, Dänemark und Tschechien gibt es kein funktionierendes Sammelsystem. [jg]

► www.ebrarecycling.org

EU-Abfallrahmenrichtlinie**Gesetz kann in Kraft treten**

■ Der EU-Umweltministerrat hat Mitte Oktober die Abfallrahmenrichtlinie ohne weitere Diskussion angenommen. Zuvor waren Kompromisse mit dem EU-Parlament ausgehandelt worden, das in zwei Lesungen etliche Änderungen am Vorschlag der EU-Kommission vorgebracht hatte.

Die EU-Mitgliedstaaten sollen das Gesetz innerhalb von zwei Jahren im eigenen Land rechtlich verankern. Sie müssen Abfallvermeidungsprogramme entwickeln und durchsetzen sowie die EU-Kommission regelmäßig über ihre Fortschritte informieren. Die fünfstufige Abfallhierarchie mit Abfallvermeidung als bevorzugter Option und „umweltfreund-

licher Beseitigung“ als letzter Möglichkeit ist nun festgeschrieben, wobei es Streit um die Kategorie „Wiederverwertung“ gab. Nicht nur Umweltverbände und einzelne ParlamentarierInnen sehen dies kritisch, auch die irische Delegation enthielt sich bei der Abstimmung. Zur Begründung erklärte die Regierung in Dublin, sie wolle Verbrennung als Beseitigung klassifiziert wissen und nicht als „thermische Wiederverwertung“. Dies gefährde den Weg in eine Recyclinggesellschaft, auch wenn es Energieeffizienzklauseln gebe.

Die Richtlinie setzt zum ersten Mal EU-weit harmonisierte Recyclingziele. Bis 2020 müssen die Mitgliedstaaten die Hälfte ihres Haushaltsmülls und 70 Prozent ihres Bauschutts recyceln. [jg]

► www.kurzlink.de/eu-waste-framework08

► EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Abfallpolitik I**Noch mehr Verpackungen**

■ Sowohl der Verbrauch von Verpackungen als auch die Verwertungsquoten sind im Jahr 2006 gestiegen. Das ermittelte die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung im Auftrag des Umweltbundesamts. In Deutschland wurden 2006 mehr als 16 Millionen Tonnen Verpackungen verbraucht, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Im selben Zeitraum lag die Verwertungsquote bei 79 Prozent. Insgesamt wurden 12,7 Millionen Tonnen stofflich oder energetisch verwertet, davon knapp 2,2 Millionen Tonnen im Ausland. In Abfallverbrennungsanlagen mit Energierückgewinnung wurden fast 1,6 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle verbrannt.

Die europäische Verpackungsrichtlinie (94/62/EG) schreibt vor, dass ab 2009 65 Prozent der Verpackungen zu verwerten sind. [jg]

► Studie: Aufkommen und Verwertung von Verpackungen in Deutschland im Jahr 2006. Download (PDF, 234 S., 1 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3650.pdf

Abfallpolitik II**UBA pro Müllverbrennung**

■ In einem „Sachstandspapier“ hat sich das Umweltbundesamt (UBA) mit dem Stellenwert der Abfallverbrennung in Deutschland beschäftigt. Dabei geht es um Fragen der Umwelrelevanz und der Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit. Abfallvermeidung und Abfallverwertung müssten ausgeweitet werden, allerdings stelle die thermische Verwertung – die Verbrennung des Abfalls – beträchtliche Mengen an Strom und Wärme bereit. Wenn die Müllverbrennungsanlagen die gesetzlichen Bestimmungen einhielten, so sei „nach bisherigem Wissen davon auszugehen, dass keine nachteiligen Gesundheitswirkungen auf die Anwohner durch Schadstoffe bestehen“, so das UBA. [jg]

► UBA-Papier: www.kurzlink.de/uba-3649

IVU-Richtlinie**EU-Staaten vermeiden Vermeidung von Emissionen**

■ Die französische EU-Ratspräsidentin hat Ende Oktober einen Bericht über die Positionen der Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der Gesetzesregeln über industrielle Verschmutzung vorgelegt. Demnach will eine Mehrheit der Staaten strengere Emissionsgrenzen bei großen Verbrennungsanlagen auf später verschieben.

Die von der EU-Kommission in der Überarbeitung der Richtlinie über Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) vorgeschlagenen Werte für Schwefeldioxid und Stickoxide sollen erst ab 2020 statt wie ursprünglich 2016 gelten. Auch über die Höhe der Grenzwerte gibt es Differenzen. Viele Staaten wollen es sich mit ihrer Industrie nicht verderben, die über hohe Kosten klagt. 13 Staaten kritisieren auch die geplante Ausweitung der Regeln auf kleinere Verbrennungsanlagen zwischen 20 und 50 Megawatt Leistung. Andere äußern ihre Besorgnis über die ►

Einbeziehung weiterer Industriesektoren in die IVU-Richtlinie. Einigkeit scheint aber darüber zu herrschen, dass es strengere Inspektionsauflagen für die Anlagen geben soll, allerdings am liebsten auf freiwilliger Basis. Die EU-Kommission hatte EU-weit harmonisierte Mindeststandards vorgeschlagen.

Noch 2008 soll der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über den Bericht von Holger Kraemer (Liberales, Deutschland) abstimmen. Das Europäische Parlament wird über seinen Standpunkt voraussichtlich im kommenden Frühjahr beschließen. Kraemer setzt sich für ein europäisches Sicherheitsnetz mit verbindlichen Emissionsgrenzwerten ein. Damit könne man Umweltverschmutzung und Wettbewerbsverzerrung in den Griff bekommen und die oft von Behörden in Mitgliedstaaten missbrauchte Flexibilität bei der Auslegung bisheriger Regelungen für die Zulassung neuer Industrieanlagen begrenzen. Der Berichterstatter hält eine Orientierung an der besten verfügbaren Technik (BVT) zwar für sinnvoll, bezweifelt aber, dass der Vorschlag der EU-Kommission, dies rechtlich verbindlich zu machen und nur Ausnahmen zuzulassen, zur Entschärfung des Missbrauchsproblems führt.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) setzt sich dafür ein, dass Emissionsgrenzwerte in den Genehmigungsanlagen die an der BVT orientierten Emissionswerte nicht mehr überschreiten dürfen, und stützt damit den EU-Kommissionsvorschlag. Allerdings, so der Dachverband, sollten Ausnahmen entweder ganz verboten oder nur mit einheitlichen strengen Kriterien erlassen werden dürfen.

Ausführlicher lassen sich die Argumentationen von Holger Kraemer und Christian Schaible vom EEB auf den Webseiten der DNR-EU-Koordination nachlesen. [jg]

- ▶ Bericht der EU-Ratspräsidentschaft: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st13/st13722.en08.pdf>
- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 30.10.2008)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Internationale Chemikalienpolitik

Kein Ende im Streit um Asbest und Endosulfan

■ Vom 27. bis 31. Oktober haben in Rom der Vertragsparteien der Rotterdam-Konvention ihre vierte Konferenz seit Bestehen des Übereinkommens abgehalten. Die Delegationen aus 120 Ländern stritten unter anderem um die Aufnahme von neuen gefährlichen Substanzen in den Anhang III der Rotterdam-Konvention, der deren Import und Export streng reglementiert. Auf die Aufnahme von Asbest und Endosulfan in die Liste konnten sie sich nicht einigen. Nur für das Pestizid Tributylzinn gelten künftig strenge Informationspflichten.

Die Frauen-Umweltorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) kritisierte die Regierungen von einigen wenigen Ländern, die die Aufnahme des hochgiftigen Pestizids Endosulfan und von Chrysotilasbest in die Liste gefährlicher Stoffe blockierten. Nun soll erst 2011 erneut entschieden werden. Zu den Verweigerern gehörten Indien, Kirgisien, die Ukraine, Kasachstan und Russland, das kein Vertragsstaat ist. Auch Kanada versagte seine Zustimmung zur Aufnahme von Chrysotilasbest, obwohl der Stoff in Kanada selbst verboten ist. Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO warnte vor den wissenschaftlich längst bestätigten Folgen: Chrysotilasbest sei krebserregend, jedes Jahr stürben 90.000 Menschen weltweit an asbestbedingten Krankheiten.

Weitere Themen der Konferenz in Rom waren die engere Zusammenarbeit mit den anderen Konventionen im Chemikalien- und Abfallbereich, der Basel- und Stockholm-Konvention. Außerdem wurde über ein Prüfungskomitee diskutiert, das bei Nichteinhaltung der Konvention tätig wird. Uneinig waren sich die Vertragsparteien, wer ein Verfahren auslösen kann, wenn ein Land die Konvention nicht einhält, und welche Abstimmungsmodalitäten es geben soll. [jg]

- ▶ Rotterdam-Konvention: www.pic.int
- ▶ WECF: www.wecf.eu/english/articles/2008/10/conflict-rotterdamconvention.php

EU-Produktpolitik

Kein wirkliches Verbot für Gifte in Spielzeug

■ Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hat sich Anfang November für ein Verbot von Schwermetallen und CMR-Stoffen – krebserregenden, das Erbgut und die Fruchtbarkeit schädigenden Substanzen – in den äußeren Teilen von Spielzeug ausgesprochen. Die ParlamentarierInnen forderten zudem, mehr allergene Substanzen in das Verbot einzuschließen als die EU-Kommission vorgeschlagen hatte. Die Unternehmensverantwortung und die Marktüberwachung müssten gestärkt werden. Der in dieser Entscheidung federführende Binnenmarktausschuss wollte sich allerdings nicht der Forderung des Umweltausschusses nach einem Verbot hormonell wirksamer Stoffe anschließen.

Der Europäische Verbraucherschutzdachverband BEUC reagierte enttäuscht. Er verlangte eine Verpflichtung, allergene Substanzen, für die es Alternativen gibt, zu ersetzen. Zudem gingen die Verbote verschiedener Substanzen nicht weit genug. Darüber hinaus gebe es keine Vorkehrungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse in die Richtlinie einzubeziehen.

Die Frauen-Umweltorganisation WECF zeigte sich entsetzt darüber, dass weiterhin CMR-Stoffe in Spielzeug erlaubt sein sollen, nämlich in den innen liegenden Teilen. Darüber hinaus, so die WECF, gebe es rund 4.000 allergene Duftstoffe, von denen jetzt nur 55 strengerer Regeln unterworfen werden sollten. Das bedeute im Einzelfall, dass sie lediglich gekennzeichnet, nicht aber verboten werden müssten. Mitte November rief die Organisation die Bevölkerung in München dazu auf, ihr Spielzeug auf Chemikalien testen zu lassen. Im Internet können sich Interessierte an Protesten beteiligen. [jg]

- ▶ WECF Deutschland, Alexandra Caterbow, München, Tel. +49 (0)89 / 2323938-0, E-Mail: alexandra.caterbow@wecf.eu, www.wecf.eu
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Chemikalien weltweit

Top Ten der Umweltgifte

■ Die US-Umweltorganisation Blacksmith Institute und Green Cross Schweiz haben Mitte Oktober eine Liste der zehn weltweit gefährlichsten Umweltgifte des Jahres 2008 vorgelegt. Diese wurde von einer internationalen Gruppe von Umwelt- und Gesundheitsexperten aufgestellt, welche insgesamt 21 Schadstoffprobleme untersucht haben. Unter den zehn gefährlichsten Umweltgiften sind Luftschadstoffe in Innenräumen, die städtische Luftverschmutzung, ungeklärte Abwässer, kontaminiertes Grundwasser sowie kontaminierte Oberflächengewässer. Weiterhin werden als besonders gefährlich der Goldabbau mit einfachen handwerklichen Mitteln, der industrielle Bergbau, das Metallschmelzen und die -verarbeitung, radioaktive Abfälle und Abfälle aus dem Uranbergbau sowie das Recycling von Bleibatterien genannt. Laut der beiden Umweltorganisationen werden viele Schadstoffprobleme oft übersehen, was verheerende Folgen haben kann. So hat sich zum Beispiel rund um Tschernobyl die Zahl der Erkrankungen an Schilddrüsenkrebs bei Menschen, die zur Zeit der Reaktorkatastrophe jünger als 18 Jahre alt waren, um mehr als das 50-Fache erhöht. Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem seien die Verschmutzungsprozesse bei der Förderung von Erdöl. [aka]

► Green Cross Schweiz, Zürich, Tel. +41 (0)43 / 4991310, E-Mail: nathalie.gysi@greencross.ch, www.greencross.ch/en/knowledge/worst_pollution_problems/2008

Chemikalien im Auto

Gefährliche Klimaanlage

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat in einer Testreihe das Gesundheits- und Sicherheitsrisiko von Autoklimaanlagen untersucht. Das von der Automobilindustrie genutzte Kühlmittel „1234yf“ für Klimaanlagen sei entzündbar und bilde im Brandfall giftige Gase wie die hochtoxische

Flusssäure. Es bestehe akute Gefahr für Fahrzeuginsassen und Helfer nach einem Unfall.

Obwohl der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) Matthias Wissmann bereits im Herbst 2007 angekündigt hatte, dass chemische Kältemittel nicht weiter als Alternative verfolgt würden und in Zukunft nur noch natürliche Kältemittel eingesetzt werden sollten, wird dies von mindestens zwei deutschen Herstellern weiterhin nicht mitgetragen. Laut DUH ist die einzige geprüfte serienreife umwelt- und klimafreundliche Alternative das natürliche Kältemittel Kohlendioxid. DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch forderte daher von den Autoherstellern ein klares Bekenntnis zu dessen Verwendung für alle Neuwagen ab 2011. [kj]

► DUH, Jürgen Resch, Berlin, Tel. +49 (0)171 / 3649170, E-Mail: resch@duh.de, www.duh.de

zess weiter fort, werde die Menschheit bereits 2035 rechnerisch zwei Planeten Erde für ihren Ressourcenverbrauch benötigen. Der Report 2006 hatte dieses Szenario noch für 2050 erwartet.

Grundlage für den Bericht sind zwei Einflussgrößen, die die Veränderungen der weltweiten Biodiversität und des menschlichen Konsums beinhalten. Dazu gehört auch der „ökologische Fußabdruck“, der den Ressourcenverbrauch eines Menschen anzeigt. Obwohl Deutschland hier im internationalen Vergleich auf Rang 30 liegt und damit besser abschneidet als Großbritannien, Frankreich und Österreich, wird der globale Mittelwert deutlich überschritten. Damit steht Deutschland auf der Liste der 50 ökologischen Schuldner der Welt, deren Spitze die USA und China bilden. [kj]

► www.kurzlink.de/livingplanet2008

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Globale Ökologie

Ab 2035 zwei Planeten nötig

■ Bis zum Jahr 2035 wird die Menschheit zwei Planeten Erde benötigen, um ihren Ressourcenbedarf zu decken. Zu diesem Ergebnis kommt der Living Planet Report 2008, den der WWF Ende Oktober in Berlin vorgestellt hat. Im Vergleich zum Report 2006 bescheinigen die aktuellen Ergebnisse der Erde einen weitaus schlechteren Gesundheitszustand als erwartet. Verantwortlich dafür seien die zunehmende Entwaldung, Überfischung, steigender Ressourcenverbrauch und der vom Menschen verursachte Klimawandel. Infolge dieser Entwicklung würden Ökosysteme zerstört, Wasserreserven verknappt und der Rückgang der Artenvielfalt gefördert, so der Report. Naturkatastrophen trieben zusätzlich die Preise für Nahrungsmittel und Wasser in die Höhe. Damit klaffe die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Setze sich dieser Pro-

Vereinte Nationen

UN-Umweltprogramm will „Grüne Wirtschaft“

■ Das UN-Umweltprogramm UNEP hat im Oktober die „Initiative Grüne Wirtschaft“ vorgestellt: Damit sollen Investitionen in umweltfreundliche Technologien und natürliche Ressourcen als Motor für die Wirtschaft unterstützt werden. Die Finanz-, Energie- und Nahrungsmittelkrisen von 2008 seien „zum Teil das Ergebnis von Spekulation und des Unvermögens der Regierungen, die Märkte intelligent zu steuern“, sagte UNEP-Direktor Achim Steiner bei der Vorstellung der Initiative in London. Nun gelte es, den Kampf gegen den Klimawandel als Chance für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu nutzen. Wenn verstärkt in natürliche Infrastruktur wie Wälder und Böden investiert werde, könnten „grüne“ Arbeitsplätze in mehreren Schlüsselsektoren entstehen. Steiner nannte umweltfreundliche Energien und Technologien, darunter auch Recycling und nachhaltige Biomasse, sowie nachhaltige und biologische Landwirtschaft, Ökosystem-Infrastruktur und

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 148

Welternährung und Öko-Landbau

- Wege aus der Hungerkrise
- Wachsende Rohstoffe und Ernährung: Reicht die Fläche?
- Klein(e)-Bauern, großer Beitrag

Themen in Heft 148 aus Forschung, Praxis und Beratung

■ Nanotechnologie: Winzlinge auf dem Vormarsch

■ Durchführungsbestimmungen zur neuen EU-Ökoverordnung

■ Im Aufbruch: Öko-Landbau in Bulgarien

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 29,- EUR |
Firmen/Organisationen 45,- EUR | ermäßigt 20,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 7,95 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 5441 84-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schwesfurth-Stiftung

nachhaltige Städte. Die UNEP-Initiative wird von der Europäischen Kommission, Deutschland und Norwegen finanziert. Sie geht unter anderem auf einen Anstoß der G-8+5-Staaten zurück, also der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. In den kommenden beiden Jahren will das UN-Umweltprogramm den Regierungen der Länder in Nord und Süd konkrete Handlungsempfehlungen für einen Wandel zu einer grünen Wirtschaft zur Verfügung stellen. [mbu]

► UNEP, Nairobi, Tel. +254 (0)20 / 7621234,
E-Mail: unepinfo@unep.org, www.unep.org

USA

Hoffnungsträger Obama

■ Nach dem Sieg von Barack Obama bei der US-Präsidentschaftswahl hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso einen Neuanfang in den transatlantischen Beziehungen angekündigt. Kurz nach Bekanntwerden des Wahlausgangs bekräftigte er, wie wichtig eine Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten für eine neue Welt sei. Er hoffe, dass die USA unter Führung von Obama gemeinsam mit Europa einen solchen „New Deal“ vorantreiben.

Obama hat durch seine Ankündigungen zur Klima- und Energiepolitik für hohe Erwartungen gesorgt. So hat er sich dafür ausgesprochen, die CO₂-Emissionen der USA bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Nach seinen Plänen müssten Unternehmen, die weiter viele Treibhausgase ausstoßen, Emissionsguthaben kaufen. Die Einkünfte sollen zur Entwicklung von alternativen Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz eingesetzt werden. Bis 2025 soll ein Viertel des US-Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Andererseits will Obama an der Atomenergie festhalten. Mit seiner Ankündigung, erst neue Reaktoren zu bauen, wenn diese sicherer sind, blieb er im Wahlkampf vage.

Weitere Vorhaben Obamas sind steuerliche Anreize für den Kauf verbrauchs-

armer Autos und eine Verringerung der Energieintensität der Vereinigten Staaten um die Hälfte bis 2030. Insgesamt plant Obama ein Ausgabenprogramm im Umfang von rund 150 Milliarden Dollar, mit dem er die Abhängigkeit vom Öl reduzieren und in der Solar- und Windkraftbranche mehrere Millionen neue Jobs schaffen will. Obama kann sich auch auf Mehrheiten seiner Demokratischen Partei in beiden Häusern des Parlaments stützen. Seine Amtseinführung findet am 20. Januar statt. [kj]

► www.presidentialprofiles2008.org/voterguide/obama-page.html

KLIMA & ENERGIE

Erneuerbare Energien global

Grünes Licht für IRENA

■ Die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) wird demnächst gegründet. Darauf haben sich die Teilnehmerstaaten Ende Oktober auf einer Konferenz in Madrid vertraglich geeinigt. Für den 26. Januar 2009 ist die Gründungskonferenz in Bonn geplant. Bis zum Juni soll eine Entscheidung über den Standort der Agentur getroffen sein. Dabei wird die ehemalige Bundeshauptstadt als Sitz diskutiert. Die Agentur soll den Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien weltweit fördern und vorantreiben (umwelt aktuell 08/09.2008, S. 2). Industrie- und Entwicklungsländer sollen praxisnah beraten werden.

„Ich bin zuversichtlich, dass etwa 50 Länder Gründungsmitglieder der Agentur werden wollen“, sagte der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer (SPD). „Seit Jahren besteht weltweit das Missverhältnis, dass es für die Atomenergie und die fossilen Energien internationale Agenturen gibt, aber nicht für erneuerbare Energien. Diese Lücke wird IRENA schließen.“ [mv]

► www.irena.org

„Die UN-Klimakonferenz in Poznań muss konkrete Ergebnisse liefern“

Vom 1. bis 12. Dezember findet die UN-Klimakonferenz UNFCCC in der polnischen Stadt Poznań (Posen) statt. Das Treffen liegt auf halber Strecke zwischen der Konferenz in Bali 2007 und dem Gipfel in Kopenhagen 2009, der mit einem neuen Klimaschutzabkommen enden soll. Der Chef des UN-Klimasekretariats Yvo de Boer setzt auf die EU, die USA und die Zivilgesellschaft.

umwelt aktuell: Herr de Boer, wie groß ist die Chance, dass ein starkes internationales Abkommen zum Klimawandel zustande kommt – vor allem auch angesichts der Finanzkrise?

Yvo de Boer: Die Staaten haben sich auf Bali dazu verpflichtet, 2009 in Kopenhagen ein effektives internationales Klimaabkommen unter Dach und Fach zu bringen. Allerdings ist es wegen der begrenzten Zeit von entscheidender Bedeutung, dass die UN-Klimakonferenz in Poznań konkrete Ergebnisse liefert. Es wäre unklug, alle Entscheidungen über die vier Säulen Bekämpfung des Klimawandels, Anpassung, Technologietransfer und Finanzierung auf die Konferenz in Kopenhagen zu verschieben. Im Hinblick auf die Finanzkrise dürfen wir nicht vergessen, dass ein ambitioniertes Ergebnis in Kopenhagen wichtige ökonomische Möglichkeiten eröffnen und Arbeitsplätze schaffen wird. Die einzige Wahl, die wir jetzt wirklich haben, ist ein stabiles Finanzsystem aufzubauen, das nachhaltiges Wachstum untermauert. Wir dürfen uns von der Bekämpfung des Klimawandels nicht ablenken lassen, denn der Klimawandel könnte zum größten ökonomischen Desaster aller Zeiten werden.

Welche sind die größten Herausforderungen, die in Poznań zu bewältigen sind?

In Poznań können die Minister Schlüsselemente einer gemeinsamen Vision für eine weltweite Zusammenarbeit festlegen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Entscheidend ist, dass die Vision beides beinhaltet: Eine Finanzarchitektur und die verschiedenen Mechanismen, die gebraucht werden, um zusätzliche finanzielle Ressourcen zu generieren. In Poznań wird auch zum ersten Mal ein formeller Verhandlungstext auf dem Tisch liegen. Das wird einen deutlichen Wandel der Verhandlungsatmosphäre bringen: Die Minister können ihre Diskussionen auf die Kernpunkte eines Kopenhagener Abkommens konzentrieren. Poznań und die darauf folgenden UNFCCC-Treffen müssen konkrete Fortschritte zu zahlreichen Fragen erzielen, die auf kurze Sicht für Entwicklungsländer bedeutsam sind. Dies sind insbesondere Anpassung, Finanzierung, Technologie und die Reduzierung von Emissionen, die durch Entwaldung verursacht werden. Außerdem muss der Clean

Development Mechanism des Kyoto-Protokolls effektiver gestaltet werden.

Wie kann man die Schwellenländer bei der Emissionsminderung oder -begrenzung einbinden?

Nach Angaben der Internationalen Energieagentur wird der weltweite Energiebedarf bis 2030 um mehr als die Hälfte ansteigen. Bis dahin müssen 26 Billionen US-Dollar in die Infrastruktur für die Energieversorgung investiert werden, davon etwa die Hälfte in Entwicklungsländern. Wenn wir es nicht schaffen, diese Investitionen in klimafreundliche Technologien zu lenken, werden die Emissionen um 50 Prozent ansteigen statt um 50 Prozent zu sinken, wie es die Wissenschaft verlangt. Entwicklungs- und Schwellenländer haben deutlich gemacht, dass sie Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels übernehmen wollen. Aber das können die Industrieländer nur erwarten, wenn sie selbst anspruchsvolle Reduzierungsverpflichtungen eingehen und den Entwicklungsländern überprüfbare finanzielle und technologische Unterstützung geben.

Ist die erfolgreiche Verabschiedung des Europäischen Klima- und Energiepakets der Schlüssel zu einem internationalen Abkommen?

Die EU erhielt auf der EU Klimakonferenz in Bali Standing Ovations, als sie sich zu einem Reduktionsziel von 20 Prozent verpflichtete – und 30 Prozent, sofern andere Industriestaaten nachziehen. Scheitert die Europäische Union damit, im Dezember eine Einigung über ihr Klima- und Energiepaket zu erzielen, wäre das ein entmutigendes Signal an den internationalen Verhandlungsprozess, gerade zu einem Zeitpunkt, an dem die Verhandlungen über ein globales Klimaabkommen in ihr kritisches letztes Jahr gehen.

Erwarten Sie, dass die neue US-Regierung einem internationalen Abkommen beitreten wird, das auf einer Linie mit dem Zwei-Grad-Ziel liegt?

Barack Obama hat eine starke klimapolitische Position eingenommen und auch viele einzelne US-Staaten haben sich zu einem Emissionshandelsregime verpflichtet. Die kommende Administration muss nun eine nationale Strategie auf den Weg bringen, um

den Treibhausgasausstoß zu reduzieren. Diese kann zum Beispiel ein bestimmtes Emissionsreduktionsziel enthalten. Die USA müssten auch ihre Bereitschaft erklären, Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen und ihnen Technologie zur Verfügung zu stellen. Ich erwarte, dass die kommenden Monate für zwei Dinge genutzt werden: zu Hause eine nationale Antwort auf den Klimawandel zu entwerfen und international eine vollständige Verhandlungsposition zu formulieren.

Wie wichtig ist der Druck der Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Kopenhagen?

Die über 950 für den UNFCCC-Prozess akkreditierten Nichtregierungsorganisationen spielen beim Lobbyieren von Regierungshandlungen eine Schlüsselrolle. Ihre enthusiastische Teilnahme bei den bisherigen UN-Klimaverhandlungen spiegelte die öffentliche Besorgnis direkt wider. Damit Kopenhagen ein voller Erfolg wird, ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die Wirtschaft ihre Vision von einem Kopenhagener Abkommen darlegen. Humanitäre Organisationen müssen lautstark auf die enormen Kosten hinweisen, die der Klimawandel bereits verursacht und vor allem noch verursachen wird. Diese Organisationen, die eine enorme Erfahrung und Expertise haben, müssen den Politikern in ihren Hauptstädten genau erklären, wie hoch die Kosten von Untätigkeit sein werden und was notwendig ist, um sich an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels anzupassen.

[Interview: Maike Vygen]

Siehe auch den Kommentar auf der folgenden Seite.

Yvo de Boer ist seit August 2006 Exekutivsekretär des UN-Klimasekretariats in Bonn. Zuvor war er Leiter für Internationale Angelegenheiten im niederländischen Umweltministerium.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 /
8151000,
www.unfccc.int



Großer Durchbruch nicht auf der Tagesordnung

Alle Jahre wieder: Die UN-Klimakonferenz steht vor der Tür. Diesmal in der Nachbarschaft. Im polnischen Poznań (Posen) werden vom 1. bis 12. Dezember wieder mindestens 10.000 Delegierte, NGO-Vertreter und Journalisten erwartet. Große Erwartungen werden mit der im UN-Jargon COP 14 genannten Konferenz aber nicht verbunden. Zum einen ist dies schon so angelegt – COP 14 ist eine Arbeitskonferenz auf dem dicht gedrängten Verhandlungsfahrplan zur COP 15 im Dezember 2009 in Kopenhagen, bei der das Kyoto-Folgeabkommen beschlossen werden soll. „COP 14, ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur COP 15“ könnte man fast schon seufzen, aber ganz so drastisch ist es nicht. Für ein Kopenhagener Abkommen ist ein intensiver Verhandlungsvorlauf erforderlich (siehe Interview auf S. 13). Man kann in Poznań auch viel vergeigen und damit die zahlreichen Verhandlungsrunden der kommenden zwölf Monate gehörig in Zeitverzug bringen.

Das Bali-Verhandlungsmandat von 2007 hat verschiedene Verhandlungsstränge etabliert, von denen einer besonders hinterherhinkt. Diese „Ad Hoc Working Group on the Kyoto Protocol“ kann dafür aber nicht etwa die Bush-Regierung verantwortlich machen, denn die USA als Kyoto-Verweigerer sind bei diesem Verhandlungsstrang gar nicht dabei. Hier sind besonders die bisher zögerlichen Europäer gefordert, die nötigen Allianzen mit wichtigen Schwellenländern zu schmieden, um gegen den Widerstand von Japan, Russland und Kanada Verhandlungsfortschritte zu erzielen. Dabei geht es weniger darum, jetzt schon über

genaue Zahlen zu verhandeln, sondern über die Struktur des Folgeabkommens, über die Vergleichbarkeit verschiedener Treibhausgas-Reduktionsverpflichtungen, über die Ausgestaltung flexibler Mechanismen wie des Clean Development Mechanism, über Anrechnungen aus vermiedener Entwaldung, über mögliche Verpflichtungen für Schwellenländer sowie über Finanzierungsmechanismen für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern.

Parallel zum abschließenden „High-Level-Segment“ mit den Umweltministern in Poznań wird in Brüssel der EU-Gipfel tagen. Nach monatelangem Ringen zwischen EU-Kommission und Parlament, zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und innerhalb dieser Regierungen läuft alles auf ein High Noon zu: Die Regierungschefs müssen entscheiden. Davon wird viel abhängen. Die UN-Verhandlungen haben genug Bremsen, aber zu wenige Vorreiter. Die EU ist hier von zentraler Bedeutung. Ausgerechnet das gastgebende Polen betätigt sich als einer der europäischen Hauptbremsen. Wird die EU ihrem Anspruch als Vorreiter gerecht, reicht das zwar noch nicht für ein ratifizierbares Kopenhagener Abkommen. Aber es ist eine Voraussetzung dafür.

[Kommentar: Jürgen Maier]

Jürgen Maier leitet die Projektstelle
Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6781775-88,
E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de

Biokraftstoffe

Beimischungsquote gesenkt

Das Bundeskabinett hat Ende Oktober beschlossen, die für 2009 geplante gesetzliche Beimischungsquote für Biokraftstoffe von 6,25 auf 5,25 Prozent zu senken. Von 2010 bis 2014 soll sie dann konstant 6,25 Prozent betragen. 2011 soll die Quote überprüft werden. In den vergangenen

Monaten war die Bundesregierung wegen ihrer Politik, die Biokraftstoffproduktion weltweit durch hohe Beimischungsquoten zu fördern, auf heftige Kritik gestoßen. Der Anbau von Energiepflanzen hat besonders in Entwicklungsländern verheerende soziale und ökologische Auswirkungen. [mv]

► Gesetzentwurf:
www.kurzlink.de/biokraftstoff-gesetz

Emissionshandel

Deutschland will Ausnahmen für heimische Industrie

Bei den Verhandlungen über das EU-Emissionshandelssystem hat Deutschland die Kriterien kritisiert, mit denen die EU-Kommission energieintensive Industriezweige ermitteln will, die mit einer Abwanderung in Drittländer drohen. Berlin verlangte, dass die Belastung der Sektoren ausschließlich am Anteil der CO₂-Intensität an der Bruttowertschöpfung des Unternehmens gemessen werden soll. Die Kommission argumentierte, es müsse berücksichtigt werden, wie stark das Unternehmen im internationalen Handel stehe. Nur so könne das Abwanderungsrisiko tatsächlich ermittelt werden.

Umweltorganisationen hatten die deutsche Regierung mehrfach für ihre Blockadehaltung zugunsten energieintensiver Unternehmen gerügt. Der BUND kritisierte, dass Deutschland Ausnahmen für Branchen verlange, die zu Unrecht über Wettbewerbsnachteile klagten. Das Climate Action Network Europe erfuhr aus Kreisen des EU-Ministerrates, dass Deutschlands starre Haltung mitverantwortlich für Italiens und Polens harten Widerstand gegen das EU-Energiepaket sei.

Rückenwind erhielt Deutschland von Günther Verheugen. Der Industriekommissar warnte vor den wirtschaftlichen Kosten des Klimapakets. Der Emissionshandel erhöhe das Risiko einer Abwanderung. Laut Umweltbundesamt (UBA) wirkt sich der EU-Emissionshandel dagegen nur gering auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie aus. Nur in einzelnen Branchen sei mit einer Verlagerung zu rechnen. Insgesamt sei weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts betroffen. Auch die Internationale Energieagentur IEA nannte die Sorge, dass globale Emissionen durch die Verlagerung von Unternehmen ins Ausland zunehmen könnten, übertrieben. [sl]

- UBA: www.dehst.de (Carbon Leakage)
- IEA: www.iea.org (Publications – Issues behind Competitiveness and Carbon Leakage)

Energieeffizienzpaket**Europa senkt Effizienzziele ab**

■ Mitte November hat EU-Energiekommissar Andris Piebalgs das Energieeffizienzpaket und den zweiten Strategieplan zur Energiepolitik vorgelegt. Dabei ging die Kommission von deutlich niedrigeren Effizienzsteigerungen aus als ursprünglich vorgesehen. Der Strategieplan sieht bis zum Jahr 2020 nur noch eine Senkung des Energieverbrauchs um 15 Prozent vor. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich beim Frühjahrsgipfel 2007 noch für eine 20-prozentige Reduzierung ausgesprochen.

Als wichtigste Maßnahme im Effizienzpaket gilt die überarbeitete Gebäuderichtlinie. Sie verordnet Energieeffizienzstandards bei allen Sanierungen. Damit weitet sie ihren Geltungsbereich gegenüber der alten Version von 2002 stark aus. Danach mussten nur Gebäude über 1.000 Quadratmeter bei der Sanierung Effizienzstandards berücksichtigen. Damit blieben fast drei Viertel der Gebäude außen vor.

EU-Parlamentarier und verschiedene Kommissare kritisierten Piebalgs im Vorfeld für „mangelnden Ehrgeiz“ bei der Überarbeitung der Richtlinie. Die Generaldirektion Umwelt warf ihm vor, dass er keine finanziellen Anreize für Effizienzverbesserungen vorgeschlagen hatte. Eine Gruppe von Abgeordneten verlangte für alle Neubauten ab 2012 einen Effizienzstandard von 15 Kilowattstunden pro Quadratmeter. Die Generaldirektion Energie ließ die Idee eines EU-weiten Standards jedoch fallen.

Gebäude sind für rund 40 Prozent von Europas CO₂-Emissionen verantwortlich. Mit der aktuellen Richtlinie will die Kommission Energieeinsparungen von 6,5 Prozent bis 2020 erreichen. Durch die Erweiterung würden die Eigentümer mit rund acht Milliarden Euro jährlich belastet. Gleichzeitig könnten aber 25 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden.

Weitere Teile des europäischen Energieeffizienzpakets sind die Überprüfung der nationalen Energieeffizienzaktionspläne, die Richtlinie zur Energiekennzeichnung, ein Vorschlag für die Kennzeichnung von

Reifen sowie ein Leitfaden und eine Mitteilung zur Kraft-Wärme-Kopplung. [sl]

- ▶ WWF European Policy Office, Mariangiola Fabbri, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7400934, E-Mail: mfabbri@wwfepo.org

Ökodesignrichtlinie I**EU-Kommission bestimmt weitere Produktgruppen**

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober zehn weitere Produktgruppen bestimmt, für die sie in den nächsten drei Jahren Energieeffizienzstandards einführen will. Darunter fallen beispielsweise Klimaanlage, Ventilationssysteme und Gefriergeräte. Ausgesucht wurden Produktgruppen, mit denen durch neue Effizienzstandards ein größtmöglicher Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen geleistet werden kann.

Die Produktbestimmung ist Teil der Umsetzung der Ökodesignrichtlinie, die Minimalstandards für den Energieverbrauch von energiebetriebenen Produkten festlegt. Über die jeweiligen Standards für die einzelnen Produkte berät ein Sonderausschuss nationaler technischer Experten der EU-Mitgliedstaaten.

Im Juli hatte die EU-Kommission eine Neufassung der Ökodesignrichtlinie vorgeschlagen. Bisher erfasste die Richtlinie ausschließlich energiebetriebene Produkte wie Fernsehgeräte, Straßenbeleuchtung oder die Stand-by-Einrichtungen von Elektrogeräten. Nach Vorstellung der Kommission soll sie demnächst auch energiebezogene Produkte erfassen. Dazu zählen etwa Fenster, Isolationsmaterial für Gebäude oder Duschköpfe. Eine vollständige Liste der Produkte existiert noch nicht. Die Überarbeitung der Ökodesignrichtlinie ist ein wesentlicher Bestandteil des sogenannten Aktionsplans für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, der auf einer Vereinbarung des Weltgipfels von Johannesburg 2002 basiert. [mv]

- ▶ Richtlinie: www.kurzlink.de/oekodesigninfo

Ökodesignrichtlinie II**Effizienzstandards für Ladegeräte**

■ Der Ökodesign-Regelungsausschuss, ein Sonderausschuss nationaler technischer Experten der EU-Mitgliedstaaten, hat Mitte Oktober einen neuen Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Energieeffizienz externer Stromversorgungen angenommen. Darunter fallen Ladegeräte für eine Reihe elektronischer Geräte wie Laptops und Mobiltelefone.

Nach Berechnungen der EU-Kommission kann der Stromverbrauch dieser Produktgruppe bis 2020 um 30 Prozent sinken. Das entspreche dem Stromverbrauch von Litauen. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs sagte, die Maßnahme sei ein konkreter Beitrag zur Erreichung der Energieeffizienz- und Klimaschutzziele der EU, während die EU-Bürger gleichzeitig Geld sparten. Hinzu kämen Einsparungen in anderen Teilen der Welt, da die Produkte weltweit verkauft werden.

Der Gesetzesvorschlag ist Teil der Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zur Einführung von Ökodesign-Standards für energiebetriebene Produkte. Die sogenannten Durchführungsverordnungen legen die Anforderungen an konkrete Produkte hinsichtlich ihrer Energieeffizienz sowie ihrer umweltgerechten Gestaltung verbindlich fest.

In den letzten Monaten hatte der Ausschuss bereits Bestimmungen für Stand-by-Geräte, für Straßenbeleuchtung, die Beleuchtung von Büro- und Industriebauwerken sowie für Geräte zur Digital-Analog-Konvertierung in Fernsehgeräten angenommen. Demnächst will die Kommission Vorschläge für weitere Produkte veröffentlichen.

Die Verordnungsvorschläge werden nun dem EU-Parlament zur Zustimmung vorgelegt. Anfang 2009 sollen sie offiziell von der EU-Kommission angenommen werden. [mv]

- ▶ Richtlinie: www.kurzlink.de/oekodesigninfo
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Klimagesetz

Großbritannien macht's vor

■ Mit dem ersten Klimagesetz weltweit setzt Großbritannien neue Maßstäbe für europäische Regierungen. Die „UK Bill“ schreibt rechtlich bindende Treibhausgasreduktionen vor. Per Gesetz verpflichtet sich das Land, die Treibhausgase bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren.

In Abständen von fünf Jahren legt die Regierung sogenannte „Kohlenstoffbudgets“ fest, die die Menge der Emissionen in diesem Zeitraum begrenzen. Die Budgets werden wiederum auf jährliche Reduktionsziele heruntergerechnet. Auch ein Aktionsplan und jährliche Berichterstattung sind im Gesetz festgelegt. Ein neu gegründetes Klimakomitee, das sich aus Experten aus Wissenschaft, Umweltverbänden und Wirtschaft zusammensetzt, berät und kontrolliert dabei die Regierung.

Offen bleibt aber, wie viel CO₂ im Land selbst reduziert werden muss. Ein unbegrenzter Anteil kann durch Zukauf externer Emissionsgutschriften erfüllt werden.

Das Klimagesetz wird von dem Umweltverband Friends of the Earth als großer Sieg für die Macht der BürgerInnen gefeiert. Dreieinhalb Jahre lang hatte die Organisation mit der „Big-Ask“-Kampagne 200.000 Briten dazu bewegt, von ihren Abgeordneten ein strenges Klimagesetz einzufordern. Die Kampagne läuft in 16 weiteren europäischen Staaten. [sl]

- ▶ Friends of the Earth Europe, Sonja Meister, Tel. +49 (0)176 / 64608515, sonja.meister@foeeurope.org
- ▶ www.thebigask.com

Emissionshandel im Flugverkehr

Kompromiss rechtskräftig

■ Die EU-Innenminister haben im Oktober formell einem Kompromiss zum Flugverkehr zugestimmt, den der parlamentarische Berichterstatter Peter Liese (CDU) und die slowenische Ratspräsidentschaft im Juni ausgehandelt hatten. Damit wurde die Einigung rechtskräftig. Fluglinien werden ab 2012 erstmals einen

Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Der Kompromiss sieht vor, dass sämtliche Flüge mit Start oder Landung in der EU von den Vorschriften erfasst werden. Die Obergrenze für die gesamten Emissionen des Flugsektors liegt bei 97 Prozent der Durchschnittswerte der Jahre 2004 bis 2006. Ab 2013 soll die Grenze auf 95 Prozent sinken. Das EU-Parlament hatte eine Absenkung auf 90 Prozent gefordert.

Ihre Emissionszertifikate erhalten die Fluglinien zu 85 Prozent kostenlos. Die restlichen 15 Prozent müssen sie ersteigern. Hier hatte das Parlament mit 25 Prozent ebenfalls mehr erreichen wollen. Die Einnahmen aus der Versteigerung sollen in Klimaschutzmaßnahmen, technische Entwicklung oder Waldschutz investiert werden.

Die Höhe der Emissionssenkung und die Menge der kostenlosen Emissionszertifikate könnten jedoch noch einmal bei der aktuellen Diskussion zum Energie- und Klimapaket aufgegriffen werden. „Ich halte es für unfair, wenn Teile der Industrie bis 2020 sogar 100 Prozent ihrer Zertifikate ersteigern sollen und der Flugverkehr auf Dauer 85 Prozent kostenlos erhält“, sagte Berichterstatter Liese. „Hier muss noch einmal nachverhandelt werden.“ [sl]

- ▶ Europäisches Parlament, Peter Liese, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2837981, www.peter-liese.de

CO₂-Abscheidung

Europas Umweltminister einig

■ Bei einem Treffen hoher Diplomaten in Brüssel haben die europäischen Regierungen im Oktober einen Kompromiss für die Richtlinie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ gefunden. Der gemeinsame Standpunkt war die Ausgangslage für Verhandlungen zwischen der französischen EU-Ratspräsidentschaft und dem Europäischen Parlament.

Zündstoff bot der Kompromiss besonders in folgenden Punkten: Der Umweltausschuss des Parlaments hatte ein starkes Votum abgegeben, die Technik ab 2015 für neue Kraftwerke mit einem Ausstoß über

500 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde verbindlich vorzuschreiben. Einige ParlamentarierInnen hofften dadurch den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern zu können. Der EU-Ministerrat als Vertretung der Mitgliedstaaten wollte diesen Änderungsvorschlag jedoch nicht mittragen.

Den Zeitraum, für den die Unternehmen für die CO₂-Lagerstätten haften müssen, wollten die Mitgliedstaaten individuell festlegen. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hatte sich für 50 Jahre ausgesprochen. Auch die Höhe der Mittel, mit denen das Parlament Demonstrationsvorhaben fördern lassen wollte, hielt der Rat für zu hoch. Eine Einigung zwischen Parlament und Ministerrat wird spätestens bis zum Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs erwartet. [sl]

Atomwüstentransporte

Renaissance des Widerstands

■ Der Castortransport Anfang November von der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich ins niedersächsische Gorleben ist auf unerwartet heftigen Widerstand gestoßen. Sowohl VertreterInnen der Antiatombewegung als auch der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer sprachen von einer „Renaissance des Widerstandes“. Insgesamt nahmen nach Angaben der Anti-Atomkraft-Organisation X-tausendmal quer rund 16.000 AtomkraftgegnerInnen an den Demonstrationen und Protestaktionen teil, darunter auch SpitzenpolitikerInnen der Grünen.

„Das Ausmaß der Proteste hat damit zu tun, dass Union und Betreiber den Atomkonsens faktisch aufgekündigt haben“, kritisierte Umweltminister Sigmar Gabriel. „Sie haben dadurch einen Konflikt, der beigelegt schien, neu entfacht.“ Die Union setzt sich für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten und für die Festlegung auf Gorleben als Atomwüstendlager ein. SPD, Grüne und Linke fordern eine neue, ergebnisoffene Suche nach besser geeigneten Endlagern in Deutschland. [mv]

- ▶ www.x-tausendmalquer.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Flaschenpfand

Lidl stoppt Einwegflaschen im Mehrweglook

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat erfolgreich Druck auf den Lebensmitteldiscounter Lidl ausgeübt. Im November hatte die DUH rechtliche Schritte gegen den Discounter angekündigt. Der Vorwurf: Lidl täusche die VerbraucherInnen mit Einwegflaschen, die wie Mehrwegflaschen aussehen. Die Lebensmittelkette hatte eine Frist bis zum 7. November, die Flaschen aus dem Sortiment zu nehmen.

Lidl lenkte ein und verpflichtete sich, den Verkauf der genannten Einweggetränke im Mehrweglook bundesweit einzustellen, „um Irritationen und Verwechslungen bei Kunden und im mehrwegorientierten Getränkehandel zu vermeiden“.

Bereits im Sommer hatte die DUH aufgedeckt, dass Lebensmittelkonzerne und Brauereien mit einer betrügerischen Praxis Geschäfte machen. (umwelt aktuell 10.08, S. 17) Es sei kein Zufall, dass die bei Lidl verkauften Einweg-Glasflaschen den Marken in Mehrwegflaschen zum Verwechseln ähnlich sähen, sagte der Bundesgeschäftsführer der DUH Jürgen Resch. Der Discounter sowie die beteiligten Großbrauereien spekulierten offensichtlich darauf, für jede falsch abgegebene Einwegflasche 25 Cent als Pfandschlupf einbehalten zu können.

Wie Testkäufe der DUH ergaben, erhalten KundInnen bei der Rückgabe in Getränke- und Supermärkten in fast allen Fällen nur den üblichen Mehrwegpfandsatz von acht Cent. Zuvor hatten sie bei Lidl aber den Einwegpfandsatz von 25 Cent pro Flasche bezahlt. Den Gewinn nahmen Lidl und die beteiligten Brauereien ein. Diese unrechtmäßig einbehaltenen Gelder solle Lidl an ein gemeinnütziges Projekt spenden, forderte die DUH. [mbu]

► DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -77, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de

Produktkontrolle

Gute Noten für Lippenstifte, schlechte für Essen

■ Wer gerne Sardinen aus der Dose isst, lebt gefährlich. Denn nach Erkenntnissen des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) überschritt im vergangenen Jahr das Öl jeder vierten Fischkonserven die gesetzlichen Höchstmengen für den krebserregenden Stoff Benzo(a)pyren. Die Behörde stellte im Oktober in Berlin die Ergebnisse des Bundesweiten Überwachungsplans vor. Demnach enthalten auch Sprossen und Keimlinge sowie zerkleinert verkauftes Obst und Gemüse häufig Bakterien und Fäkalkeime.

Fündig wurden die Kontrolleure vor allem bei konventionellen Lebensmitteln, aber auch bei Bioware. Ein Prozent der importierten Bioprodukte war falsch deklariert. Tatsächlich handelte es sich um konventionelles Obst und Gemüse oder es waren unzulässig Pflanzenschutzmittel eingesetzt worden.

Lederwaren wie Arbeitsbekleidung und Schuhe, aber auch Rucksäcke und Taschen waren vielfach mit hohen Gehalten von Chrom (VI) belastet. Der Stoff ist stark giftig, wirkt krebserregend und erbgutverändernd und kann zu allergischen Hautreaktionen führen. Er darf in Arbeitsschutzausrüstungen nicht nachweisbar sein.

Spielzeuge enthielten häufig verbotene Weichmacher. Die in weichen PVC-Kunststoffen eingesetzten Chemikalien stehen im Verdacht, das Erbgut zu schädigen und Krebs auszulösen. Hingegen waren Lippenstifte frei von bestimmten, krebserregenden Azofarbstoffen, die seit 2006 nicht mehr in Kosmetika verwendet werden dürfen.

Insgesamt wurden über 28.000 Proben von Lebensmitteln, Spielzeug, Textilien, Kosmetika und Körperpflegeprodukten von den Experten der Bundesländer untersucht. [mbu]

► BVL, Braunschweig, Tel. +49 (0)531 / 21497-0, E-Mail: poststelle@bvl.bund.de, www.bvl.bund.de

NATUR

Messe Kongress Festival

Für unsere Zukunft



NATUR Messe und Festival

19.–22. Februar 2009
10–18 Uhr
parallel zur muba, Halle 4,
Messezentrum Basel

4. Nationaler NATUR Kongress

«Die Natur der Energie –
die Energie der Natur»
Donnerstag,
19. Februar 2009
Congress Center Basel
www.natur.ch



Gutschein

für einen Eintritt in die
NATUR Messe und die
muba für 8 statt 14 Franken.
Kinder bis 16 Jahre in
Begleitung Erwachsener
gratis.

Bitte Gutschein an der Tageskasse einlösen.

Hauptsponsor

coop

Sponsoren

BEIERE Die Mobiliar Interiorservice Group TUDOR NOVARTIS Alitalia SWAROVSKI

SWITCHER TRAVISA Kanton Basel-Landschaft Kanton Basel-Stadt Avec le soutien de la

KANTON solothurn

Medienpartner

Beobachter Gärten oeekom Verlag swisscom

Vom Müsli zum Macher

Kaufen Sie auch »bio«? Dann sind Sie auf der Höhe der Zeit: Naturkost boomt! Anfangs als »Kohlrabi-Apostel« verspottet, sind die Pioniere von einst die Trendsetter von heute: Allein in Deutschland setzt die Bio-Branche jährlich 5,3 Milliarden Euro um. Helma Heldberg zeigt in kurzweiligen Porträts, wie aus belächelten Idealist(inn)en erfolgreiche Bio-Unternehmer(innen) wurden und gibt in Exkursen einen Einblick in die Geschichte der Naturkostbewegung.

H. Heldberg

Die MüsliMacher

Erfolgsgeschichten des Biomarktes und seiner Pioniere

208 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-127-1



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Macher

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Subventionsempfänger

Informationspflicht steht wieder zur Debatte

■ Das Bundeslandwirtschaftsministerium muss erneut über einen Antrag von Greenpeace entscheiden, Informationen über die Empfänger von EU-Agrarsubventionen herauszugeben. Dies entschied das Verwaltungsgericht Köln im Oktober. Die Umweltorganisation hatte im Juni 2006 bei dem Ministerium beantragt, dieses solle sämtliche deutschen Empfänger von EU-Agrarsubventionen bekannt geben, die 20 größten davon aus jedem Bundesland auch namentlich. Das lehnte das Ministerium ab.

Zur Begründung hieß es, das Informationsfreiheitsgesetz lasse nicht zu, die Namen von Personen oder Unternehmen ohne deren Einwilligung mitzuteilen. Außerdem sei das Ministerium für die Subventionsvergabe nicht zuständig, sondern sammle nur die Daten aus den Bundesländern und leite diese an die EU weiter.

Das Verwaltungsgericht Köln hob den Ablehnungsbescheid auf und verpflichtete das Ministerium, Auskunft über die Subventionszahlungen ohne Namensnennung zu geben. Hier sei das Umweltinformationsgesetz anwendbar, weil Agrarsubventionen sich auf die Umwelt auswirken könnten, argumentierten die Richter. Das Ministerium sei aber nicht in jedem Fall verpflichtet, die 20 größten Subventionsempfänger je Bundesland namentlich zu nennen. Vielmehr müsse abgewogen werden zwischen dem öffentlichen Interesse an der Bekanntgabe der Namen und dem geschützten Interesse der Subventionsempfänger, die entsprechenden Informationen vertraulich zu behandeln. [mbu]

- ▶ Greenpeace, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 30618-0, Fax -100, E-Mail: mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de
- ▶ Verwaltungsgericht Köln: Az.: 13 K 5055/06 und 13 K 4705/06

EU-Agrarreform I

Zehn Prozent weniger Agrarsubventionen bis 2012

■ Die EU-Agrarminister haben sich Ende November auf einen Kompromiss bei den umstrittenen Kürzungen der Subventionen für landwirtschaftliche Betriebe geeinigt. Danach werden die europäischen Bauern bis 2012 weitere fünf Prozent weniger Beihilfen erhalten. Insgesamt werden die Direktzahlungen bis dahin um zehn Prozent gekürzt statt wie ursprünglich vorgesehen um 13 Prozent.

Großbetriebe, die bisher mehr als 300.000 Euro im Jahr erhielten, müssen mit noch einmal vier Prozent weniger Beihilfen rechnen. Hier beläuft sich die Kürzung bis 2012 insgesamt auf 14 Prozent. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel wollte ursprünglich um 22 Prozent kürzen.

Die frei werdenden Milliarden sollen in Projekte der ländlichen Entwicklung und des Umweltschutzes fließen. Für deutsche Bauern bedeutet die Subventionskürzung insgesamt 225 Millionen Euro weniger. Zurzeit bekommen die etwa 380.000 Bauern gut 5,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Milchquote, also die Begrenzung der erzeugten Milchmenge, wird zwischen 2009 und 2013 um jährlich ein Prozent erhöht. 2010 und 2012 soll überprüft werden, ob die Marktsituation weitere Erhöhungen zulässt. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner ist gegen eine höhere Milchquote und erstritt zum Ausgleich einen Milchfonds, mit dem vor allem Milchbauern in schwer zu bewirtschaftenden Rand- und Berglagen unterstützt werden sollen. Voraussichtlich sollen dafür 300 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen. In einer aktuellen Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag von Greenpeace sprachen sich drei Viertel der Deutschen für die Begrenzung der Milchproduktion aus. Die erzeugte Milchmenge solle auf den Bedarf im Binnenmarkt begrenzt bleiben. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 295-3240, www.ec.europa.eu/agriculture
- ▶ www.kurzlink.de/gfk-umfrage-milch

EU-Agrarreform II**16 Verbände für Agrarwende**

■ In einer gemeinsamen Stellungnahme haben 16 Verbände aus Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz und Entwicklungspolitik ihre Forderung bekräftigt, dass die EU künftig ihre Agrarpolitik an ökologischen und beschäftigungspolitischen Zielen ausrichten solle. Außerdem sollten Exportsubventionen abgeschafft und die so eingesparten Mittel für Entwicklungshilfe umgewidmet werden, heißt es in dem Papier, das auch der DNR unterschrieben hat. An die Adresse der Bundesregierung appellierten die Verbände, die fortschrittlichen Ansätze des sogenannten Health Check der Agrarpolitik durch die Europäische Kommission nicht weiter zu bremsen, sondern zu unterstützen. [mbu]

- ▶ Stellungnahme:
www.germanwatch.org/handel/health08.pdf

Milchmarkt**Milchbauern vor dem Ruin?**

■ Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) hat sich enttäuscht über die Entscheidung des Bundesrates gezeigt, alle Forderungen des Verbandes zur Mengenregulierung abzulehnen. Dies sei für die Erzeuger eine Katastrophe und nütze nur der Großindustrie.

Die Länderkammer hatte im November die von Bauern, Molkereien, dem Handel und den Ländern vereinbarte Senkung der Milchmengen abgelehnt. Eine Reduzierung der Produktion hätte den Erzeugern höhere Einnahmen gebracht. Die Entscheidung des Bundesrats gehe komplett an den aktuellen marktwirtschaftlichen Erfordernissen vorbei, sagte der BDM-Vorstandsvorsitzende Romuald Schaber. Die desolante Situation des Marktes und der Erzeuger werde massiv verschärft. Viele Milchzeuger würden in den Ruin getrieben.

Der BDM befürchtet, dass die Bundesratsentscheidung auch ein negatives Signal für die kommenden Verhandlungen auf

EU-Ebene gibt. Die Verhandlungsposition Deutschlands als größter „Überlieferer“ in der EU werde beim Health Check deutlich geschwächt, wenn man sich weigere, sich marktkonform zu verhalten.

Für den Deutschen Bauernverband fand Schaber harsche Worte: Wenn dieser „jetzt anprangert, dass der Handel die Übermengensituation nutzt, um seine Preise zu drücken, ist das in höchstem Maße scheinheilig und heuchlerisch. Der Bauernverband hat schließlich in bester Zusammenarbeit mit der Milchindustrie alles dafür getan hat, um die Übermengen noch auszuweiten.“ [mbu]

- ▶ BDM, Freising, Tel. +49 (0)8161 / 5384730,
www.bdm-verband.org

Bundeslandwirtschaftsministerium**Ilse Aigner folgt auf Seehofer**

■ Die CSU-Bundestagsabgeordnete Ilse Aigner ist seit November Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Als Forschungs- und Bildungspolitikerin setzte sie sich nach Angaben des Informationsdienstes Gentechnik dafür ein, die Agrogentechnik anzuwenden, und sah einen großen Nutzen von Gentechnik-Pflanzen für die Landwirtschaft. Das frühere Gentechnikgesetz hielt sie für innovationsfeindlich. In Bayern war sie von 2002 bis 2005 Berichterstatterin für den Landwirtschaftshaushalt und warnte vor „finanziellen Kahlschlägen“ in der Landwirtschaft.

Aigner tritt die Nachfolge von Horst Seehofer an, der Ende Oktober zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) forderte die neue Landesregierung in München zu einem „ökologischen Kassensturz“ auf. Das neue Kabinett solle sich von umwelt- und klimazerstörenden Vorhaben verabschieden. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173,
Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Bund Naturschutz, Regensburg, Tel. +49 (0)941 / 29720-0, Fax -30, www.bund-naturschutz.de

Pestizidzulassung**EU-Parlamentarier wollen weniger Ackergifte erlauben**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich dafür ausgesprochen, die geplante EU-Pestizidverordnung zu verschärfen. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte im November in Brüssel dafür, mehr Stoffe zu verbieten als von den EU-Mitgliedstaaten derzeit vorgesehen. Nach dem Votum der Abgeordneten sollen neben krebserregenden und erbgutschädigenden Substanzen auch Stoffe mit Auswirkungen auf das Immun- und Nervensystem verboten werden, wenn sie besonders riskant sind. Stimmt das Plenum des Europaparlaments dem Votum des Umweltausschusses zu, müssen sich die Abgeordneten mit den zuständigen Ministern der 27 EU-Länder einigen.

Mehrere Europaabgeordnete sowie Industrieverbände warnten davor, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu sehr einzuschränken. Sie argumentierten, dass Pflanzen nicht genügend vor Schädlingen und Krankheiten geschützt werden können, wenn tatsächlich 50 Prozent weniger Chemiegifte erlaubt würden. Die Befürworter einer schärferen Verordnung erklärten dagegen, es sei dringend geboten, ein hohes, europaweit einheitliches Schutzniveau für die Verbraucher zu erreichen. Außerdem müssten Pestizidverbote grenzüberschreitend gelten. So dürften Mittel, die in Deutschland verboten seien, nicht in Österreich erlaubt sein und umgekehrt.

Die Berichterstatterin des Ausschusses zur EU-Pestizidzulassung Hiltrud Breyer (Grüne, Deutschland) lobte die Abstimmung: „Der Umweltausschuss hat die Ampel auf Grün gestellt für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz, aber auch für mehr Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie.“ [mbu]

- ▶ www.europarl.europa.eu/comparl/envi/default_en.htm
- ▶ Hiltrud Breyer MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5287, E-Mail: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu, www.hiltrud-breyer.eu

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Illegales Holz**Holzhändler benachteiligt**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Oktober einen Entwurf für eine Verordnung zum Umgang mit illegalem Holz vorgelegt (siehe nebenstehenden Kommentar). Danach müssen Unternehmen künftig sorgfältig prüfen und nachweisen, dass ihr Holz nach den Gesetzen des Herkunftslandes gefällt worden ist.

Vertreter holzproduzierender Länder wie Österreich, Lettland, Rumänien und Slowenien äußerten die Befürchtung, dass der Holzhandel in ihrem Land dadurch Einbußen hinnehmen müsse. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel reagierte dagegen enttäuscht auf den Entwurf und forderte, diesen komplett zu überarbeiten, weil er kein Verbot des Imports oder der Vermarktung von illegal geschlagenem Holz und von entsprechenden Holzprodukten und keine Vorschriften zur Ahndung von Verstößen enthalte. Auch Umweltverbände befürchten, dass die Verordnung nicht ausreicht, um den Kahlschlag von Regenwäldern und den Handel mit illegal geschlagenem Holz einzudämmen.

Die Waldschutzinitiative Pro Regenwald warf Gabriel allerdings in einem offenen Brief Unaufrichtigkeit vor. In seiner Enttäuschung über die fehlenden Strafen lenkte er davon ab, dass die Bundesregierung jahrelang selbst nichts gegen den illegalen Holzeinschlag und -handel getan habe. Da 20 Prozent des in die EU importierten Holzes illegalen Ursprunges seien, forderte die Initiative ein rechtlich verbindliches Verbot statt nur einer „sorgfältige Überprüfung“ durch Unternehmen.

Dem Gesetzesvorschlag müssen noch das Europaparlament und die Mitgliedstaaten zustimmen. Eine erste Debatte im EU-Agrarministerrat fand bereits im Oktober statt. Für den Umweltministerrat wurde zunächst eine Ratsarbeitsgruppe mit dem Thema beauftragt. [jg]

► www.raubbau.info

Vogeljagd**Alle Jahre schlimmer**

■ Der NABU hat Mitte Oktober Maltas Regierung für die deutliche Zunahme der Jagd auf geschützte Zugvögel kritisiert. Zwar hatte die EU-Kommission im Januar ein Klageverfahren gegen den Inselstaat vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet, das zu einem Frühjahrsjagdverbot auf Wachteln und Turteltauben führte. Jedoch berichtete die Partnerorganisation des NABU, BirdLife Malta, dass die Jagdaktivitäten bei der herbstlichen Vogeljagd deutlich zugenommen hätten. Jäger

erlegten neben seltenen Schwarzstörchen, Rohrweihen und Wespenbussarden ein Jungtier des stark vom Aussterben bedrohten Schreiadlers in einem Vogelschutzgebiet. Aus dem Abschlussbericht des gemeinsamen Vogelschutzcampes von NABU und BirdLife Malta geht ein Anstieg der illegalen Vogeljagd um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr hervor. Die Zahl der abgeschossenen geschützten Vögel hat sich danach sogar mehr als verdoppelt. [kj]

► NABU, Dr. Markus Nipkow, Ornithologie und Vogelschutz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de, www.nabu.de

Europa schützt nicht die Urwälder, sondern deren Verwerter

Nach langem Zögern hat die Europäische Kommission im Oktober endlich einen Gesetzesvorschlag zum Umgang mit illegalem Holz vorgestellt. Dieses Urwaldschutzgesetz, das Umweltorganisationen wie Greenpeace in den letzten Jahren massiv eingefordert haben, wurde innerhalb eines Handlungspakets für den Erhalt der letzten Urwälder und Wälder der Öffentlichkeit präsentiert. Das gesamte Paket greift jedoch viel zu kurz, um die Ziele zu erreichen, die sich die EU gesetzt hat. Wenn Europa ernsthaft dazu beitragen will, den globalen Temperaturanstieg unter zwei Grad zu halten, den Verlust der Artenvielfalt zu reduzieren, die Entwaldung bis 2020 zu halbieren und bis 2030 zu stoppen, so sind die vorgeschlagenen Maßnahmen lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das Urwaldschutzgesetz ist so gestrickt, dass es illegalen und zerstörerischen Holzeinschlag nicht eindämmt, sondern im Gegenteil legitimiert. VerbraucherInnen erfahren auch in Zukunft nicht, ob ihr Gartenstuhl aus Urwaldzerstörung kommt. Besitz und Handel mit Holz aus illegalen Quellen und Raubbau sind nicht strafbar. Die Importeure müssen lediglich Systeme der Sorgfaltspflicht aufbauen, die zum Risikomanagement beitragen sollen. Nach einem klarem Mechanismus, der die Wirksamkeit dieser Systeme kontrolliert, sucht man im Gesetzesvorschlag vergebens. Konsequenz wäre es gewesen, Zertifizierungssysteme für die gesamte Handelskette verbindlich vorzuschreiben, die von unabhängigen Dritten kontrolliert werden.

Der Erkenntnis folgen auch bei den Finanzierungsvorschlägen für den Waldschutz keine ausreichenden Taten. Die EU-Kommission plant zwar die Einrichtung eines globalen Urwaldfonds, der mit 20 Milliarden Euro jährlich ausgestattet werden soll. Es bleibt aber völlig offen, wie viel Europa in diesen Fonds einzahlen wird. Auch die große Verantwortung der EU beim Bezug von Soja und Palmöl für Futtermittel, Nahrungsmittel und sogenannten Biosprit wird zwar von der Kommission benannt, aber es werden keine Maßnahmen vorgeschlagen.

Bundeskanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel müssen jetzt in Brüssel dafür sorgen, dass Europas Beitrag für einen Urwaldschutzfonds aus den Erlösen des Emissionshandels ausreichend gespeist wird. Zudem müssen die Richtlinien zum Handel mit Holz und Agrarprodukten deutlich verschärft werden. Nur so kann verhindert werden, dass die letzten Urwälder zur Handelsware werden und damit langfristig verschwinden.

[Kommentar: Corinna Hoelzel]

Die Urwaldexpertin Corinna Hoelzel arbeitet für Greenpeace in Hamburg.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 30618-258,
E-Mail: corinna.hoelzel@greenpeace.de,
www.greenpeace.org

Natur des Jahres

Eisvogel, Aal und Bergahorn

■ Jedes Jahr küren Naturschutzverbände und Umweltorganisationen den Vogel, Baum oder Schmetterling des Jahres und sensibilisieren damit die Öffentlichkeit für den Arten- und Biotopschutz. Etliche der „Sieger 2009“ stehen bereits fest. So haben der NABU und der Landesbund für Vogelschutz den Eisvogel zum Vogel des Jahres gekürt. Er steht für lebendige Flüsse und Auen, die in Deutschland selten geworden sind. Baum des Jahres ist der Bergahorn. Zum Fisch des Jahres wurde der Europäische Aal benannt. Zu den Ursachen für den dramatischen Bestandsrückgang des Wanderfisches gehören die Verbauung der Gewässer und der Fang der Jungaale, der sogenannten Glasaale. Das Reptil des Jahres ist die in Deutschland am stärksten gefährdete Schlangenart, die Würfelnatter. Die Wegwarte ist die Blume des Jahres. Die Loki-Schmidt-Stiftung begründete ihre Wahl mit der Gefährdung der Blume. Heilpflanze des Jahres ist die Ringelblume. Sie hat eine lange Tradition als Hautheilmittel. [kj]

► www.kurzlink.de/naturdesjahres2009

Energieholzanbau

Baumplantagen nicht so übel

■ Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Holz hat der NABU im November eine Studie zur Umweltverträglichkeit von Plantagen mit schnell wachsenden Hölzern vorgelegt. Danach sind sogenannte Kurzumtriebsplantagen aus Klima- und Umweltsicht gegenüber Rapsdiesel oder Biogas aus Silomais zu bevorzugen. Auch aus Naturschutzsicht böten Kurzumtriebsplantagen aus Pappeln oder Weiden durchaus Chancen, da sie hochwertiger und umweltverträglicher seien als intensiv genutzte Ackerkulturen. So profitiere die Tier- und Pflanzenwelt auf einer Energieholzfläche im Vergleich zu Mais- und Rapsäckern von der längeren Bodenruhe, dem geringeren Einsatz von Dünge- und

Pflanzenschutzmitteln sowie den geringeren Störungen. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass bei einer Anlage der Flächen in ausgeräumten Ackerbauregionen positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt zu erwarten seien. Um Monokulturen zu vermeiden, empfiehlt die Studie die Festlegung von Tabu- und Vorrangflächen sowie von Mindestabständen zu wertvollen Biotoptypen sowie die Strukturierung der Flächen durch unterschiedliche Baumarten mit vielfältigen Alters- und Randstrukturen. [bv]

- NABU, Florian Schöne, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1615, E-Mail: florian.schoene@nabu.de
- Studie: www.nabu.de/themen/landwirtschaft/biomasse/10268.html

TIERSCHUTZ & ETHIK

Ferkelkastration

Kleine Schweine bleiben heil

■ Die beste Alternative zur Ferkelkastration ist die Ebermast, das heißt die Ferkel gar nicht mehr zu kastrieren. Darüber waren sich VertreterInnen aus Tierschutz, Tiermedizin und Biolandbau einig, die sich Ende Oktober auf Einladung des Anbauverbandes Bioland in Fulda zu einem Fachgespräch trafen. Auch andere, vor allem chemische Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration (umwelt aktuell 06.2008, S. 24) wurden vorgestellt, fanden aber keine Zustimmung. In den nächsten Monaten will Bioland Versuche durchführen, um die Ebermast möglichst schnell in die Praxis umzusetzen. Zahlreiche Teilnehmer, darunter die anwesenden Landwirte, sagten ihre Unterstützung bei der Umsetzung und Verbreitung der neuen Strategie zu. Die Ebermast sei nicht nur die tierfreundlichste Methode, sie führe auch zu besseren Fleischqualitäten und einer verbesserten Futtermittelverwertung. [aka]

- Bioland, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-17, Fax -27, E-Mail: presse@bioland.de, www.bioland.de

Tierversuche

EU erlaubt nicht mehr alles

■ Die EU-Kommission hat Anfang November einen Vorschlag für neue Bestimmungen zum Schutz von Versuchstieren veröffentlicht. Erstmals sollen auch Tierversuche in der Grundlagenforschung sowie die Herstellung und Verwendung gentechnisch veränderter Tiere EU-weit geregelt werden. Für die Genehmigung von Tierversuchen sollen in Zukunft erheblich strengere Maßstäbe gelten. Die geplante neue Richtlinie soll die 22 Jahre alten derzeit gültigen Vorschriften ersetzen. Die Europaabgeordnete Hiltrud Breyer (Grüne) nannte die Überarbeitung einen „richtigen Schritt in den Ausstieg aus Tierversuchen“. Auch der Deutsche Tierschutzbund begrüßte die Zielsetzung, forderte jedoch einen Paradigmenwechsel: Tierversuche sollten grundsätzlich verboten, nur streng geprüfte Ausnahmefälle erlaubt sein. Deutlich mehr Transparenz und Kontrolle bei Tierversuchen seien nötig. In Deutschland und der EU steigen die Tierversuchszahlen seit Jahren an. [aka, mb]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- EU-Kommission zum Gesetzesvorschlag: www.kurzlink.de/eu-tierversuche-2008

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Bundesumweltministerium

Öko-Dienstszitz in Bau

■ 2010 will das Bundesumweltministerium (BMU) seinen neuen Dienstszitz in der Berliner Stresemannstraße beziehen. Am 25. September fand das Richtfest statt. Für das Gesamtgebäude existiert ein umfassendes Energieversorgungskonzept. Im Vergleich zum Altgebäude sollen 64 Prozent Energie eingespart werden. [aka]

- BMU, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 18305-0, Fax -2044, www.bmu.de

Von der Fähigkeit zu staunen

2009 jährt sich der Geburtstag von Charles Darwin zum 200. Mal. Sein Hauptwerk, die »Entstehung der Arten«, hat ihn weltberühmt gemacht. Doch was für ein Mensch steckt hinter dem Naturforscher Darwin? Was trieb den nimmermüden Abenteurer an? Angela und Karlheinz Steinmüller zeichnen ein sehr persönliches Bild: »Sie beschreiben den großen Charles Darwin nicht als einen der Welt entrückten Mythos, sondern fast romanhaft als einen Menschen des 19. Jahrhunderts.« (aus dem Vorwort von Josef H. Reichholf)

A. & K. Steinmüller

Darwins Welt

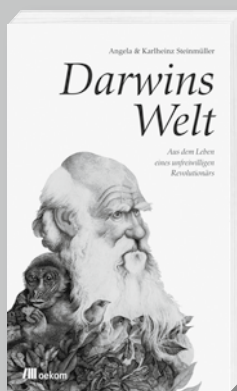
Aus dem Leben eines
unfreiwilligen Revolutionärs

320 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-124-0

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Arbeitsprogramm EU-Kommission

Wird 2009 Europas Klimajahr?

■ Unter dem Motto »Jetzt für ein besseres Europa handeln« hat die EU-Kommission am 5. November ihr Arbeitsprogramm für 2009 vorgelegt. Schwerpunkte sollen Initiativen zur Bewältigung der Finanzkrise und Maßnahmen gegen den Wirtschaftsabschwung sein. Im letzten Jahr ihrer Legislaturperiode will die Kommission bereits begonnene Projekte erfolgreich abschließen. Diese umfassen vor allem die Politikfelder Energie und Klima, Migration sowie Sozialpolitik.

Bei der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik steht ein erfolgreicher Abschluss der Klimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen im Mittelpunkt. Wird jetzt im Dezember das Energie- und Klimaschutzpaket beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates angenommen, der parallel zu den internationalen Klimakonferenzen in Poznań (Posen) (siehe S. 13 und 14) stattfindet, gilt dies als Grundlage für eine Führungsrolle der Europäischen Union ein Jahr später in Kopenhagen. Dort werde sich herausstellen, ob die Welt in der Lage sei, den historischen Durchbruch zu schaffen, heißt es im Arbeitsprogramm. [kj]

- Arbeitsprogramm 2009: www.ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009_de.pdf

Transparenz

Vorschlag für Lobbystandards

■ Ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, die sich für mehr Transparenz in der europäischen Politik einsetzen, hat eigene Leitlinien für das umstrittene EU-Lobbyistenregister entwickelt. Ende Oktober stellte das Bündnis seine Standards in Brüssel vor. Danach müssten die einzelnen Lobbyisten ihre Namen und ihre Anliegen melden. Auch um Finanzfragen geht es, denn das Bündnis hatte den Vorschlag der EU-Kommission kritisiert, unterschiedliche Maßstäbe an Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen anzulegen. Damit entstünde ein schiefes Bild,

weil die Daten nicht vergleichbar seien. Die 19-seitigen Leitlinien können im Internet heruntergeladen werden. [jg]

- www.kurzlink.de/ngo-lobby-standards
- www.act4europe.org/code/en/actions.asp?id_events=134

Nachhaltigkeitsstrategie

Kleine ernsthafte Fortschritte

■ Ende Oktober hat das Bundeskabinett den federführend vom Bundeskanzleramt erstellten »Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie« verabschiedet. Danach hat Deutschland in einigen Politikfeldern wie beim Einsatz erneuerbarer Energien und bei der Reduktion von Treibhausgasen seine Ziele erreicht. Das Ziel, auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologischen Anbau zu betreiben, liegt aber noch immer in weiter Ferne.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen begrüßte den Fortschrittsbericht. Er sei ein wichtiger Schritt zur ökologischen Profilierung des Nachhaltigkeitsbegriffs. Die unabhängige Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategie durch das Statistische Bundesamt werteten die Sachverständigen als »Zeichen großer Ernsthaftigkeit«.

Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU forderten wirksamere Maßnahmen und mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung. Nachhaltigkeit müsse zum Grundprinzip politischer Entscheidungen werden. Der Klima- und Umweltschutz dürfe nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Außerdem sei die Regierung von ihrem Ziel, bis 2020 nur noch halb so viele Rohstoffe zu verbrauchen, meilenweit entfernt. Bisher habe die Bundesregierung ihre Ziele eher halbherzig verfolgt, auch wenn der Fortschrittsbericht konzeptionell eine positive Weiterentwicklung bedeute. [jg]

- DNR, Annette Littmeier, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: annette.littmeier@dnr.de
- www.nachhaltigkeits-check.de

Umweltgerechtigkeit**Für gesunde Arbeits- und Lebenswelten**

■ Das Bundesumweltministerium und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben Mitte November eine Konferenz zur sozialen Dimension von Umwelt und Gesundheit veranstaltet, um auf Perspektiven für gesunde Arbeits- und Lebenswelten hinzuweisen. In drei Foren wurde unter anderem über Umweltgerechtigkeit, die Chemikalienpolitik und Lärmbelastung debattiert.

Unterlassener Umweltschutz werde letztlich teuer, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf der Konferenz. „Umweltschutz leistet enorm viel für die Gesundheit der Menschen.“ Wegen konkurrierender Themen wie Arbeitslosigkeit und vordergründiger Wettbewerbsnachteile gebe es aber noch viele ungelöste Probleme, so der Minister. Am Thema Umwelt und Gesundheit wolle man gemeinsam mit den Gewerkschaften arbeiten, da Umweltschutz in den Betrieben anfangen.

DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel betonte, präventiver Gesundheitsschutz, weniger Stress und weniger Umweltgifte bei der Produktion nützten sowohl den ArbeitnehmerInnen als auch den VerbraucherInnen. Eine gesunde Umwelt und die Gesundheit am Arbeitsplatz seien auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. [jg]

- ▶ BMU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 18305-0, Fax -2044, www.bmu.de/gesundheits/und/umwelt/aktuell/3796.php
- ▶ DGB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24 060-263, -211, www.dgb.de

Europawahlen 2009**Der Wahlkampf beginnt**

■ Die Parteien in Europa und die Fraktionen des Europäischen Parlaments arbeiten an Wahlprogrammen und Kandidatenlisten für die Europawahlen am 7. Juni 2009. Die SPD-Fraktion will beides am 8. Dezember auf einer Delegiertenkonferenz in

Berlin beschließen. Der FDP-Europatag ist für den 17. Januar in Berlin angesetzt. Es folgen die Grünen am 24. Januar mit einer Europa-Bundesdelegiertenkonferenz in Dortmund. Die Linke hat ihren Parteitag zum Europaprogramm für den 28. Februar angesetzt und bereits einen Entwurf ins Internet gestellt. Die CDU will im April mit ihrem „Europamanifest“ an die Öffentlichkeit treten, bis dahin haben auch alle Landesverbände ihre KandidatInnen bestimmt.

Parteien und politische Vereinigungen können eine bundesweite oder eine Liste für jedes Bundesland einreichen. Die deutschen Parteien halten das unterschiedlich. Alle Parteien müssen wie bei der Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Für die kleineren Parteien kann das ein Ausschlusskriterium sein. Dennoch stellen die meisten Kandidatenlisten auf. So geht die konservative Umweltpartei ÖDP mit 107 KandidatInnen aus ganz Deutschland in den Europawahlkampf.

Der Wahl kommt auch große umweltpolitische Bedeutung zu. Auf die Umwelt-, Naturschutz-, Agrar- und Fischereipolitik haben EU-Entscheidungen meist mehr Einfluss als die Bundes- und Landesebene.

Das deutsche Informationsbüro des EU-Parlaments plant eine Reihe von Aktionen, um die WählerInnen umfassend und überparteilich zu informieren. Geplant ist auch eine Erinnerungsaktion per Handy. Vor dem Wahltag kann man sich per SMS oder E-Mail erinnern lassen. Die Aktion richtet sich besonders an Jugendliche, beteiligen kann sich aber jeder. Ein Anmeldeformular gibt es im Internet. [jg]

- ▶ Europapolitische Sprecher der Fraktionen: SPD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 227-77477, www.axelschaefermdb.de. FDP, Tel. -70088, www.markus-loening.de. Linkspartei, Tel. -73085, www.diether-dehm.de. Grüne, Tel. -72056, www.rainder-steenblock.de. CDU/CSU, Tel. -73007, www.michael-stuebgen.de
- ▶ Europäisches Parlament, Informationsbüro, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2280-1000, www.europarl.de/europawahl
- ▶ Wahlerinnerung per SMS: www.europarl.de/jugend/wahlerinnerung.jsp

Rohstoffpolitik**Ressourcenhungrige EU wirft Auge auf Schutzgebiete**

■ Die EU-Kommission hat am 4. November einen Vorschlag für eine Strategie zur Sicherung der Rohstoffversorgung der europäischen Industrie vorgelegt. Angesichts der wachsenden Konkurrenz von Schwellenländern, die sich Rohstoffe beispielsweise in Afrika sichern, sowie „protektionistischer Maßnahmen“ einzelner Staaten will die Kommission sich für „faire Bedingungen auf außereuropäischen Märkten“ einsetzen. Wegen der Verteuerung von Rohstoffen wie seltener Metalle und Erden müssten aber auch Regelungen, die den Abbau in der EU selbst behinderten, überprüft werden. Außerdem müssten die Wiederverwertung und das Recycling gefördert und der illegale Altmetallexport wirksam unterbunden werden.

Die Kommission empfiehlt die Aufstellung einer Liste kritischer Rohstoffe und eine umfassende Strategie mit drei Hauptzielen:

- ▶ Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu gleichen Bedingungen für alle,
- ▶ Rahmenbedingungen, die eine dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen begünstigen,
- ▶ Steigerung der Ressourceneffizienz und Förderung des Recycling in der EU.

Eine Arbeitsgruppe der EU-Kommission soll klären, unter welchen Bedingungen der Abbau wertvoller Rohstoffe auch in Natura-2000-Gebieten möglich sein könnte, meldete EurActiv. Während der Vorstellung der Strategie betonte Industriekommissar Günter Verheugen, jede Ausweitung der Bergbauaktivitäten auf geschützte Gebiete müsse auf „nachhaltige“ Weise erfolgen. Leitlinien für genaue Kriterien will die EU-Kommission noch in diesem Jahr veröffentlichen. [jg]

- ▶ Vorschlag der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference IP/08/1628)
- ▶ EU-Strategiepapier zu Rohstoffen: www.eu-koordination.de/PDF/RawMaterialStrategy.pdf
- ▶ www.euractiv.com/de/umwelt/176951

VERKEHR & TOURISMUS

Subventionen

40 Milliarden für Autobauer

■ Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist offenbar bereit, den Autoherstellern in der EU zinsgünstige Kredite in Höhe von 40 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Bei einem Spitzentreffen von Vertretern aus Politik und Autoindustrie im Oktober in Brüssel hatte EU-Industriekommissar Günter Verheugen eine solche Finanzspritze für die Branche gefordert. Die Industrie brauche Hilfen für die Entwicklung von Autos mit geringerem Schadstoffausstoß, sagte Verheugen.

Umwelt- und Verkehrsverbände kritisierten, dass die Steuerzahler jetzt für die „Verantwortungslosigkeit und Untätigkeit“ der Autobauer einspringen sollten. Jos Dings von der Organisation Transport & Environment (T&E) bezeichnete mögliche Billigkredite als „verschleierte Subventionen“.

Auch der Verkehrsclub Deutschland (VCD) äußerte Unverständnis. Subventionen für eine Branche, die auf überholte Produkte setze, dürfe es nicht geben. Auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso lehnt die Subventionierung einzelner Industriezweige ab. Das wäre ein falsches Signal.

Die europäische Automobilbranche hinkt bei der Erneuerung ihrer Fahrzeugflotte um mehrere Jahre hinterher. Die EU will ihr Klimapaket im Dezember unter Dach und Fach bringen. Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids soll bis 2020 um ein Fünftel gesenkt werden. Bei Neuwagen soll der CO₂-Ausstoß auf 120 Gramm je Kilometer im europäischen Flottendurchschnitt gesenkt werden. (Siehe auch S. 28) **[mbu]**

- ▶ Europäische Kommission, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 299-1111, Fax -3040, www.ec.europa.eu/comm
- ▶ T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 502-9909, Fax -9908, www.transportenvironment.org
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Straßennutzungsgebühr

Auch Bundesländer wollen höhere Lkw-Maut

■ Im November hat auch der Bundesrat zugestimmt, die Lkw-Maut ab 2009 zu erhöhen. Laut Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee steht damit im kommenden Jahr zusätzlich eine Milliarde Euro für die Infrastruktur zur Verfügung. Das Geld soll in den weiteren Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen fließen. Aber auch Schiene und Wasserstraße profitierten von den Einnahmen aus der Lkw-Maut, sagte der Minister.

Für die Debatte um die Reform der europäischen Lkw-Maut habe die deutsche Mauterhöhung richtige Signale ausgesandt, kommentierte Michael Cramer verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament. Von einer Einbeziehung der externen Kosten, die auf EU-Ebene derzeit diskutiert wird, bleibe diese Entscheidung aber weit entfernt. Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene werde nur stattfinden, wenn der Lkw-Verkehr in vollem Umfang für die von ihm verursachten Kosten aufkomme, so Cramer weiter.

Im kommenden März soll das EU-Parlament in erster Lesung über die Wegekostenrichtlinie abstimmen. Die Abstimmung im federführenden Verkehrsausschuss ist für den 21. Januar festgesetzt. Den Startschuss für die Parlamentsdebatten gab der Berichterstatter des Verkehrsausschusses Saed El Khadraoui (Sozialdemokraten, Belgien), der deutliche Änderungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag zur Novellierung der Wegekostenrichtlinie („Eurovignette“) fordert. So sollten die Mitgliedstaaten künftig Gebühren für Klimakosten und Kosten der Lärm- und Luftverschmutzung erheben dürfen, sofern diese nicht durch bestehende Treibstoffsteuern abgedeckt sind. **[mbu]**

- ▶ EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, www.michael-cramer.de
- ▶ Änderungsentwurf El Khadraoui: www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/745/745505/745505en.pdf

Öffentliche Verkehrsmittel

EU-Parlamentarier stimmen für grüne Kriterien

■ Das EU-Parlament stimmte Ende Oktober über einen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission ab, der die öffentliche Hand verpflichten soll, beim Erwerb neuer Fahrzeuge auch Kriterien wie CO₂-Ausstoß, Luftverschmutzung und Kraftstoffverbrauch zu beachten. Die Gesetzesinitiative soll den Markt für saubere Technologien wie Elektrofahrzeuge ankurbeln und die Nachfrage nach energieeffizienten Fahrzeugen steigern. Die öffentlichen Behörden erwerben jährlich schätzungsweise 110.000 Pkw, ebenso viele Kleintransporter, 35.000 Lkw und 17.000 Busse. Da sich Vertreter von EU-Parlament und Ministerrat im Vorfeld auf einen Kompromiss geeinigt hatten, werden voraussichtlich auch die EU-Minister dem Gesetzesvorschlag zustimmen. **[mv]**

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/gruene-kriterien

Rad- und Fußverkehr

Geld für die besten Konzepte

■ Bis zum 10. Dezember läuft ein bundesweiter Wettbewerb, der Kommunen dazu bewegen will, neue Konzepte zur Förderung des innerörtlichen Fußgänger- und Radverkehrs zu entwickeln. Die vier Siebergemeinden erhalten als Preis eine Kampagne zur Stärkung des Images von Rad- und Fußgängerverkehr. Mit dem Kommunalwettbewerb startet das Bundesumweltministerium (BMU) ein Projekt für nicht motorisierte Mobilität auf Kurzstrecken. Das zunächst auf zwei Jahre angelegte Projekt ist Teil der Klimaschutzinitiative des Ministeriums und hat das Ziel, die Emissionen des Autoverkehrs auf der Kurzstrecke durch eine langfristige Verhaltensänderung zu senken. **[mbu]**

- ▶ www.bmu.de
- ▶ www.fairkehr.de
- ▶ www.velokzept.de

Zu Hause

Genug Zeit,
einer Sache auf den
Grund zu gehen.

Büro

Wer wenig Zeit hat, kann nur an der Oberfläche kratzen, wer Tiefgang will, muss sich viel Zeit nehmen? Die Frankfurter Rundschau beweist, dass es anders geht. Sie ist nicht nur unübertroffen handlich und übersichtlich, sie kommt auch schneller auf den Punkt. Damit Sie mehr Zeit für das haben, was wirklich zählt: Mit der Frankfurter Rundschau in die Tiefe gehen, ein Thema aus allen Perspektiven betrachten und wissen, warum etwas so ist, wie es ist.



Ausgezeichnet handlich: 9-fach prämiert beim European Newspaper Award.

Die FR 2 Wochen kostenlos lesen: fr-online.de oder 01803/866866
(0,09 € / Min aus dem dt. Festnetz, Mobilfunknetze ggf. abweichend)

Frankfurter Rundschau
Neues Lesen. Weiter denken.

WASSER & MEERE

EU-Fischereipolitik

Lasche Fischereikontrollen

■ Die Europäische Kommission hat Anfang November ihren siebten Jahresbericht über schwerwiegende Verstöße gegen die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) veröffentlicht. In dem Bericht, der auf Daten aus den Mitgliedstaaten basiert, geht es um das Jahr 2006. Damals wurden mehr als 10.000 Verstöße aufgedeckt; die von den Mitgliedstaaten verhängten Geldstrafen beliefen sich im Schnitt auf 1.548 Euro. Am häufigsten wurde gegen die Vorschriften zu Lagerung, Verarbeitung, Verkauf und Beförderung von Fischereierzeugnissen, die nicht den geltenden Vermarktungsnormen entsprechen, verstoßen. Außerdem wurde unerlaubt gefischt.

Die Kommission moniert in ihrem Bericht die niedrige Aufdeckungsrate und die geringe Höhe der von den Mitgliedstaaten verhängten Strafen. Die Informationen aus den Mitgliedstaaten reichten zudem nicht aus, damit die Kommission brauchbare Schlussfolgerungen zur tatsächlichen Durchsetzung der GFP ziehen könne.

In Brüssel wird derzeit eine vollständige Überarbeitung der bestehenden GFP-Kontrollverordnung vorbereitet. Dabei geht es vor allem um den Vorschlag, harmonisierte Verwaltungssanktionen einzuführen, um die Willkür des derzeitigen Systems zu korrigieren. Wichtiger Bestandteil der nächsten GFP-Reform ist zudem eine bessere, gerechtere und stärker abschreckend wirkende Durchsetzung der Vorschriften. Die Reform der Fischereiüberwachung soll Gleichbehandlung und fairen Wettbewerb gewährleisten, um zu vermeiden, dass Wirtschaftsteilnehmer, die die Vorschriften nicht einhalten, ihre Tätigkeit in Mitgliedstaaten verlagern, in denen die Strafen weniger hart sind. Weiteres Ziel ist ein einheitliches Konzept für Inspektionen und Kontrollen. [mbu]

► www.kurzlink.de/gfp-verstoesse2006

Fischereiquoten I**Ostseehering wird geschont**

■ Die EU-AgrarministerInnen haben Ende Oktober eine deutliche Kürzung der Fangquoten in der Ostsee beim Hering und beim Dorsch beschlossen. Damit sich die Bestände wieder erholen, wurde die Fangquote für Hering um 39 Prozent, die für Dorsch um 15 Prozent gesenkt. Denn nach Angaben des Rostocker Instituts für Ostseefischerei gibt es seit fünf Jahren jährlich 30 bis 50 Prozent weniger Nachwuchs als im Vorjahr. Die Minister forderten die EU-Kommission auf, bis Mitte 2009 einen Plan zu erarbeiten, wie der Hering nachhaltig bewirtschaftet werden kann.

Fischer und Umweltorganisationen kritisierten die EU-Beschlüsse. Während die Ostseefischer um ihre Erträge fürchten, geht den Umweltschützern die Reduzierung der erlaubten Fangmenge nicht weit genug. So hieß es beim WWF, die Kürzung der Quote für den Hering sei zwar eine bittere Pille für die Fischer. Sie reiche aber trotzdem nicht aus, um für eine Erholung des Fischbestandes zu sorgen. Die Stiftung Baltic Sea 2020 lobte, dass die Agrarminister mit den Beschlüssen zum Dorsch erstmals den Vorschlägen der EU-Kommission sowie einem Mehrjahresplan gefolgt seien. [mbu]

► www.kurzlink.de/lawirat-2008-10-27

► www.wwf.org

► www.balticsea2020.org/?en

Fischereiquoten II**Erholung für Nordseefische**

■ Anfang November hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag für eine Verordnung zu den Fangquoten der wichtigsten Fischbestände 2009 des Nordostatlantik einschließlich der Nordsee vorgelegt. Der Vorschlag berücksichtigt die neuesten wissenschaftlichen Gutachten und Empfehlungen über den Zustand der Fischbestände. Einige wenige Bestände konnten sich aufgrund der Bewirtschaftungspläne der letzten Jahre erholen, doch die meisten

wurden auch 2008 weiter überfischt. Um die Industrie langfristig zu sanieren, muss die Fangtätigkeit für viele Arten 2009 zurückgefahren werden. Bei anderen Beständen wird schrittweise vorgegangen und die Quoten werden jährlich um maximal 15 Prozent angepasst, um den Fischern eine gewisse Einkommensstabilität zu sichern.

Der Kommissionsvorschlag sieht unter anderem eine „Erholungspause“ für die überfischten Kabeljau-, Schellfisch- und Wittlingbestände Westschottlands vor. Die westschottischen Hering-Fangquoten sollen um 25 Prozent gekürzt werden, um weitere Bestandsrückgänge zu vermeiden. Weitere Maßnahmen betreffen den Bestand an Seezungen, Dorn- und Heringshai, Blauleng sowie kurzlebigen Arten wie Sardellen, Sandaal, Stintdorsch und Sprotten. Der WWF kritisierte, dass Quoten nicht ausreichen, um die überfischten Bestände wieder aufzubauen. Auch müssten schonendere Fischereitechniken vorgeschrieben werden, um das Beifangproblem zu verringern.

Der Kommissionsvorschlag wird nun auf der Ratstagung der Fischereiminister vom 17. bis 19. Dezember diskutiert. Er soll ab dem 1. Januar 2009 gelten. [bv]

► www.kurzlink.de/kom2008/709

► WWF, Karoline Schacht, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200127, www.wwf.de

Artenschutz und Biodiversität**Marine Volkszählung**

■ Durch den „Census of Marine Life“ wollen ForscherInnen aus über 80 Ländern den Wissensstand über die Meeresbewohner erweitern. Ziel des auf zehn Jahre befristeten Projekts ist es, bis zum Jahr 2010 eine Art Volkszählung der Meeresbewohner durchzuführen. Die Wissenschaftler wollen damit den Artenschutz verbessern und bisher unbekannte Lebewesen entdecken. Bisher sind laut Forschern des Ocean Biographic Information System (Obis) im Jahr 2004 weniger als fünf Prozent der Weltmeere erkundet. Es gab auch ablehnende Stimmen zu dem Projekt.

Anlässlich einer mehrtägigen Konferenz in Valencia Anfang November beschleunigten Kritiker dem Vorhaben auch ökonomische Interessen. So werde das Aufspüren bisher nicht entdeckten Fischschwärme zu deren Befischung führen. Entdeckungen von Unterwasserlebewesen mit industriell verwertbaren medizinische Eigenschaften würden die Interessen von Pharmakonzernen wecken. „Die Ergebnisse des Census of Marine Life werden vermutlich in erster Linie die Ausbeutung der Meere vorantreiben, auch wenn als Nebeneffekt einige bedrohte Arten besser geschützt werden könnten“, schrieb das Internetmagazin Schattenblick. [kj]

- ▶ Census of Marine Life: www.coml.org
- ▶ Kritik: www.kurzlink.de/marinezensus

Arktis

Nordpolareis schmilzt

■ Der Klimawandel lässt die Temperaturen deutlich steigen und beschleunigt damit das Abschmelzen der Arktis. Seit Beginn konstanter Temperaturmessungen war das Jahr 2007 mit fünf Grad über dem Normalwert das wärmste Jahr. Dies geht aus dem jährlichen Arktisreport hervor, den die US-Klimabehörde NOAA Mitte Oktober vorgelegt hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Eisdecke im arktischen Meer im vergangenen September mit 4,7 Millionen Quadratkilometern auf die nach September 2007 zweitkleinste Ausdehnung zusammengeschrumpft ist. Das bedeutet einen Verlust von 39 Prozent gegenüber den Jahresdurchschnittswerten von 1970 bis 2000. Infolgedessen absorbiert mehr eisfreies Wasser die Sonneneinstrahlung und damit steigt auch die Wassertemperatur. Der Temperaturanstieg wird die Eisschmelze weiter antreiben. Der Meeresspiegel ist binnen eines Jahres um 0,25 Zentimeter gestiegen, was laut NOAA bisher noch nicht vorgekommen ist. [kj]

- ▶ Richter-Menge, J. u. a.: Arctic Report Card 2008. NOAA, Washington 2008, 61 S. Download (PDF, 3,2 MB): www.arctic.noaa.gov/reportcard

Meeresnaturschutz

Fischereimanagement in Schutzgebieten

■ Im Rahmen einer Tagung zu den Konflikten zwischen Fischerei und Naturschutz Anfang November in Stralsund hat der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) seine Studie zu Ökosystemverträglichem Fischereimanagement in Schutzgebieten (EMPAS) vorgestellt. Das Bundesamt für Naturschutz hatte das Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben, um das Konfliktpotenzial zwischen der Fischerei und den Schutzziele in den Natura-2000-Gebieten der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) zwischen 19 und 200 Seemeilen Küstenentfernung zu analysieren und um die wissenschaftlichen Grundlagen für die nun zu erstellenden Managementpläne zu schaffen. [bv]

- ▶ www.ices.dk/projects/empas.asp

Mittelmeerraum

Mittelmeerunion startet mit Großprojekten

■ Mit dem Treffen der Außenminister aller 43 Staaten der Euro-Mittelmeer-Partnerschaft in Paris hat Anfang November die Mittelmeerunion ihre Arbeit aufgenommen. Die Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ soll den Beziehungen der EU zu den Mittelmeerländern einen neuen politischen Impuls geben. Die Minister legten den Aufgabenbereich und die Steuerung der neuen institutionellen Struktur, die Funktionsweise des gemeinsamen Vorsitzes sowie Zusammensetzung, Sitz und Finanzierung des Sekretariats festgelegt. Im Mittelpunkt der neu strukturierten Partnerschaft sollen Projekte stehen, die Wachstum, Beschäftigung, regionalen Zusammenhalt und sozioökonomische Integration fördern. Zu den Schlüsselbereichen gehören Umweltsanierung im Mittelmeerraum, Hochgeschwindigkeitsseewege

und Autobahnen, Katastrophenschutz, ein Solarprogramm für den Mittelmeerraum, eine Europa-Mittelmeer-Hochschule und eine Initiative zur Unternehmensentwicklung im Mittelmeerraum. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ip-08-1611

Ostseeraum

Online-Konsultation

■ Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner hat dazu aufgerufen, sich bis zum 31. Dezember an der Onlinekonsultation zur Strategie der EU für den Ostseeraum zu beteiligen. Umweltverbände und andere Interessengruppen können ihre Meinung zur Verbesserung der Umweltstandards, zur Wirtschaftsförderung und zur Sicherheitspolitik im Ostseeraum abgeben. Zu den weiteren Themenfeldern der Konsultation gehören Umweltschutz und Wohlstand, Zugänglichkeit und Attraktivität. Die EU-Kommission will im Juni 2009 offiziell eine Strategie und einen Aktionsplan für den Ostseeraum vorschlagen. [sl]

- ▶ www.ec.europa.eu/regional_policy/consultation/baltic/consultation_en.htm

Wasserqualität

Hin zu einem guten Zustand

■ Die EU-UmweltministerInnen haben bei ihrem Ratstreffen Ende Oktober eine Richtlinie über Umweltqualitätsnormen von Oberflächengewässern verabschiedet. Damit kann das Gesetzeswerk in Kraft treten, denn das EU-Parlament hatte bereits im Sommer abgestimmt (umwelt aktuell 08/09.2007, S. 25).

Die Richtlinie legt die Grenzwertkonzentrationen von Substanzen wie Pestiziden oder Schwermetallen fest, und zwar sowohl Höchstmengen als auch maximale Jahresdurchschnittswerte. Hauptziel ist, bis zum Jahr 2015 alle Gewässer der EU in einen „guten Zustand“ zu bringen. Dafür ▶

müssen die Mitgliedstaaten die Einleitung von 41 Stoffen stoppen, die für Gewässer gefährlich sind. Die EU-Kommission unterteilte 2001 die Liste dieser Stoffe in 33 „prioritäre“ Stoffe, unter denen 13 als „gefährlich prioritär“ bezeichnet werden. EU-Parlament und Ministerrat hatten zuvor über die Zahl prioritärer Stoffe und deren maximal erlaubte Konzentration in Oberflächengewässern gestritten.

Die Gesetzesregelung muss nun innerhalb von 18 Monaten von den Mitgliedstaaten im eigenen Land umgesetzt werden. Bis 2009 müssen diese zudem eine Bestandsaufnahme der Emissionen, Einleitungen und Verluste in Flussgebietseinheiten ihrer Staaten vorlegen. Die Bestandsaufnahme soll dazu dienen, den Fortschritt bei der Beseitigung gefährlicher prioritärer Stoffe zu messen. 2018 soll ein Statusbericht vorgelegt werden. [jg, mbu]

► www.kurzlink.de/kom2006-397

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Subventionen

Staatlich subventionierte Umweltzerstörung

■ Im Jahr 2006 sind in Deutschland rund 42 Milliarden Euro in umweltschädliche Subventionen geflossen, die sich negativ auf die Wasser-, Boden- und Luftqualität auswirken, die Artenvielfalt verringern und den Klimawandel vorantreiben. Das ergab eine Ende Oktober veröffentlichte Studie des Umweltbundesamtes (UBA). Die Forscher nahmen die wichtigsten Subventionen des Bundes in den Bereichen Energie, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie Landwirtschaft unter die Lupe.

Die Studie führt die jährlichen Subventionen im Energie- und Stromsteuerrecht in Höhe von fünf Milliarden Euro auf, die den Energieverbrauch begünstigen und damit den deutschen Klimaschutzziele zuwiderlaufen. Darunter fallen unter ande-

rem die allgemeinen Strom- und Energiesteuerermäßigungen für das produzierende Gewerbe. Das UBA schlägt vor, diese Subventionen ganz abzubauen oder zumindest nur solchen Betrieben Vergünstigungen zu gewähren, die ein verifiziertes Energiemanagementsystem vorweisen können und alle auch wirtschaftlich lohnenden Energiesparmaßnahmen durchführen.

Besonders kritisierte das Amt die klimaschädliche Steinkohleförderung, die 2006 knapp 2,3 Milliarden Euro kostete.

Die UBA-Forscher berechneten auch die indirekte Subventionierung des Flugverkehrs. Durch die Befreiung des gewerblichen Flugverkehrs von der Energiesteuer entgehen dem Staat jährlich 6,9 Milliarden Euro. Dies verzerrt nach Ansicht des UBA den Wettbewerb zulasten emissionsärmerer und damit umweltfreundlicherer Verkehrsmittel. Die Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs seien wegen der Flughöhe um das Zwei- bis Fünffache klimaschädlicher als bodennahe Emissionen.

Das Umweltbundesamt forderte den Gesetzgeber auf, ein umweltschutzbezogenes Subventionscontrolling einzuführen. Alle Subventionen sollten auf mögliche negative Umweltauswirkungen hin untersucht werden. [mv]

► UBA: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Dessau-Roßlau 2008. Download (PDF, 68 S., 1,4 MB): www.kurzlink.de/subventionen.pdf

Wirtschaftsförderung I

Millionen für Ökotechnik

■ Die Bundesregierung will Umwelttechnologien gezielt für die deutsche Wirtschaft nutzbar machen und hat dafür Mitte November einen „Masterplan Umwelttechnologien“ beschlossen. Im Dialog mit den betroffenen Unternehmen sollen die Forschungsförderung, der Transfer und die Verbreitung der Anwendung neuer Technologien, Verbesserungen in den Bereichen Bildung und Ausbildung sowie die Unterstützung des innovativen Mittelstands vor allem im Bereich der internationalen Kooperation gefördert

werden. Das globale Marktvolumen für Umweltschutztechnik liege bereits heute bei über 1.000 Milliarden Euro, so die Regierung. Im Jahr 2020 könnten es 2.200 Milliarden Euro sein.

Das Bundesforschungsministerium hat für vier innovative Zusammenschlüsse im Klimaschutz über 250 Millionen Euro Fördermittel veranschlagt. Das Bundesumweltministerium will im laufenden Jahr und auch in Zukunft im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit für erneuerbare Energien über 100 Millionen Euro für Forschung und Technologieentwicklung bereitstellen. [jg]

► Masterplan (PDF, 76 S. 700 kB): www.bmbf.de/pub/masterplan_umwelttechnologien.pdf

Wirtschaftsförderung II

Milliarden für Auslaufmodelle

■ Um der Wirtschaft in der beginnenden Rezession wieder auf die Sprünge zu helfen, wollte die Bundesregierung im November Neuwagen von der Kfz-Steuer befreien. Das Kabinett hatte vorgesehen, die Käufer eines neuen Autos ein Jahr lang von der Steuer freizustellen, bei schadstoffarmen Modellen sogar für zwei Jahre. Diese Gesetzesinitiative wurde jedoch vorerst von der SPD-Fraktion im Bundestag gekippt.

Zuvor hatten Umweltverbände kritisiert, dass mit Steuermilliarden der Anstieg von CO₂-Emissionen angekurbelt werde, statt das Land zukunftsfähiger zu machen. Spritfressern und Dieselfahrzeugen würden höhere Steuernachlässe versprochen als sparsamen Modellen. Der BUND forderte in einem offenen Brief an die Minister für Umwelt, Verkehr, Finanzen und Wirtschaft ein ökologisches Konjunkturprogramm. Auch von Wirtschaftsexperten hatte es Widerstand gegeben. Die Steuerbefreiung sei nicht dazu geeignet, den Absatz von Autos anzukurbeln, sondern werde lediglich Mitnahmeeffekte auslösen. (Siehe auch S. 24) [sl]

► BUND, Werner Reh, Tel. +49 (0)30 / 27586-435, www.kurzlink.de/oekokonjunktur

Menschenrechte

Umweltflüchtlinge ohne Schutz

Eine Ergänzung des internationalen Flüchtlingsrechts ist notwendig

Das geltende Recht für Flüchtlinge zeigt große Lücken. Für neue Formen erzwungener Migration gibt es derzeit keine Regeln zum Schutz der Betroffenen. Hier gilt es, vorhandene Konventionen kreativ für Umweltflüchtlinge zu nutzen. Die Regierungen müssen gezwungen werden, sich endlich des Themas anzunehmen. ■ VON MAREI PELZER, PRO ASYL

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen seit über 20 Jahren darauf hin, dass Umweltschäden und Naturkatastrophen immer mehr Menschen dazu zwingen, ihr Zuhause zu verlassen. Nach UN-Schätzungen werden in den kommenden Jahren mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildungen, Überschwemmungen oder anderen ökologischen Katastrophen ihre Heimat verlassen. Trotz der alarmierenden Ausweitung der Fluchtursachen ist eine ernst zu nehmende Initiative zur völkerrechtlichen Anerkennung dieser erzwunge-

„Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger

nen Migrationsformen nicht erkennbar. Nur zaghaft hat sich eine Debatte unter Völkerrechtlern darüber entwickelt, ob es neuer Abkommen bedarf, um die Betroffenen als „Environmentally Displaced Persons“ (EDPs) zu schützen. Ein solches Abkommen würde eine sinnvolle Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) bedeuten, um diese relativ neuen Formen erzwungener Migration anzuerkennen. Solange ein spezielles Abkommen zum Schutz von Umweltflüchtlingen fehlt, sollten bestehende völkerrechtliche Konventionen dahingehend überprüft werden, ob sie Lösungsansätze bieten. Flüchtlinge können sich in Europa auf die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäi-

sche Menschenrechtskonvention (EMRK) berufen. Was würde passieren, wenn ein Umweltflüchtling, der zum Beispiel 2004 vor dem Tsunami in Indien geflohen ist, einen Antrag auf Schutz nach der GFK und der EMRK stellen würden?

Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951 geschaffen als Reaktion auf die Barbarei des Nationalsozialismus und das Versagen der internationalen Weltgemeinschaft, den Verfolgten umfänglichen Schutz zu bieten. Im Zentrum der GFK steht die Definition des Flüchtlingsbegriffs. Ist eine Person demnach als „Flüchtling“ zu bezeichnen, so hat sie einen Rechtsanspruch darauf, nicht in den Verfolgerstaat abgeschoben zu werden. Erreicht sie die Grenze eines Aufnahmestaates, so darf sie nicht abgewiesen werden.

Als GFK-Flüchtlinge werden bei Weitem nicht nur politische Oppositionelle oder Menschen, die aus rassistischen Gründen verfolgt werden, verstanden. Neben diesen Gründen werden auch religiös oder nationalistisch motivierte Verfolgungsgründe anerkannt. Geschlechtsspezifische Verfolgung ist zwar nicht ausdrücklich in der GFK aufgeführt, sie wird allerdings von der Rechtsprechung als Verfolgung wegen „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ erfasst.

Für das Flüchtlingsrecht ist es also charakteristisch, dass eine Verfolgung aus diskriminierenden Motiven heraus erfolgt. Handelt es sich um eine „bestimmte soziale Gruppe“, so muss sie als diskriminierte Gruppe aus der übrigen Bevölkerung herausstechen und besondere Nachteile erfahren. Wendet man dieses Erfordernis

auf die Umweltflüchtlinge an, heißt dies: Wirken sich Naturkatastrophen auf alle Anwohner einer Region aus, so spricht dies gegen eine Anwendung der GFK. Es fehlt der diskriminierende Charakter der Umweltzerstörung. Von dieser grundsätzlichen Einordnung sind allerdings auch Ausnahmen denkbar. Wenn nämlich bei Naturkatastrophen nur bestimmten Bevölkerungsgruppen von Staats wegen Schutz oder Hilfen gewährt werden und anderen nicht, so kann dieses staatliche Verhalten durchaus eine Verfolgung im Sinne der GFK darstellen.

Beispiel Tsunami-Flüchtling

Das hypothetische Beispiel des indischen Staatsangehörigen, der 2004 vor dem Tsunami geflohen ist und einen Asylantrag in Europa stellt, kann hierfür ein Beispiel bieten. Denn zahlreiche Hilfsorganisationen berichteten nach dem Tsunami 2004, dass in Indien Angehörige der Dalit, der Kaste der „Unberührbaren“, durch den indischen Staat weniger Hilfe bekamen oder ganz von Hilfsleistungen ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig erhielten Fischergemeinden höherstehender Kasten Hilfsleistungen. Bestimmte Bevölkerungsteile wurden also auf diskriminierende Weise von staatlichen Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen. Im Sinne der GFK stellen die Angehörigen der Dalit eine bestimmte soziale Gruppe dar. Die unterlassene oder mangelhafte Hilfeleistung kann völkerrechtlich als Verfolgungshandlung gewertet werden.

Theoretisch könnte die GFK also auch für Umweltflüchtlinge in speziellen Konstellationen fruchtbar gemacht werden. Keine Ansätze bietet sie allerdings, wenn die Flucht die unmittelbare Reaktion auf

eine Naturkatastrophe darstellt. Fliehen alle AnwohnerInnen einer Region vor Überschwemmungen oder Erdbeben in ein anderes Land, so haben sie keine Chance auf Anerkennung als Flüchtlinge im Sinne der GFK.

Europäische Menschenrechtskonvention

Ebenso wie die GFK bietet auch die Europäische Menschenrechtskonvention einen Schutz vor Abschiebung, wenn dem Betroffenen die Verletzung bestimmter Menschenrechte im Herkunftsland drohen. Anders als die GFK fragt die EMRK allerdings nicht nach einem diskriminierenden Verhalten des Staates. Für Umweltflüchtlinge, bei denen der Nachweis einer unterschiedlichen Behandlung in der Regel schwerfällt, ist dies erst einmal von Vorteil. Allerdings wird ein menschenrechtlicher Abschiebungsschutz nur bei besonders gravierenden Eingriffen gewährt: Die EMRK bietet Schutz bei drohender Folter sowie unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (Artikel 3) und bei schwerwiegenden Verletzungen anderer EMRK-Rechte.

Rechtlich wäre es durchaus vertretbar, die Zerstörung der Lebensgrundlage als unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu bewerten. Der Europäische

Gerichtshof für Menschenrechte hatte zwar bislang noch in keinem Fall einen solchen Sachverhalt zu beurteilen. Allerdings kann man Parallelen ziehen zu den Urteilen, in denen es um die Vernichtung ganzer Dörfer durch staatliche Sicherheitskräfte ging. Vergleichbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben umweltbedingte Zerstörungen. Neben diesem Ansatz wäre es ebenfalls denkbar, die aus den Naturkatastrophen folgenden Gesundheitsgefährdungen als Anknüpfungspunkt für den Schutzanspruch zu nehmen. Nicht ausgeschlossen wäre außerdem, die Rechtsprechung zum Schutz der Privatsphäre (Artikel 8) auf die Situation einer zerstörten Umwelt zu übertragen.

Diese Hinweise sollen verdeutlichen, dass das Flüchtlingsrecht und die europäischen Menschenrechte sich kreativ für Umweltflüchtlinge fruchtbar machen lassen könnten. Dass dies in der Praxis heutzutage jedoch nicht geschieht, ist gleichzeitig Symptom für die Schwäche dieser Strategie. Die rechtlichen Argumente sind kompliziert, da weder GFK noch EMRK ausdrücklich die Folgen von Umweltzerstörung als Menschenrechtsverletzung anerkennen. Die GFK ist zugleich wegen ihrer einschränkenden Diskriminierungsmerkmale oftmals nicht passend für Umweltflüchtlinge.

Umweltflüchtlinge sind meist Binnenflüchtlinge

Ein weiterer Grund dafür, dass Umweltflüchtlinge keinen internationalen Schutzstatus erhalten, ist der Umstand, dass sie sehr häufig die Grenze ihres Landes nicht überschreiten. Sie sind Binnenflüchtlinge, bei denen ein rechtlicher Schutz durch die internationale Staatengemeinschaft nicht gewährleistet wird. Eine Ausweitung des internationalen Schutzes auf Binnenflüchtlinge wäre deswegen notwendig.

Festzuhalten bleibt also: Die internationale Staatengemeinschaft sollte anerkennen, dass es jenseits der Flüchtlingsdefinition der GFK neue Formen der erzwungenen Migration gibt. Dafür und um die betroffenen Menschen mit individuellen Rechten auszustatten, bedarf es einer neuen internationalen Konvention zum Schutz von Umweltflüchtlingen.

Die Juristin Marei Pelzer ist rechtspolitische Referentin bei der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl in Frankfurt am Main.



Kontakt:
Tel. +49 (0)69 / 230688,
E-Mail: mp@proasyl.de,
www.proasyl.de

UNDISZIPLINIERT!

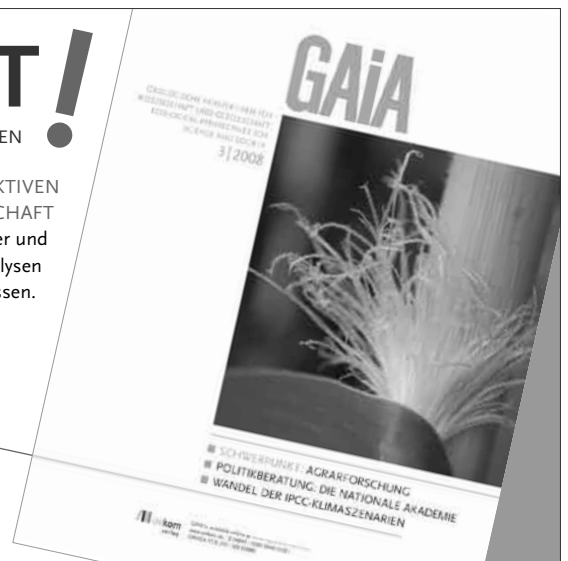
FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

 oekom
verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



Europäische Außenpolitik

Klimaflüchtlinge als „Sicherheitsproblem“

Nicht den Ursachen des Klimawandels sagt Europa den Kampf an, sondern seinen Folgen

Die Klimakatastrophe wird viele Millionen Menschen in die Flucht treiben. Die EU-Kommission warnt in einem Bericht vor „wachsendem Migrationsdruck“, was auf eine weitere Militarisierung von Europas Südgrenzen hindeutet. Kein Thema sind dagegen die Gründe für die Klimakrise und die Verantwortung der Industrieländer. ■ VON WOLFGANG POMREHN

„Die Risiken des Klimawandels sind real und seine ersten Auswirkungen sind bereits festzustellen.“ Mit diesen nüchternen, aber aufrüttelnden Worten beginnt ein Bericht, den Anfang März 2008 die EU-Kommission vorlegte. Doch wer erwarten würde, dass nach dieser alarmierenden Warnung die europäische Automobilindustrie mit ihren überdimensionierten Spritschleudern an die Kandare genommen oder ein sofortiger Baustopp für neue Kohlekraftwerke gefordert würde, der sollte zunächst nach dem Autor fragen. Das Papier wurde nämlich nicht unter der Ägide des Umweltkommissars Stavros Dimas verfasst. Es stammt vielmehr aus dem Hause des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union, Javier Solana, und für den ist der Klimawandel vor allem ein „Sicherheitsproblem“.

Nahrungsmittelknappheit und Ressourcenkonflikte

„Es ist wichtig festzustellen“, heißt es in dem Solana-Papier, „dass die Risiken (des Klimawandels) nicht nur humanitärer Natur sind, sie schließen auch politische und Sicherheitsrisiken ein, die direkte Auswirkungen auf europäische Interessen haben.“ Von den ersteren ist im Weiteren nur hier und da in sehr allgemeiner Form die Rede, etwa wenn erwähnt wird, dass das Erreichen der UN-Millenniumsziele durch den Klimawandel erschwert, wenn nicht gar unmöglich wird. Diese Ziele hatte die UNO im Jahr 2000 auf einer viel beachteten Generalversammlung verabschiedet. Sie enthalten konkrete Zielvorgaben zur Bekämpfung von Armut und Hunger sowie zur Verbesserung von Grundbil-

dung, Wasserversorgung und Ähnlichem. Detaillierter und ausführlicher wird das Papier hingegen, wo es um diese „europäischen Interessen“ geht. Anders ist es wohl auch nicht von Solana zu erwarten, der einst als Nato-Generalsekretär für den Jugoslawienkrieg mitverantwortlich war. Ausdrücklich wird vor wachsenden internationalen Spannungen aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und Ressourcenkonkurrenz gewarnt, und die Antwort darauf hat aus Sicht der EU-Kommission zumeist auch eine militärische Komponente.

Das ist besonders alarmierend, wo es um die Aufteilung der Ansprüche in der Arktis geht. Dort haben alle Anrainer mit ihren jeweiligen Nachbarn Grenzstreitigkeiten, auch zum Beispiel das EU-Mitglied Dänemark mit Kanada. Bisher spielten diese keine nennenswerte Rolle, aber das wird sich in den nächsten Jahren ändern, wenn das Meereis weiter zurückgeht und die vermutlich reichen Erdöllagerstätten vor den Küsten Sibiriens und Nordamerikas zugänglich werden.

Gefahren ausführlich beschrieben, Ursachen verdrängt

Bemerkenswert ist, dass das Papier relativ ausführlich und konkret die Gefahren beschreibt, die vor allem den ärmeren Ländern in Afrika, der Karibik und in weiten Teilen Asiens drohen. So wird der ganze Mittelmeerraum zum Beispiel unter erheblicher Verknappung der Süßwasservorräte zu leiden haben. Je länger mit der Reduktion der Treibhausgasemissionen gewartet wird, desto schwerwiegender wird der Wassermangel werden – ein Zusammenhang, den das Solana-Papier allerdings

nicht erwähnt. In den meisten Staaten sind Städte und Dörfer an den Küsten durch den steigenden Meeresspiegel in Gefahr, und das ist alles andere als eine Kleinigkeit: Ein Fünftel der Menschheit lebt in den Küstenregionen und manche sind, wie das Nildelta oder das Mündungsgebiet des Ganges in Bangladesch, gefährlich niedrig. Einigen Inselstaaten droht gar der vollständige Untergang.

Überfüllte Haftanstalten in Nordafrika

Das Kommissionspapier weist auf all das richtigerweise hin, fragt jedoch nicht nach der Verantwortung, stellt zum Beispiel nicht die Frage, wer die Klimaflüchtlinge aufnehmen soll, wer den Inselstaaten einen Ersatz für ihr verlorenes Territorium gibt. Stattdessen ist vom „wachsenden Migrationsdruck“ auf Europa die Rede. An der aktuellen Anti-Flüchtlingspolitik der europäischen Regierungen lässt sich ohne Weiteres ablesen, welche Antworten Solana und der Kommission vorschweben: weitere Militarisierung an den südlichen Grenzen sowie Ausbau der Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten, damit diese, wie zum Beispiel Libyen, den Europäern die schmutzige Arbeit abnehmen.

Die internationale Organisation Fortress Europe, die seit Jahren gegen die mörderischen Zustände an den EU-Außengrenzen Sturm läuft, hat im November 2007 einen Bericht über Haftanstalten für Migranten in Libyen erstellt. 20 davon gebe es, drei davon finanziert mit italienischem Geld. Die Inhaftierten würden entweder im Land aufgegriffen oder aus EU-Staaten nach Libyen abgeschoben. Die Autorinnen und Autoren zitieren einen ehemaligen Insassen des Gefängnisses in Kufrah, das im

Südosten Libyens, tief in der Wüste, liegt: „Wir waren mindestens 700 bis 100 Äthiopier, 200 Eritreer und 400 Sudanesen. Wir schliefen auf dem Boden, einer über dem anderen, weil es keinen Platz gab. Wir aßen einmal am Tag: 20 Gramm Reis und eine Brotstange, gegen Bezahlung.“ Die Zellen seien etwa 48 bis 50 Quadratmeter groß und mit 20 bis 78 Gefangenen belegt.

Zum Teil müssen die Insassen monatelang ohne Ausgang in diesen Löchern leben, die tagsüber unerträglich heiß und nachts oft empfindlich kalt sind, verseucht mit Krätze, Läuse und Tuberkulose. Aber das wird erst der Anfang sein, wenn die EU ihre Einwanderungspolitik nicht radi-

kal ändert und nicht für die Schäden aufkommt, die Europas Industrialisierung in Form des Klimawandels anderswo anrichtet.

Vertrieben im eigenen Land – ohne Aussicht auf Hilfe

Die Hilfsorganisation Christian Aid schätzt in einem im Mai 2007 veröffentlichten Bericht, dass bis 2050 eine Milliarde Menschen durch die Folgen der Klimaveränderungen zum Verlassen ihrer jeweiligen Heimat gezwungen werden könnte. Die meisten davon würden zu sogenannten Binnenflüchtlingen werden, und zwar in

Ländern, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Welche dramatischen Ausmaße das selbst in einem der reichsten Staaten annehmen kann, konnte die Weltöffentlichkeit im August 2005 verfolgen, als der Hurrikan Katrina New Orleans traf. Die Mehrzahl der Katrina-Opfer lebt heute über verschiedene US-Bundesstaaten verstreut, und ihre Rückkehr scheitert nicht am Verlust von Land, sondern an mangelnder Unterstützung. In anderen Fällen wird jedoch künftig definitiv Land verloren gehen und die betroffenen Staaten werden nicht mehr in der Lage sein, ihre Bürger anderweitig unterzubringen.

Die Verursacher zur Kasse bitten

Zum Beispiel Bangladesch: Eine Greenpeace-Studie geht davon aus, dass aus den tief liegenden, aber dicht besiedelten Küstenregionen 75 Millionen, rund die Hälfte der Landesbevölkerung, durch den Anstieg des Meeresspiegels und durch tropische Stürme vertrieben werden könnten. Diese würden wohl kaum in anderen Teilen Bangladeschs eine menschenwürdige Unterkunft finden und müssten in den Nachbarländern angesiedelt werden. Spannungen sind absehbar und werden nur dann im Rahmen gehalten werden können, wenn es gelingt, die in den Industriestaaten sitzenden Verursacher der Misere für die angerichteten Schäden zur Kasse zu bitten.

Erstabdruck in: Der Schlepper, Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein, Nr. 43, Frühjahr 2008. Herausgeber: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Kiel, Tel. +49 (0)431 / 735000, Fax 736077, www.frsh.de.

Wolfgang Pomrehn studierte Meteorologie und Geophysik. Er arbeitet als freier Journalist und Autor in Berlin, unter anderem bei wir-klimaretter.de.

2007 erschien von ihm „Heiße Zeiten. Wie der Klimawandel gestoppt werden kann“.



Kontakt:
E-Mail:
wpomrehn@garden.de,
www.wolfgangpomrehn.de

Klimawandel stellt Katastrophenhilfe vor neue Aufgaben

Der Klimawandel verändert die gesamte humanitäre Hilfe. Darauf haben Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe auf einer gemeinsam veranstalteten Klimakonferenz „Klimawandel und Katastrophenvorsorge“ im vergangenen Februar hingewiesen. Die Häufigkeit und Intensität von klimabedingten Überschwemmungen, Dürren und Erdbeben nehme jährlich zu und habe sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt.

Die beiden christlichen Hilfswerke verständigten sich auf eine engere Zusammenarbeit. Durch Anpassung an den Klimawandel könnten Schäden verhindert werden. Besonders auf Nothilfeorganisationen, die bereits im Bereich der Katastrophenvorsorge aktiv seien, komme daher in Zukunft eine Schlüsselrolle zu. „Unsere Partner in den Entwicklungsländern fragen uns, was wir im Norden als Hauptverursacher des Klimawandels dafür tun, die Treibhausgase zu reduzieren und für die Schäden unseres Handelns aufzukommen“, erklärten Oliver Müller, Leiter von Caritas international, und Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Es geht deshalb nicht mehr allein um Barmherzigkeit und Nächstenliebe, sondern auch um unsere Verpflichtung zur Schadensbegrenzung und um Gerechtigkeit, das heißt um Kompensation für Schäden, die von uns verursacht worden sind.“

Die beiden Organisationen haben in der Katastrophenhilfe und -vorsorge Erfahrung. Sie verfügen in den vom Klimawandel bedrohten Regionen über ein Netz von Partnerorganisationen, deren Mitarbeitende in der Regel aus der lokalen Bevölkerung kommen, die die Lebensumstände und Probleme der Menschen aus nächster Nähe kennen und mit ihnen gemeinsam Art und Umfang der benötigten Hilfe bestimmen können.

Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe wollen in Zukunft auf fachlich-wissenschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten sowie gemeinsam Klimaschutz- und Klimapräventionsprojekte durchführen, Partner schulen und sie zum gegenseitigen Austausch zusammenbringen. Angesichts der von Wissenschaftlern prognostizierten Zunahme von klimabedingten Katastrophen sei eine Bündelung der Kräfte wichtig, um der Größe der Herausforderung zu begegnen. „Wir dürfen mit Maßnahmen der Katastrophenvorsorge nicht länger warten, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass es zu spät ist“, appellierten Füllkrug-Weitzel und Müller. [mb]

- ▶ www.diakonie-katastrophenhilfe.de/tagung
- ▶ www.caritas-international.de/klimakonferenz

Europäische Fischereipolitik

Fischern steht das Wasser bis zum Hals

Überfischung und Klimawandel gefährden die Existenz der KüstenbewohnerInnen Westafrikas

Die Jagd ihrer Regierungen nach Devisen gefährdet die Ernährungsgrundlage der Fischer an Westafrikas Küsten. Der Klimawandel beeinträchtigt zudem die Sicherheit auf See. Und statt zum Fischen zu fahren, treten immer mehr Menschen in ihren winzigen Booten den lebensgefährlichen Fluchtweg nach Europa an. ■ VON BEATRICE GOREZ, CFFA

Anfang 2008 erklärten UN-Offizielle, dass „die weltweit größten kommerziell genutzten Fischbestände innerhalb von Jahrzehnten zusammenbrechen könnten, wobei die globale Erwärmung die Auswirkungen von Verschmutzung und Überfischung noch verschlimmert“. Einige Menschen müssen nicht so lange warten: Die vom Fischfang lebenden Gemeinden in den Entwicklungsländern zollen den Auswirkungen dieser Umweltveränderungen bereits jetzt ihren Tribut.

Barcelona oder der Tod

In Europa gehören die Bilder von bunten, hölzernen Kanus, beladen mit verzweifelten Männern, Frauen und Kindern, die hoffen, ihrem westafrikanischen Alptraum zu entkommen, zu den schmerzlichsten Bildern der letzten Jahre. Die Schande, nicht in der Lage zu sein die eigene Familie zu unterstützen, Arbeitslosigkeit, fehlende Einnahmen und Mangel an Nahrung treiben sie an. „Barca wala barsak“ ist ihr Motto – „Barcelona oder der Tod“ auf Wolof, einer Sprache, die vor allem in Senegal gesprochen wird. Tatsächlich haben viele bei dem Versuch, die Gewässer zwischen Afrika und Europa zu überqueren, den Tod gefunden.

Vom Fischfang lebende Menschen aus Westafrika sind sehr oft Beteiligte an der Migration⁽¹⁾, entweder als Exilsuchende oder als Organisatoren dieser gefährlichen Reisen. Einer der Hauptgründe für ihre Flucht sind die schwindenden Fischbestände. Zu viele Fischer haben für zu lange Zeit Jagd auf zu wenig Fisch gemacht. Ende der 1980er-Jahre trieb zudem eine Reihe von Dürren hungernde Menschen aus dem Inland südlich der Sahara auf der Suche

nach Nahrung und Arbeit bis an die Küsten. So bestehen in Senegal große Teile der Fischerdörfer aus diesen „Newcomern der 80er-Jahre“, die damals mit dem Fischfang begannen. Dies ist eine der Ursachen für den Boom des Fischereihandwerks, aber auch für immer stärkere Auswirkungen der Fischerei auf die Ressourcen.

Interessant ist, dass die Ankunft der Neuankömmlinge in den senegalesischen Fischerdörfern Ende der 80er-Jahre mit der Unterzeichnung des ersten „Cash-for-Access“-Fischereiabkommens zwischen den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) und der Europäischen Union zusammenfiel. Das erste solche Abkommen wurde 1987 mit Senegal unterzeichnet und beinhaltete die Öffnung des Landes als Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) für europäische Flotten.

„Boot aus der Hölle“

Seitdem stehen die westafrikanischen Gewässer von zwei Seiten unter Druck. Zum einen durch wachsende lokale Fischereihandwerksflotten und zum anderen durch industrielle Fangflotten aus Europa und Asien, die immer gieriger werden. Die meisten dieser ausländischen Flotten wenden Fangpraktiken an, die vom Standpunkt der Nachhaltigkeit aus fragwürdig sind, zum Beispiel Schleppnetze oder Monogarn-Kiemennetze. Das größte EU-Schiff, von den westafrikanischen Fischern „Boot aus der Hölle“ getauft, war 150 Meter lang und seine Schleppnetze fingen mehr als 300 Tonnen Fisch pro Tag. Das ist mehr als viele lokale Boote in einem Jahr fangen könnten.

Der kombinierte Druck hat die Fischbestände zur Erschöpfung gebracht.

Traditionelle Fischer finden immer weniger Arbeit, werden mittellos und sehen keine Alternative als die Flucht aus ihrer Heimat. Wüstenbildung an Land drängt Menschen in die Fischerei, Wüstenbildung im Meer treibt sie nun von dort weg.

Devisen statt Ernährungssicherheit

Warum aber öffnen die Subsaharaländer weiter ihre Gewässer für ausländische Flotten, statt sie zu schützen und ihren wachsenden kleinen Fischereisektor zu regulieren, der eine Quelle für lokale Nahrungsmittel, Einnahmen und Arbeit für viele Menschen ist? Die Antwort: Devisen.

Seit mehr als 20 Jahren verkaufen die von Armut heimgesuchten Länder Fischereilizenzen an die EU und an asiatische Flotten, weil sie die staatlichen Einnahmen weiter steigern wollen. Mauretanien hat für das letzte EU-Fischereiabkommen 86 Millionen Euro pro Jahr erhalten. Das scheint für viele Entscheidungsträger die einfachste Methode, die dringend benötigten Devisen in das System zu bringen. Aber für diese kurzfristigen Vorteile zahlen die verwundbaren Fischerdörfer einen hohen Preis. Viele Menschen werden zur Migration gezwungen und die Ernährungssicherheit ist bedroht. Einst eine billige Proteinquelle für die Armen, werden die Fische auf den lokalen Märkten in Afrika immer teurer. Sogar die billigsten Sardinen sind nun ein Gericht für besondere Anlässe statt ein tägliches Grundnahrungsmittel.

Viele der arbeitssuchenden Fischer, die Westafrika verlassen haben, finden ironischerweise einen Arbeitsplatz auf den gleichen spanischen Trawlern, die ihnen letztlich die Lebensgrundlage geraubt haben.

2007 haben Spanien, Senegal und einige

andere afrikanische Länder ein Kooperationsabkommen zum Kampf gegen illegale Migration unterzeichnet. Es beinhaltet die Ausbildung von rund 3.000 Fischern für die Arbeit auf solchen EU-Industriebooten. Außerdem schließt die Vereinbarung das Angebot einer bestimmten Menge an Fanglizenzen für spanische Trawler ein, sodass diese in den bereits überfischten Gewässern weiter Fischfang betreiben können. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Vereinbarung langfristig die Ursache für die illegale Migration nach Europa – die übermäßige Ausbeutung der afrikanischen Meeresressourcen – beheben kann.

Klimaschock nur eine Frage der Zeit

In einer Situation, in der die meisten Fischbestände der afrikanischen Küstenstaaten mehr als ausgeschöpft sind und der Löwen-

anteil von ausländischen Flotten gefangen wird, werden die Auswirkungen des Klimawandels für die Küstenbevölkerung bald stark spürbar sein. Die Veränderungen haben schon begonnen: Die Fischer sind auf der Suche nach Fisch gezwungen, mit ihren kleinen Pirogen immer weiter aufs Meer hinauszufahren. Viele der für die Küstenschifffahrt gebauten Pirogen fischen jetzt bis zu 200 Seemeilen weit von der Küste entfernt, wo sie sehr anfällig für Unfälle sind. Die steigenden Wassertemperaturen wirken sich auf die Strömungen und die Windstärke aus. In Guinea haben Fischer festgestellt, dass die Winde und Gezeiten immer stärker werden und die Sicherheit beim Fischfang beeinträchtigen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Klimawandel Auswirkungen auf das Leben der Fischer haben wird. Aber der auch durch die EU-Seefahrzeuge herbeigeführ-

te Raubbau an den Ressourcen, von denen ihre Lebensgrundlagen abhängen, vergrößert die Intensität, mit der sie den Schock spüren werden.

Anmerkung

► (1) Niasse, M. L. (2007): L'Europe ou la mort. Les pêcheurs et l'émigration au Sénégal.
www.peche-dev.org/pages/publications.html

Aus dem Englischen übersetzt von Katja Jüngling.

Die Biologin Béatrice Gorez arbeitet seit 15 Jahren für die Vereinigung für Faire Fischereiabkommen (CFFA) in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 6525201,
E-Mail: cffa.cape@scarlet.be,
www.cape-cffa.org



Nahrungsmittelversorgung

Der Klimawandel leert die Teller

Subsistenz- und Kleinbauern im Süden sind von der Klimakatastrophe direkt bedroht

Der Klimawandel kommt und heimatlose Eisbären haben unsere Sympathie. Weniger Aufmerksamkeit bekommen Millionen Menschen in Entwicklungsländern, die ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Etwa in Bangladesch und Mosambik, wo die meisten Menschen in küstennahen Gebieten leben und von der Landwirtschaft abhängig sind. ■ VON TOBIAS BAUER

Der Klimawandel beherrscht die öffentliche Debatte: schmelzende Gletscher, heimatlose Eisbären, der Beitrag des Menschen an der Veränderung der globalen Lebensgrundlagen. Eine drastische Konsequenz der globalen Erwärmung bleibt jedoch in vielen politischen Kommentaren unterbelichtet: die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen in den Entwicklungsländern, mithin die Ärmsten der Armen.

Am 28. März gab der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen bekannt, dass die Folgen der Erderwärmung das Recht auf Leben in Küstengebieten und anderen Regionen gefährdeten. Er berief sich unter anderem auf den Bericht des Weltklimarates IPCC, wonach die Ernten der vom Regen abhängigen Landwirtschaft bis 2020

um bis zu 50 Prozent sinken werden. Da die Welternährungsorganisation FAO davon ausgeht, dass 95 Prozent der Landwirtschaft in Afrika vom Regen abhängen, sind die Konsequenzen überdeutlich: Millionen Menschen werden durch den Klimawandel ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Das erste der Millennium-Entwicklungsziele der UN, die Halbierung des Anteils der Hungernden in der Welt bis 2015, ist nicht zu erreichen. Zumindest nicht mit den derzeitigen Maßnahmen – auch nicht mit den Programmen, die seit Beginn der Welternährungskrise angeschoben wurden.

Die Halbierung des Hungers wäre schon ohne Klimawandel ein ehrgeiziges Ziel. Doch nun wird die landwirtschaftliche Produktion sinken, klimaabhängige Naturkatastrophen wie Überschwemmun-

gen und Wirbelstürme werden zunehmen und Beginn, Dauer und Häufigkeit des Nahrungsmittelanbaus werden sich verändern. Die Folgen sind eine Verringerung des Nahrungsangebots und die stärkere Verbreitung chronischen Hungers. Erste Entwicklungen in diese Richtung waren bereits zu beobachten. In Mauretanien, Senegal, Haiti und Burkina Faso gab es Unruhen, da sich die arme Mehrheit der Bevölkerung ihr Essen nicht mehr leisten kann.

Eine weitere Auswirkung des Klimawandels: Wegen des steigenden Anteils von Kohlendioxid in der Luft wachsen die Pflanzen zwar schneller, sind aber weniger proteinreich, sodass ihr Nährwert sinkt, wie etwa beim Weizen. Auch andere Effekte der globalen Erwärmung

wie die Ausdehnung des Verbreitungsgebiets der gefürchteten Tsetsefliege werden Konsequenzen für die Lebensweise und die Ernährung von Millionen Menschen in Afrika haben.

Böden sind nur an der Küste fruchtbar

Besonders betroffen sind wegen ihrer schwachen sozioökonomischen Infrastruktur und geografischen Lage Länder wie Mosambik oder Bangladesch. Die Böden sind meist nur in der Nähe der Küste oder von Flüssen fruchtbar, darum lebt dort ein Großteil der Bevölkerung. Vier Fünftel der Mosambikaner leben auf dem Land und sind von der Landwirtschaft abhängig. Sie betreiben zum größten Teil Subsistenzwirtschaft, das heißt, sie bauen gerade genug Lebensmittel an, um sich selbst und ihre Familien zu ernähren. Und auch das nicht immer, wenn zu viel oder zu wenig Regen fällt. In solchen Regionen ist der Klimawandel besonders zu spüren: Schmelzende Polkappen führen zum Anstieg des Meeresspiegels, wodurch einige der fruchtbarsten Gebiete in Küstennähe wiederholt oder sogar dauerhaft überschwemmt werden.

Die BewohnerInnen der Küste am Golf von Bengalen leiden bereits heute unter Überschwemmungen, wenn Wirbelstürme wie Sidr im November 2007 das Festland von Bangladesch mit Salzwasser überfluten. Eine der wahrscheinlichsten Folgen des Klimawandels, die weltweite Zunahme von Unwettern und Stürmen, hat hier besonders schlimme Auswirkungen. Studien zeigen, dass der Anstieg des Meeresspiegels Zehntausende Hektar Ackerland unbrauchbar machen kann – auch durch einen Anstieg des Salzgehalts im Boden. Nachdem Sidr mit den Sundarbans den besten Schutzschild der Küstenbevölkerung Bangladeschs weitgehend zerstört hat, sickert jetzt immer mehr Salzwasser in diesen Mangrovenwald und die dahinter liegenden Reisfelder ein.

In Mosambik ist dagegen besonders die Umgebung der Hafenstadt Beira gefährdet. Beira liegt sehr tief und hat schon jetzt mit Schäden an der Infrastruktur zu kämpfen. Das trifft auch die im Innern des Konti-

Die Industriestaaten müssen Verantwortung übernehmen

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen António Guterres hat es schon vor einem Jahr deutlich gesagt: Die Welt wird in Zukunft neue und komplexere Formen von Flucht, Vertreibung und Migration erleben. Ohne eingreifende Maßnahmen werden Klimawandel, Umweltverschmutzung und Naturkatastrophen das Leben in vielen Teilen der Erde unmöglich machen und Ressourcenkonflikte heraufbeschwören.

Dabei gibt es Umweltflüchtlinge schon jetzt. Seit 20 Jahren weisen wissenschaftliche Studien darauf hin, dass sich hinter vielen Migrationsprozessen und Fluchtbewegungen auch massive ökologische Probleme verbergen. In Asylverfahren von Flüchtlingen werden diese jedoch bislang nicht als Fluchtgründe anerkannt:

Viele von den Folgen ökologischer Zerstörung Betroffene bleiben bislang in ihrer Herkunftsregion. Oft steht der Verlust der lokalen Lebensgrundlage am Beginn eines längeren Migrationsprozesses, der zunächst in die Metropolen des Herkunftslandes, dann erst in die Nachbarstaaten führt. Eher schemenhaft werden Umweltflüchtlinge bislang als die zu versorgenden Opfer akuter Katastrophen wahrgenommen, die nach kurzer medialer Aufmerksamkeit aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Erst durch die Beschleunigung des Verlustes der natürlichen Lebensgrundlage werden Umweltflüchtlinge immer häufiger sichtbar.

Migrationsexperten aus Bangladesch fordern die Vereinten Nationen und UNHCR auf, Pläne für den globalen Umgang mit umweltbedingter Migration zu entwickeln. Ein pragmatischer Experte aus Bangladesch schlägt vor, jedes Land solle sich um einen bestimmten Anteil der Klimaflüchtlinge kümmern und sie aufnehmen. Die Aufnahmequote sei von der – aktuellen und früheren – Menge der Treibhausgasemission des jeweiligen Landes abhängig zu machen.

Im Jahr 2007 hat der wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung ein umfassendes Gutachten mit dem Titel „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ vorgelegt. Es enthält dringliche Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger. Eine der zentralen Thesen: Der Klimawandel ver-

stärkt Mechanismen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen. Wenn der Klimaschutz jetzt scheitert und die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad nicht möglich sei, werde sich die Politik auf klimabedingte Konflikte vorbereiten müssen.

Die Gutachter warnen, dass die umweltverursachte Migration nicht dauerhaft von der Politik ausgeblendet und zulasten der Betroffenen ignoriert werden dürfe. Sie stellen fest, dass bis heute weder spezifische Pflichten der Staaten in Bezug auf die Behandlung von Umweltflüchtlingen noch sonstige rechtliche Schutzmechanismen existieren, weil der geltende völkerrechtliche Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention auf sie keine Anwendung finde. Nötig sei eine die Rechtstellung von Umweltmigranten regelnde übergreifende Konvention.

Das allerdings setzt einen sehr schnellen Bewusstseinswandel voraus. Die Entwicklungsländer sind aufgrund ehemaliger und teilweise noch aktueller Abhängigkeiten nicht nur ökonomisch unterentwickelt, sondern auch ökologisch fehlentwickelt. Armut und wachsende Bevölkerung engen die Möglichkeiten einer Folgenbegrenzung ein. Die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit sind in vielen Regionen der Welt bereits weit fortgeschritten. Die ländliche Selbstversorgungswirtschaft mit einer Vielfalt von Produkten ist oftmals zerstört. Die Folgen der Monokulturen sind längst sichtbar: Überdüngung, Zerstörung des Wasserhaushaltes, umweltbelastende Folgen der Agrochemie usw. Die Folgen der Umweltveränderung treffen diese Staaten weitaus dramatischer als es die Folgen von Naturkatastrophen je könnten. Die reichen Industriestaaten müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen und menschenrechtliche Instrumente initiieren, die die Umweltflüchtlinge schützen.

[Kommentar: Bernd Mesovic]

Bernd Mesovic ist seit mehr als zwei Jahrzehnten mit Flüchtlingsthemen befasst. Er ist stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl in Frankfurt am Main.

Kontakt: Tel. +49 (0)69 / 230688, E-Mail: proasyl@proasyl.de, www.proasyl.de

nents gelegenen Länder, denn die zweitgrößte Stadt Mosambiks ist der wichtigste Seehafen für die Nachbarstaaten Simbabwe und Malawi und einer der Hauptumschlagplätze für den Nahrungsmittel- und Import an der ostafrikanischen Küste.

Die küstenfernen Gebiete sind auch ganz direkt betroffen. In Südasien und dem Süden Afrikas werden Regenfälle insgesamt seltener, wodurch die Böden im Landesinneren trockener werden und Dürren öfter auftreten. Fällt dennoch Regen, dann aber viel mehr als früher, die Böden können die Feuchtigkeit nicht schnell genug aufnehmen, die großen Flüsse überschwemmen weite Regionen. Dabei kann die oberste, fruchtbarste Schicht des Bodens abgetragen werden, wodurch sich die Qualität des Ackerlandes stetig verschlechtert.

Hochwasser zwingt Tausende zur Flucht

Die Folgen der Überschwemmung des Sambesi konnten in der vergangenen Regenzeit in Mosambik wieder einmal beobachtet werden: Tausende Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende verlieren ihre Lebensgrundlage, wissen nicht, wovon sie ihre Kinder bis zur nächsten Ernte ernähren sollen. Diesmal kamen die meisten noch glimpflich davon, da Hilfsorganisationen wie das UN World Food Programme ausreichend Mittel erhielten, um die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. Doch wie lange wird das Geld reichen, wenn der Bedarf steigt? Die Hilfswerke befürchten bereits einen Rückgang der Zuwendungen im Zuge der Weltfinanzkrise.

Nicht zu vergessen: Auch die Preise für Nahrungsmittel steigen. So wurde Reis in Bangladesch allein 2007 um 70 Prozent teurer. Auch nach einer leichten Erholung in den letzten Monaten sind die Preise für Grundnahrungsmittel immer noch weit höher als vor einem Jahr. Ein Grund ist die wachsende Nachfrage nach Getreide und Fleisch in vielen asiatischen Ländern, besonders in China und Indien. Für die „Herstellung“ von Fleisch wird sehr viel Getreide als Viehfutter verbraucht. Während sich deutsche Verbraucher darum sorgen, ob sie sich noch jeden Tag Fleisch leisten können, müssen bedürftige Men-

schen in Entwicklungsländern auf billigere, nährstoffarme Nahrung ausweichen oder schlicht die Zahl der Mahlzeiten reduzieren. Darunter auch viele Bauern: Rund zwei Drittel müssen Nahrungsmittel zukaufen.

Humanitäre Hilfe genügt nicht

Verschärft wird diese Entwicklung durch stetig steigende Transportkosten sowie durch ein weiteres Problem: die zunehmende Verwendung von fruchtbaren Anbaugeländen und Nahrungsmitteln zur Produktion von Agrotreibstoffen. Nach dem Ende jahrzehntelanger subventionierter Überschussproduktion in der europäischen und US-amerikanischen Landwirtschaft wird nun verstärkt für die Energiebranche produziert: Die Erschöpfung fossiler Treibstoffreserven ist nicht mehr zu leugnen, Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen wie Getreide, Palmöl oder Jatropha werden als vielversprechende Alternative angeboten. Die Bereitstellung großer Flächen für Energiepflanzen etwa in Äthiopien oder Tansania bedeutet aber, dass Nahrungsmittel und Treibstoff miteinander in Konkurrenz treten. Das gilt auch, wenn Pflanzen wie Jatropha angebaut werden, die keine potenziellen Nahrungsmittel sind. Die Rechnung zahlen wieder die Armen im Süden: Die Menge an Mais, die für die Herstellung einer Tankfüllung eines Mittelklassewagens benötigt wird, kann einen Menschen ein Jahr lang ernähren. Studien zufolge ist der Biospritboom für etwa 30 Prozent des Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln verantwortlich.

Zurück zum wohl größten Problem, das sich in Zukunft der Versorgung der Weltbevölkerung mit gesunder Nahrung stellen wird, dem Klimawandel. Zu seiner Bewältigung müssen wichtige Aufgaben angepackt werden: Erstens muss die landwirtschaftliche Produktion in Regionen stattfinden, wo Nahrungsmittel dauerhaft und zuverlässig angebaut werden können. Bestehende Anbaugelände müssen deutlich verbesserte, ökologisch verträgliche Bewässerungssysteme erhalten; andere Gebiete müssen besser vor Überschwemmungen geschützt werden. Zweitens muss die

Verteilung der Nahrungsmittel viel besser organisiert werden. Wenn Millionen von Subsistenzbauern in Lateinamerika, Afrika und Asien wegen ausbleibender Regenfälle und fortschreitender Bodendegradation ihre Lebensgrundlage verlieren, wird humanitäre Hilfe allein kaum ausreichen, um alle Umweltflüchtlinge zu versorgen, die eine neue Heimat suchen. Nicht zu reden von den BewohnerInnen städtischer Gebiete, die sich ihr Essen nicht mehr leisten können. Länder wie Bangladesch oder Mosambik, die schon heute große Probleme mit der Ernährung, Bildung und gesundheitlichen Betreuung ihrer Bevölkerung haben, stellt der Klimawandel vor fast unlösbare Aufgaben.

Faire Handelsregeln für Nahrungsmittel

Hier müssen neue internationale Strukturen geschaffen werden. Frühwarnsysteme müssen aufgebaut, Nahrungsmittel- und Entwicklungshilfe aufgestockt und faire Welthandelsvereinbarungen geschlossen werden. Dazu gehört auch, den Bauern in Entwicklungsländern Zugang zu den Märkten zu ermöglichen, die ihnen bisher aufgrund einseitiger Handelsstrukturen, Subventionen für Landwirte in Europa und Nordamerika und eine schlechte Infrastruktur verschlossen blieben. Es gilt, Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel miteinander zu vereinbaren. Eine faire Neuordnung der globalen Nahrungsmittelpolitik wird zu nachhaltiger Entwicklung führen, vor allem im oft vernachlässigten ländlichen Raum. Wenn ein solcher Prozess den Ärmsten der Armen in Bangladesch, Mosambik und anderen benachteiligten Ländern zugutekommt, hat der Klimawandel wenigstens auch eine positive Entwicklung ausgelöst.

Tobias Bauer arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Eine erste, kürzere Fassung seines Beitrags erschien in „Wem gehört der Klimawandel?“, Sul serio 14/ Arranca 38 (2008).

Kontakt: E-Mail: bauer.tobias@yahoo.de



Die Finanzkrise ist eine Nachhaltigkeitskrise

Die Antwort der Umweltbewegung auf die Finanzkrise lautet: Ökologie muss ins Zentrum der Politik rücken. Der Deutsche Naturschutzring verlangt klare Regeln für die Finanzmärkte. Nötig sei jetzt eine ehrgeizige Klimapolitik statt neuer Kohlekraftwerke und Kfz-Absatzförderung. Der Umwelt-Dachverband fordert ein Effizienzgesetz, Top-Runner-Programme, mehr Biolandbau und eine ökologische Finanzreform.

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Dachorganisation von 94 Umwelt- und Naturschutzorganisationen fordert das Ende der Dominanz der Finanzmärkte über die reale Wirtschaft und die Gesellschaft. Wichtigste Aufgabe der Regierungen sei eine ökologisch orientierte Reform des Bretton-Woods-Abkommens aus dem Jahre 1944, so der DNR auf einer Pressekonferenz im November in Berlin. Als erste Schritte müsse für eine umfassende Transparenz, klare Regelungen und die Einrichtung einer internationalen Aufsicht für alle Akteure auf dem Finanzmarkt sowie ein Verbot von Hedgefonds, Offshore-Zentren und Leerverkäufen gesorgt werden. Die Aktivitäten der Finanzinstitutionen seien durch eine Besteuerung aller Kapitaltransfers einzudämmen. Banken und andere Finanzakteure sollten ihre Zulassung verlieren, sofern sie Zweigstellen in Steuer- und Finanzoasen aufrechterhalten.

Traditionelles Wachstumsmodell am Ende
„Wenn die zu Spielbanken verkommenen Banken zusammenbrechen, werden über Nacht Hunderte von Milliarden Euro mobilisiert. Wenn der Naturhaushalt kollabiert, passiert nichts“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. „Die Finanzkrise hat die Politik in Geiselhaft genommen. Sie ist eine Nachhaltigkeitskrise. Wir müssen jetzt erst recht in die Klimapolitik investieren, statt in einer Zeit der Auto-Götzendämmerung den Autoabsatz zu fördern oder immer neue Kohlekraftwerke zu planen.“

Nach Auffassung des DNR erleben wir den Bankrott des traditionellen Wachstumsmodells. Es führe in den Abgrund durch soziale Ungleichheit, Überlastung der natürlichen Kreisläufe, Vernutzung der Ressourcen und Gefährdung der Tierwelt. „Die Menschheit muss lernen, mit Grenzen und Endlichkeit umzugehen“, betonte DNR-Präsidiumsmitglied Micha-

el Müller. Notwendig sei eine kulturelle Neuorientierung, zu der auch Suffizienz und damit Genügsamkeit und Bescheidenheit sowie Konsistenz, also dauerhaft naturverträgliche Systeme und Verfahren gehören müssten. „Es muss Schluss sein mit der Vergötterung des Wachstums“, forderte Müller.

Dezentralität und regionale Kreisläufe

Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist nach Ansicht des DNR eine Effizienzrevolution mit einer drastischen Reduzierung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen. Sie setzt auf mehr Nähe, Dezentralität und regionale Kreisläufe. Die Energieversorgung der Zukunft sehen die Naturschutzverbände bei den erneuerbaren Energien.

Die Ökologie zeigt nach Auffassung des DNR den Ausweg aus der Krise auf. Überall in der Welt existiere ein hoher Handlungsdruck beim Klimawandel, bei der Energieversorgung und beim Ressourcenschutz. Deshalb könne es zu mehr Investitionen und zum Umbau der Weltwirtschaft kommen.

Schritte in ein ökologisches Jahrhundert

Der DNR stellt fünf Hauptforderungen, auf, um Schritte in ein ökologisches Jahrhundert zu machen:

- ▶ Die CO₂-Emissionen werden verbindlich bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 gesenkt. Das ist nur möglich, wenn der Emissionshandel – einschließlich der vollen Auktionierung – konsequent umgesetzt wird. Künftig darf kein Kraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung mehr ans Netz gehen. Alle Planungen für neue Kohlekraftwerke – insbesondere an den deutschen Küsten – sind sofort zu beenden.
- ▶ In einem Effizienzgesetz werden harte Vorgaben gemacht, damit Deutschland

bis 2010 dauerhaft zur energie- und ressourceneffizientesten Volkswirtschaft wird. Dazu gehören ein Effizienzfonds mit mindestens 25 Milliarden Euro, eine massive Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung und ein Top-Runner-Programm, das die jeweils effizientesten Produkte mittelfristig zum Branchenstandard macht.

- ▶ Deutschland darf nicht länger Bremser der ökologischen Modernisierung im Verkehrssektor sein. Die Autoindustrie hat ihre verbindliche Verpflichtung zur CO₂-Reduktion nicht eingehalten. 2009 muss eine steuerliche Regelung für Kraftfahrzeuge in Kraft treten, die auf Schadstoffe abstellt und ehrgeizige Reduktionsziele verfolgt. Auch für den Automobilbereich ist ein Top-Runner-Programm notwendig. Der DNR lehnt die Aussetzung der Kfz-Steuer ab, der Bundestag muss die Beschlüsse der Bundesregierung stoppen.
- ▶ Der ökologische Landbau muss gesichert und schnellstmöglich ausgeweitet werden. Die Kürzung der Finanzmittel auf EU-Ebene für die zweite Säule (ländliche Entwicklung und Naturschutz) ist rückgängig zu machen. Der Bodenschutz muss endlich Priorität bekommen.
- ▶ Notwendig sind neue Initiativen für eine ökologische Finanzreform. Umweltschädliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Flugbenzin und das Dienstwagenprivileg sind umgehend zu beenden. [rö]
- ▶ Zum Weiterlesen: Die Zukunft zwischen Nachhaltigkeit und Gewalt. Die Globalisierung menschlich gestalten – 12 Thesen zum Selbstverständnis der Umweltbewegung. DNR, Bonn 2008, 8 S. www.kurzlink.de/dnr-12-thesen
- ▶ DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, www.dnr.de

DNR INTERN

Vorstands- und Geschäftsführerrunde**Verbandsspitzen beraten sich**

■ Am 28. Oktober trafen sich in Berlin auf Einladung des Deutschen Naturschutzrings erneut führende Vertreter der Mitgliedsverbände zu einer DNR-Vorstands- und Geschäftsführerrunde. Bei den regelmäßigen Treffen geht es vor allem um den Informations- und Meinungs austausch sowie die Vorbereitung politischer Gespräche und wichtiger Veranstaltungen.

Ein Thema dieser Sitzung waren die Ergebnisse des Gesprächs von Delegationen der Umweltverbände und der Umweltministerkonferenz (UMK) eine Woche zuvor in Mainz. Teilgenommen hatten die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Astrid Krug, die LandesministerInnen Till Backhaus, Margit Conrad, Tanja Gönner und Stefan Mörsdorf und Staatssekretär Alexander Schink. Den DNR vertraten Präsident Hubert Weinzierl und Präsidiumsmitglied Jürgen Resch.

Weiteres Thema der Runde war der Klimaschutz im Verkehrsbereich. Diskutiert wurden der Zeitplan für die Einführung einer CO₂-bezogenen Kfz-Steuer und die Reaktion der Umweltverbände auf die Krise der Automobilindustrie und die angekündigten Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung. Die TeilnehmerInnen bereiteten das vereinbarte Spitzengespräch des DNR-Präsidiums mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee am 25. November vor. Außerdem wurde über den Stand bei der Neufassung der Umweltgesetzgebung berichtet.

Die Verbandsspitzen verständigten sich darauf, die jetzt beim DNR angesiedelte Kampagne mehrerer Umweltverbände „Atomausstieg selber machen“ gemeinsam weiterzuführen. Die Kampagne informiert Umweltgruppen und BürgerInnen darüber, wie durch persönliches Verhalten der Atomausstieg unterstützt werden kann.

Eine weitere DNR-Vorstands- und Geschäftsführerrunde fand am 25. November,

nach Redaktionsschluss, beim DNR in Berlin statt. Auf der Tagesordnung standen die Aktivitäten der Umweltverbände zur Wahl des Europaparlaments im kommenden Juni. [rö, mb]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Migration und Naturschutz**Vielfalt erleben und gestalten**

■ Obwohl sich Deutschland mittlerweile als ein Einwanderungsland versteht und der Anteil an MigrantInnen beständig zunimmt, gibt es bisher wenig Austausch mit den deutschen Natur- und Umweltschutzverbänden. Der Deutsche Naturschutzring will jetzt einen Anfang machen (umwelt aktuell 11.2008, S. 30). Ein neues DNR-Projekt sucht nun bereits existierende interkulturelle Initiativen und Netzwerke im Natur- und Umweltschutz, um sie zu unterstützen. Der DNR kooperiert dazu mit der Universität Lüneburg. Mit dabei sind der BUND Berlin, das Ecolog-Institut in Hannover und die Stiftung Zentrum für Türkeistudien in Essen.

Als Erstes gehen die Projektbeteiligten mit Fragen an die Verbandsöffentlichkeit:

- ▶ Was wissen die Natur- und Umweltschutzverbände Deutschlands über umweltbezogene Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund?
- ▶ Engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund in Umweltschutzorganisationen?
- ▶ Welche Gründe und welche Hindernisse gibt es dafür?
- ▶ Was ist notwendig, um Menschen mit verschiedenen kulturellen Erfahrungen für Natur- und Umweltschutzaktivitäten zu gewinnen?

Das Projekt wird vom Bundesamt für Naturschutz gefördert. [mb]

- ▶ DNR, Projekt „Biodiversität – (Er)Leben und Gestalten in Vielfalt“, Dr. Christine Katz, Kristina Kontzi, Universität Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 6772966, E-Mail: kontzi@leuphana.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Umweltgesetzbuch**Natursport umweltverträglich**

■ In einer gemeinsamen Stellungnahme haben der DNR, der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das Kuratorium Sport und Natur (KS&N) Änderungen am Entwurf des geplanten einheitlichen Umweltgesetzbuches (UGB) vorgeschlagen. Die Vorschläge betreffen das Dritte Buch des UGB „Naturschutz und Landschaftspflege“. Die Organisationen begrüßen den Passus in Paragraf 1 UGB III, wonach zum Erholungswert von Natur und Landschaft die sportliche Betätigung gehört, sofern sie sich nicht negativ auf Natur und Landschaft auswirkt und nicht mit Motorkraft betrieben wird. Hier streben die Unterzeichner eine konkrete Nennung der Sportarten an: Rad fahren, Reiten, Klettern, Ski- und Schlittschuhfahren, Kanu fahren, Tauchen, Gleitschirmfliegen und Wandern.

Zudem soll, so die Verbände, präzise formuliert werden, dass natur- und landschaftsverträgliche Sportausübung kein Eingriff in Natur und Landschaft sei, „wenn Grundflächen nicht verändert und Habitate mit deren Tier- und Pflanzenarten nicht erheblich beeinträchtigt werden“.

Das Zugangsrecht für natur- und landschaftsverträglichen Sport soll auf die gesamte freie Landschaft ausgedehnt werden und nicht auf ein Betretungsrecht beschränkt bleiben. Die sportliche Betätigung dort soll kostenfrei bleiben. Behörden sollten verpflichtet werden, Sportorganismen zu informieren, wenn Naturschutzmaßnahmen die Ausübung sportlicher Aktivitäten berühren. Schließlich soll die Möglichkeit geprüft werden, freiwillige Vereinbarungen zum Natursport im UGB aufzunehmen. [mbu]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ DOSB, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 67000, E-Mail: office@dosb.de, www.dosb.de
- ▶ KS&N, München, Tel. +49 (0)89 / 14003-27, www.kuratorium-sport-natur.de

Klimaschutz

Globaler Klimaaktionstag

Der Globale Klimaaktionstag ist in diesem Jahr der 6. Dezember. Zur gleichen Zeit bereiten RegierungsvertreterInnen aus aller Welt auf der UN-Klimakonferenz im polnischen Poznań (Posen) das Kyoto-Folgeabkommen vor (siehe S. 13/14).

Weltweit finden an diesem Tag Demonstrationen, Konferenzen und Aktionen für einen wirksamen und gerechten Klimaschutz statt – im letzten Jahr in über 70 Ländern auf allen Kontinenten. Auch immer mehr Entwicklungsländer beteiligen sich. Einen Überblick gibt die Internetseite der Global Climate Campaign.

Auch in Deutschland sind am 6. Dezember Klimaaktionen an vielen Orten geplant. Die Aktivitäten greifen die ganze Themenbandbreite der Zivilgesellschaft auf. Die in der Klima-Allianz zusammengeschlossenen 96 Organisationen rufen dazu auf, auch in der eigenen Kommune eine Klimaaktion durchzuführen und sich mit anderen Gruppen zu vernetzen. [mb]

- ▶ Die Klima-Allianz, Malte Hilker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, Fax -80, E-Mail: info@dieklima-allianz.de, www.die-klima-allianz.de
- ▶ www.globalclimatecampaign.org

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Medienpreis

Kakadu und Klimaretter

Zum 13. Mal ist der DUH-Umwelt-Medienpreis an engagierte Umweltberichterstatter vergeben worden. Anfang Dezember zeichnet die Deutsche Umwelthilfe die Preisträger aus, darunter Tim Bartels, Chefredakteur der UmweltBriefe, sowie Nick Reimer und Toralf Staud von der Internetplattform wir-klimaretter.de. Weitere der undotierten Preise erhalten Lydia Heller, Antonia Rötger und Nadine Querfurth, Autorinnen des Kinderprogramms Kakadu vom Deutschlandradio sowie Sarah Zierul, Johannes Höflich und Klaus Martens von der TV-Dokumentationsreihe Die Story. Wolfgang Roth, Umweltredakteur der Süddeutschen Zeitung, wird für sein Lebenswerk geehrt. Harald Kächele, Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe (DUH), sagte, die Ehrung setze gerade jetzt ein wichtiges Zeichen, da gute Umweltberichterstattung gefragter denn je sei. [sb]

- ▶ DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de

Naturschutz im Ehrenamt

muna 2008 verliehen

Der Naturschutzpreis muna 2008 ist Anfang November in Osnabrück verliehen worden. Mit der Auszeichnung „Mensch und Natur“ werden aktive ehrenamtliche NaturschützerInnen geehrt. Drei Monate lang suchten die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und das ZDF aus über hundert BewerberInnen die Besten aus.

In der Rubrik Kommunikation wurden Frank Uwe Schütz und Armin Bürgel vom BUND Waldeck-Frankenberg mit ihrem Wildkatzenprojekt geehrt. Der Kinder- und Jugendpreis ging an den NABU im nordbadischen Wiesloch für ein Kindergartenprojekt mit Wildbienen. Für seine Naturschutz-AG am Kardinal-von-Galen-Gymnasium im westfälischen Mettingen erhielt Friedhelm Scheel in der Kategorie „Lebensaufgabe Natur“ den Preis. Die Berliner Entwickler der Internetplattform wikiwoods.org wurden im Bereich „Idee/Innovation“ ausgezeichnet. Der Verein Bergwaldprojekt aus Würzburg erhielt die Ehrung im Bereich Nachhaltigkeit.

Der Preis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert. [sb]

- ▶ DBU, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9633-0, Fax -190, www.dbu.de/muna

Schon 40.657 BürgerInnen fordern: Atomkraft abschalten!

Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg! Endlich soll der Atomausstieg greifen: Vier Reaktoren stehen vor der Abschaltung. Doch die Atomlobby versucht den Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Wir Bürger sagen Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg! Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden, denn:

- das Risiko von Unfällen steigt kontinuierlich.
- Atomkraft macht Strom nicht billig, sondern Konzerne reich.
- der Atommüll strahlt unbegrenzt.
- Atomkraft schützt nicht das Klima.

Atomkraft muss ein Auslaufmodell bleiben. Sonne, Wind und Wasser plus Energieeffizienz gehört die Zukunft!

www.atomkraft-abschalten.de

Die Kampagne wird organisiert von Campact. Campact ist ein Online-Netzwerk von derzeit über 81.000 Menschen, die mit Online-Aktionen gemeinsam Einfluss auf aktuelle politische Entscheidungen nehmen. Werden Sie Teil des Netzwerks: www.campact.de

Die Aktion wird von einem breiten Bündnis an Organisationen unterstützt, darunter dem DNR.



Rückmeldecoupon

Unterzeichnen Sie diese dringende Erklärung – online unter www.atomkraft-abschalten.de oder mit diesem Rückmeldecoupon.

Senden Sie den Coupon per Post an Campact e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden oder per Fax an 04231 – 957 449.

- Ich unterzeichne die Erklärung gegen ein Comeback der Atomenergie.

Name:

Straße:

Ort:

- Ich möchte über diese und weitere Aktionen informiert bleiben.

E-Mail (bitte deutlich schreiben):

REZENSIONEN

Die Büchse der Pandora

Der Menschheit fehlt ein Sinn für schleichende Vergiftung. Neue Stoffe werden erfunden, deren „Lebenslauf“ sich längst der Kontrollierbarkeit entzieht. Am Ende des fossilen Zeitalters braucht die Gesellschaft eine große Transformation zur Nachhaltigkeit.



„Klimakatastrophe, Artensterben oder Schadstoffe in Nahrungsmitteln beschreiben verschiedene Seiten eines globalen Problems: den gestörten Stoffwechsel zwischen Mensch

und Natur.“ Mit diesen Worten beginnt Karl Otto Henseling seine faszinierende Reise durch die moderne Geschichte der Menschheit. Es ist eine Geschichte der Stoffe, auf denen unsere materielle Welt gebaut ist. Nicht wenige von ihnen haben mittlerweile ihr wahres Gesicht gezeigt, indem sie sich vom Heilsbringer zum Problemstoff erster Güte gemausert haben. Prototyp dieser Spezies sind die FCKW genannten Fluorchlorkohlenwasserstoffe, deren kurze, aber umso heftigere Geschichte hinlänglich bekannt ist: Ihrer Eigenschaft als ungiftiges Treibgas und Kühlmittel hätten wir fast unseren Schutzschild gegen die gefährliche ultraviolette Strahlung der Sonne geopfert. Das immer noch klaffend weit geöffnete Ozonloch über dem Südpol legt hiervon ein beeindruckendes Zeugnis ab – selbst wenn darüber in den Medien längst nicht mehr berichtet wird.

Doch die FCKWs sind nur die Spitze des Eisberges. Im Zuge der Industrialisierung hat der Mensch völlig neue Verfahren und Produkte entwickelt, aus den Stoffflüssen ist mittlerweile ein Materialstrom entstanden, der sich zunehmend verselbstständigt und der Kontrollierbarkeit entzogen hat. Henseling, Stoffstrom- und Nachhaltigkeitsexperte des Umweltbundesamtes, nennt hierfür Beispiele zuhauf: Dioxine und DDT, Pestizide und PVC – die Produktpalette ist ebenso lang wie erschreckend. Doch wo liegen die Gründe für unser unbedachtes

Treiben? Ist es allein das Problem eines „beschränkten Kopfes, dem eine viel zu geräumige Welt gegenübersteht“? Oder ist der anfänglichen Naivität ein vorsätzliches Nicht-Wissen-Wollen gefolgt? Es ist beides und noch mehr: nämlich unser Unvermögen, schleichende Vergiftungen wahrnehmen zu können. „Der gefährlichste Müll ist der, den wir nicht sehen“, titelte einst Greenpeace, und hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Und so greifen wir weiterhin rücksichtslos auf unsere begrenzten natürlichen Ressourcen zu und setzen das Ökosystem Erde damit einem Verwertungsdruck aus, der weit über die Grenzen des Tolerierbaren hinausgeht. Gibt es Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen?

Der Autor beschließt seine Reise durch das Universum der Stoffe mit der Forderung nach einer großen Transformation und dem längst fälligen Übergang der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit. Wer sich über das Buch hinaus informieren möchte, bekommt Verweise auf Literatur und Internet in Kurzform: Orientierungshilfen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und für nachhaltigen Konsum, zum Thema „postfossile Mobilität“, zur ökologischen Landwirtschaft oder zur Energieintelligenz weisen den Weg aus der Sackgasse, in die wir uns selbst manövriert haben.

Insgesamt ein gleichermaßen lesenswertes wie faktenreiches Buch, geschrieben für all diejenigen unter uns, die den historischen Zugang lieben und sich jenseits des Dauerthemas Klimawandel über den Zustand unseres Planeten informieren möchten.

[Christoph Hirsch]

► Henseling, K. O.: Am Ende des fossilen Zeitalters. Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. oekom, München 2008, 275 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-122-6

Geld oder Leben?

Was ist wahrer Wohlstand? Was lässt sich der Allmacht des Marktes entgegensetzen? Jürgen Wendler plädiert für eine menschliche und naturgerechte Wirtschaftsordnung.



Geld oder Leben – auf diesen einfachen Nenner könnte man das hier vorliegende kleine Büchlein verdichten. Wie würden Sie die Frage beantworten? Leben!? Klar!

Doch womit? Geld regiert die Welt und so ein bisschen davon möchte doch jeder von uns haben. Aber ist der Preis nicht zu hoch? Regelmäßige Überstunden, lange Fahrten zum Arbeitsplatz. Wo bleibt die Zeit für die Familie, wo die Zeit sich selbst zu verwirklichen?

Der promovierte Wissenschaftsjournalist Jürgen Wendler ist sich sicher: Ginge es nach der Wirtschaft und nach ihren Vassallen, den PolitikerInnen, wären durchaus noch längere Arbeitszeiten im Bereich des Möglichen. „Wenn in politischen Diskussionen auf die Gesetze des Marktes verwiesen wird, ist rasch klar: Hier geht es darum, begrenzte nationale Spielräume zu betonen und sich so ein Stück weit von der Last der Verantwortung zu befreien.“ Dem Credo der Allmacht des Marktes und der globalen Konkurrenz stellt der Autor humanistische und demokratische Ideale gegenüber. Schonungslos legt er Fehlentwicklungen der kapitalistischen Marktwirtschaft offen und liefert gedankliche Grundlagen für politische Kurskorrekturen.

Wendlers Wege zu mehr Lebensqualität und damit zu wahren Wohlstand: Individuelle Profitinteressen müssen gesellschaftlichen Belangen untergeordnet werden, von weiteren Deregulierungsmaßnahmen ist abzusehen, den Energie- und Umweltproblemen begegnet man sinnvollerweise mit der Regionalisierung des Marktes. Wohl wahr, wenn auch nicht

neu. Wendlers Verdienst ist es aber, Ansätze und Ideen für eine menschlichere Gesellschaft kompakt und gefällig lesbar zusammengefasst zu haben. Eine ideale Lektüre für zwischendurch und unterwegs, eine Bestätigung für all diejenigen, die wissen, dass es auch anders gehen kann, ein rotes Tuch für die AnhängerInnen des neoliberalen Credos. **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Wendler, J.: Wahrer Wohlstand. Wegmarken einer menschlichen und naturgerechten Wirtschaftsordnung. Xenomoi, Berlin 2008, 171 S., 14,80 €, ISBN 978-3-3936532-88-3

Invasive Arten – was tun?



Um geeignete Handlungskonzepte des Naturschutzes gegen die Einwanderung gebietsfremder Arten geht es in der September/Oktoberausgabe der Zeitschrift Natur und

Landschaft. Mit den durchaus als negativ bewerteten „invasiven Arten“ – also den die Biodiversität gefährdenden Neophyten und Neozoen – muss der Naturschutz irgendwie umgehen. Meist ist die massenhafte Vermehrung neuer Arten in einem Gebiet auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen, eine Art „biologische Globalisierung“, die allerlei Kollateralschäden zur Folge hat. National und auf EU-Ebene wird zunehmend über Strategien, Konzepte und Instrumente nachgedacht, um die Einbringung neuer Arten zu verhindern oder wenigstens konsequente Maßnahmen gegen ihre weitere Verbreitung zu ergreifen. Das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) herausgegebene Themenheft gibt einen guten Überblick über den Problembereich und beleuchtet einzelne Aspekte wie die Hybridisierung zwischen Neophyten und heimischen Pflanzenarten. Auch die Frage nach der Erhaltung der regionalen genetischen Vielfalt wird erörtert. Weitere Themen: Anbau gebietsfremder Energiepflanzen, Instrumente zur Risikobewer-

tung wie etwa schwarze Listen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen invasive Arten. Nicht zuletzt wird die Bewertung des Problems aus Sicht unterschiedlicher Naturschutzkonzepte dargestellt: dynamisch kontra bewahrend oder doch kombiniert?

Auch nach der Lektüre dieses fundiert und grafisch ansprechend aufgearbeiteten Themenhefts lässt sich über die Frage nach biologischen Invasionen als „globale Herausforderung oder lokales Problem“ weiter diskutieren. Eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist jedoch angesichts der Bedrohung der biologischen Vielfalt unerlässlich. Schließlich handelt es sich bei den gebietsfremden Arten nicht immer um so sympathische Gesellen wie die Halsbandsittiche im Raum Heidelberg. **[Juliane Grüning]**

- ▶ BfN (Hrsg.): Natur und Landschaft 9/10, Schwerpunkt: Invasive Arten. W. Kohlhammer, Hechingen 2008, S. 393–473, 7,15 €, ISSN 0028-0615

Lob der Vielfalt im Jahrbuch Ökologie



Die besten Songs eines Jahres erscheinen immer auf einem Sampler. Jeder kann sich die „Best of“ des Jahres noch einmal zu Hause anhören und in Erinnerungen schwelgen.

Ganz so romantisch ist die Sammlung der wichtigsten ökologischen Themen eines Jahres im Jahrbuch Ökologie nicht. Hier geht es darum, Umwelt-Brennpunkte kritisch zu beleuchten. Ähnlichkeiten zum Hit-Sampler sind dennoch erkennbar. So haben die Herausgeber auch hier renommierte AutorInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft versammelt, die mit ihren fundierten Beiträgen für einen guten Überblick über die aktuelle Lage sorgen.

Das Jahrbuch Ökologie erscheint zum achtzehnten Mal, diesmal mit dem Titel „Lob der Vielfalt“, und liefert auch dies-

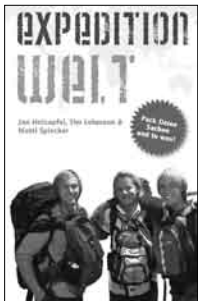
mal die wichtigsten aktuellen Beiträge zur ökologischen Situation. Es informiert über Belastungstrends in der natürlichen Umwelt, analysiert und kritisiert die staatliche und internationale Umweltpolitik und liefert Ideen für eine zukunftsfähige Welt. Der diesjährige Schwerpunkt, die biologische Vielfalt, stand bisher im Schatten des Klimawandels und stellt dennoch eines der dringendsten Probleme unserer Zeit dar. In zwölf Beiträgen befassen sich die AutorInnen mit der Diversifikation und singen ein Loblied auf die Vielfalt.

Inhaltlich besteht das Jahrbuch aus den Kapiteln: Ökologische Perspektive, dem Schwerpunkt Biologische Vielfalt, dem Disput zu Biokraftstoffen, Trends und Innovationen sowie Vor-Denkern und Vor-Reitern. Die Punkte Umweltinstitutionen und Ökologie in Zahlen komplettieren die inhaltliche Vielfalt. Angesichts der kontroversen öffentlichen Debatte um Nutzen und Schaden von Biokraftstoffen ist insbesondere das Kapitel „Disput – Biokraftstoffe?!“ empfehlenswert, da sich hier drei Beiträge den Vor- und Nachteilen von Biokraftstoffen widmen und so bei der eigenen Meinungsbildung hilfreich sind.

Das Buch richtet sich an Ökologie-interessierte und vermittelt sowohl Hobby-ökologen als auch dem Fachpublikum die Theorie praxisnah. Zusammenfassend ist das Jahrbuch Ökologie 2009, das erstmals im S.-Hirzel-Verlag Stuttgart erscheint, ein sehr gelungener Sampler aus aktuellen Themen der Ökologie. Er verzichtet auf die für Best-of-Alben sonst typischen Lückenfüller und bereitet den LeserInnen ökologische Inhalte detailliert und trotzdem klar und verständlich auf. Nur ein Problem kann auch das Jahrbuch Ökologie nicht aus der Welt räumen: Menschen, die dringend ökologischer denken und handeln sollten, greifen noch allzu oft zu anderen Samplern. **[Katja Jüngling]**

- ▶ Altner, G.; Leitschuh, H.; Michelsen, G.; Simonis, U. E.; Weizsäcker, E. U. v. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie. Lob der Vielfalt. S. Hirzel, Stuttgart 2008, 248 S., 24,80 €, ISBN 978-3-7776-1605-6
- ▶ Die einzelnen Beiträge können kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden: www.jahrbuch-oekologie.de/inhalt2009.htm

Expedition Welt für alle



■ Jan Holzapfel, Tim Lehmann und Matti Spiecker bereisen für acht Monate 25 Entwicklungsländer, um Sozialunternehmen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu besuchen. „Wir

haben dieses Buch geschrieben, um Euch anzuregen, selbst loszufahren, Euch ein eigenes Bild von der faszinierend anderen, teilweise auch deprimierenden Welt draußen zu machen. Sie zu fühlen, zu riechen, zu schmecken, sie mit den eigenen Augen zu sehen und Euch zu fragen, ob wir so weitermachen können wie bisher.“ Die jungen Autoren wollen mit ihrem Buch und ihrer Reise zu nachhaltigem Denken anregen und zeigen, dass man mit Mut, Eigeninitiative und Selbstvertrauen viel verändern kann.

Im Buch sind 33 Projekte beschrieben, die in übersichtlichen „Info-Boxen“ am Ende einer Projektvorstellung zusammengefasst sind. Darin sind Projektname, Standort, Mitarbeiter, Einsatzbereich, Unterkunft und Essen, Sprachen und Bewerbungsvoraussetzungen für einen eigenen Einsatz vor Ort zu finden.

Als ein Beispiel wird die Initiative „Eco Friends“ vorgestellt, die Rakesh Jaiswal 1993 gründete, um die Gefährdung der indischen Bevölkerung durch den heiligen Fluss Ganges einzudämmen. Dieser verursacht enorme Gesundheitsprobleme, da die Bewohner ihn als Trinkwasserquelle nutzen. Besonders gefährlich sind die Industrie- und Stadtabwässer mit Giftstoffen und Schwermetallen, die ungefiltert in den Ganges gespült werden. Durch ihren „Ganga Action Plan I“ hat das Projekt öffentliches Interesse auch bei der Regierung erregt. Die Abwassermenge konnte um 70 Prozent verringert werden.

Ein anderes Projekt nennt sich „Entwicklung und Bildung für Töchter und Gemeinden“. Der Begründer Sompop Jantraka setzt sich gegen Menschenhandel und Prostitution in Nordthailand

ein. Die Bergbevölkerung ist am meisten bedroht, da die Mehrheit als illegale Einwanderer gelten, obwohl sie hier geboren sind. Nicht einmal 20 Prozent besitzen eine thailändische Staatsbürgerschaft, dies führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung. Der Zugang zu Bildung und Gesundheit ist ihnen oftmals verwehrt. Vielen bleibt nur der Weg in die Prostitution. Die Initiative vernetzt sich mit Familien, LehrerInnen und Geistlichen, um die Jugendlichen in die Obhut eines Entwicklungs- und Ausbildungsprogrammes zu geben. Dort erhalten sie eine Berufsausbildung, können Handarbeiten ausüben oder Kochen lernen. Das Buch ist eine echte Ermutigung, selbst aufzustehen und etwas zu tun. **[Sally Busse]**

► Holzapfel, J.; Lehmann, T.; Spiecker, M.: Expedition Welt. Vom Abenteuer, sich zu engagieren. Pack Deine Sachen und tu was! oekom, München 2008, 304 S., 16,90 €, ISBN 978-3-86581-089-2

Tropischer Regenwald

■ Einen Ringordner zum Thema tropischer Regenwald für den Schulunterricht hat der Klett-Perthes Verlag herausgegeben. Er beinhaltet zahlreiche Anleitungen mit Vorlagen, 24 deutschsprachige Lernstationen rund um den Regenwald, fünf Lernstationen in englischer Sprache mit dazugehöriger Vokabelliste sowie Lösungsblätter. Die ganzheitliche Aufarbeitung der Themen für verschiedene Sinne und unterschiedliche Lerntypen ermöglicht vielfältiges Lernen. Für einzelne Stationen werden vom Verlag frei zugängliche weiterführende Links im Internet angeboten. Die Qualität des Inhalts ist sehr hoch. Zwar kommt die Komplexität an einzelnen Stellen etwas zu kurz – allerdings zugunsten der Verständlichkeit. Eine wunderbare Unterrichtshilfe, deren Nutzungsfreundlichkeit durch die knappen Materiallisten, Kopiervorlagen und Praxistipps sehr hoch ist. **[Yvonne Christ]**

► Klett-Perthes Verlag (Hrsg.): Lernzirkel Tropischer Regenwald. Ringbuch, 6. und 7. Schuljahr. Leipzig 2007, o. S., 63,90 €, ISBN 978-3-623-21007-0

INTERNET

Finanztransparenz

■ Seit Anfang Oktober ist die EU-Webseite „Finanztransparenzsystem“ online, die über die Empfänger von Finanzhilfen aus Brüssel informiert. Die 28.000 Datensätze werden von der EU-Kommission direkt im Programm verwaltet. Die Daten vom vergangenen Haushaltsjahr sind in die Bereiche Forschungspolitik, Energie, Bildung und Verkehr unterteilt. Herauszufinden ist über die Suchfunktion, wo der Empfänger wohnt, welchen Betrag er bekommen hat und welche Dienststelle der Kommission die Bewilligung erteilt hat. Dies ermöglicht BenutzerInnen, Finanzhilfen zu vergleichen und zu analysieren. **[sb]**

► www.europa.eu/grants/search/find_de.htm

Online-Klimakonferenz 2008

■ Anfang November hat die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg eine virtuelle Klimakonferenz im Internet organisiert. Die Online-Konferenz sollte komplexe Diskussionen über den globalen Klimawandel und die Möglichkeiten zum Kampf dagegen ermöglichen, ohne selbst durch die Anreise zahlreicher Delegierter große Mengen Treibhausgase zu produzieren. Fünf Tage lang konnten unterschiedliche Aspekte des Klimawandels mit Experten in vielen Teilen der Welt auf deutsch und englisch diskutiert werden. Partner der Konferenz waren unter anderem der Weltklimarat (IPCC) und die US-amerikanische Umweltbehörde EPA. Fürst Albert von Monaco, Bundesbildungsministerin Annette Schavan und der Leiter des UN-Umweltprogramms Achim Steiner hatten die Schirmherrschaft über die Internetkonferenz. Die Ergebnisse der Tagung stehen weiter im Netz.

Nach Klima 2008 soll es vom 2. bis zum 6. November 2009 eine weitere Konferenz geben. Schon heute können Interessierte ihre E-Mail-Adresse hinterlassen. **[jg]**

► www.climate2008.net

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Altvater, E.; Brunnengräber, A. (Hrsg.): **Ablasshandel gegen Klimawandel? Markt-basierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen.** VSA, Hamburg 2008, 240 S., 15,80 €, ISBN 978-3-89965-291-8
- ▶ Berg, R.: **Virtuelles Wasser – versteckt im Einkaufskorb.** Vereinigung Deutscher Gewässerschutz, Bonn 2008, 56 S., 3,80 €, ISBN 978-3-93757931-3. Bezug: E-Mail: info@vdg-online.de
- ▶ Diefenbacher, H. u. a.: **Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland. Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.** Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg 2008, 110 S., 15,- €. Bezug: E-Mail: volker.teichert@fest-heidelberg.de
- ▶ Düwell, M.: **Bioethik. Methoden, Theorien und Bereiche.** J. B. Metzler, Stuttgart 2008, 276 S., 24,95 €, ISBN 978-3-476-01895-3
- ▶ Dux, W. u. a.: **Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter.** VS, Wiesbaden 2008, 344 S., 34,90 €, ISBN 978-3-531-15798-6
- ▶ Fleck, D. C.: **Das Tahitiprojekt.** Pendo, München 2008, 344 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86612-155-3
- ▶ Forum Wissenschaft & Umwelt (Hrsg.): **Energie-zukunft.** W&U, Wien 2008, 244 S., 13,- Euro, ISBN 978-3-902023-12-4. Kostenloser Download: www.fwu.at/wu_print.htm
- ▶ Franck, N.: **Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen.** VS, Wiesbaden 2008, 250 S., 19,90 €, ISBN 978-3-531-15761-0
- ▶ Hebisch, R.; Fröhlich, N.; Keischgens, M.: **Staubbelastungen an Arbeitsplätzen in Müllverbrennungsanlagen.** Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 40 S. Kostenloser Download (PDF, 770 kB): www.kurzlink.de/staub-in-mva.pdf
- ▶ HBS/Gunda-Werner-Institut (Hrsg.): **Hoffnungsträger 1325. Eine Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa.** Ulrike Helmer, Königstein/Ts. 2008, 272 S., 25,- €, ISBN 978-3-89741-282-8
- ▶ Kat, W.: **24 Rezepte zur kulinarischen Weltverbesserung.** Orange Press, Freiburg 2008, 256 S., 25,- €, ISBN 978-3-936086-36-2
- ▶ Koch, H.; Koch, H.-J.; Rasper, M.: **Animal affairs. Das Tier und wir.** Ullmann, Königswinter 2008, 240 S., 29,95 €, ISBN 978-3-8331-4592-6. Ansicht/Download: www.animal-affairs.com/book
- ▶ Kosch, S.: **Zukunftsmarkt Klimaschutz. Wie wir die Welt retten und dabei Geld verdienen können.** Parthas, Berlin 2008, 212 S., 19,80 €, ISBN 978-3-86601-429-9
- ▶ Moss, T.; Naumann, M.; Wissen, M. (Hrsg.): **Infrastrukturnetze und Raumentwicklung.** Reihe SÖF Band 10. oekom, München 2008, 339 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-117-2
- ▶ Ober, K.: **Schwarz-grüne Koalitionen in nordrhein-westfälischen Kommunen. Erfahrungen und Perspektiven.** Nomos, Baden-Baden 2008, 22 S., 19,- €, ISBN 978-3-8329-3639-6
- ▶ Pötter, B.: **Tatort Klimawandel. Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution.** oekom, München 2008, 264 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-121-9
- ▶ Rühlig, C. u. a.: **Kurt Oeser. Gemeindepfarrer und erster „Umweltpfarrer“ Deutschlands.** VAS, Bad Homburg 2008, 204 S., 19,60 €, ISBN 978-3-88864-452-8
- ▶ Sperber, G.; Thierfelder, S.: **Urwälder Deutschlands. Nationalparks, Naturwaldreservate und andere Schutzgebiete.** BvV Buchverlag, München 2008, 29,90 €, ISBN 978-3835403994
- ▶ Spiroux, J.: **Wenn Umwelt krank macht: Fakten und Lösungen.** Silberschnur, Göllesheim 2008, 248 S., 18,90 €, ISBN 978-3-89845-244-1
- ▶ Weidenfeld, W.: **Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union.** Nomos, Baden-Baden 2008, 286 S., 29,- €, ISBN 978-3-8329-3524-5

Impressum

umwelt aktuell

Dezember 2008/Januar 2009

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Helmut Röscheisen [rö], Anna-Katharina Alboldt [aka], Sally Busse [sb], Katja Jüngling [kj]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Titelfoto:** DLR **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. **Druck auf 100 % Altpapier** **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de **Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Gritsch, München, Tel. +49 (0)89 / 54418425, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger der Frankfurter Rundschau und der Zeitschrift Wohnung + Gesundheit (Teilaufgabe) bei.



TERMINE

DEZEMBER

03.12., Berlin (D)
**Klimawandel,
 Welternährung,
 Rohstoffkrise:
 Reichen die
 Konzepte der**

Nachhaltigkeitspolitik? Konferenz

► DNR, Annette Littmeier, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: annette.littmeier@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

03.–04.12., Köln (D)

Rohstoffwende & Biowerkstoffe. Kongress

► nova-Institut, Dominik Vogt, Tel. +49 (0)2233 / 4814-49, E-Mail: dominik.vogt@nova-institut.de, www.rohstoffwende.info

03.–07.12., Insel Vilm bei Rügen (D)

Implementation of the CBD Programme of Work on Protected Areas in Eastern Europe. Tagung

► Bundesamt für Naturschutz (BfN), CBD-Sekretariat, WWF; BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

05.12., Berlin (D)

Der Boden lebt. Aspekte der Biodiversität in Böden. Fachveranstaltung

► KBU-Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes, Petra Henneberg, Dessau, Tel. +49 (0)340 / 210-35322, Fax -45322, E-Mail: petra.henneberg@uba.de, www.uba.de

05.12., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

18. Schneverdinger Naturschutztag. Gute Gründe für Naturschutzhandeln

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Tel. +49 (0)5198 / 9890-76, Fax -95, E-Mail: barbara.schultz@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

06.12., bundesweit (D) und weltweit

Globaler Klimaaktionstag

► Die Klima-Allianz, Malte Hilker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-77, E-Mail: hilker@forumue.de, www.die-klima-allianz.de, www.globalclimatecampaign.org

06.12., Dresden (D)

Klimaschutz rechnet sich. Zweiter bündnisgrüner Klimakongress

► Bündnis 90/Die Grünen, Jan Schubert, Tel. +49 (0)351 / 4934832, E-Mail: kongress@wir-sind-klima.de, www.wir-sind-klima.de

06.12., Wels/Oberösterreich (A)

Permakultur. Weg in eine dauerhafte, ökologische und soziale Zukunft. Workshop

► Verein Perma-Norikum, Bernhard Gruber, Tel. +43 (0)6507631428, E-Mail: perma-norikum@gmx.at, www.perma-norikum.net

07.–10.12., Insel Vilm bei Rügen (D)

Biodiversität und Klimawandel. Vernetzung der Akteure in Deutschland

► Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

10.12., Augsburg (D)

Monitoring von Arten und Lebensraumtypen der FFH-Richtlinie. Fachtagung

► Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Tel. +49 (0)8682 / 89630, E-Mail: anmeldung@anl.bayern.de, www.anl.bayern.de

10.–11.12., Fulda (D)

Technisches Sicherheitsmanagement für Versorgungswirtschaft und Industrie. Ein Instrument zur Kosteneffizienz. Kongress

► VVEW Energieverlag, Frankfurt am Main, Tel. +49 (0)69 / 7104687-0, Fax -451, E-Mail: info@vwew.de, www.vwew.de

11.–12.12., Berlin (D)

Gewässerökologisch verträgliche Schifffahrt und schifffahrtverträgliche Gewässerökologie. Workshop

► Umweltbundesamt, Silvia Kerzmar, Dessau, Tel. +49 (0)340 / 210-32818, Fax -42818, E-Mail: silvia.kerzmar@uba.de, www.uba.de

13.12., Recklinghausen (D)

Schutz des landschaftlichen Freiraums. Tagung

► Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA), Tel. +49 (0)2361 / 305-3345, Fax -3340, E-Mail: poststelle@nua.nrw.de, www.nua.nrw.de

15.–18.12., Insel Vilm bei Rügen (D)

Ökonomische Forschung für den Naturschutz. Seminar

► Bundesamt für Naturschutz (BfN), Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

JANUAR

15.01., Frankfurt am Main (D)

2. Nationales Forum zur biologischen Vielfalt. Konferenz

► Institut für Organisationskommunikation, Agnes Dittmar/Ana Isabel Eichel, Tel. +49 (0)6251 / 8416-951, Fax -15, E-Mail: biodiv@ifok.de, www.ifok.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Nuremberg, Germany
17 – 18.2.2009

International Conference on Sustainable Production, Trade, Consumption and Lifestyle

Where business meets verified sustainability!

If you are committed to sustainable products and services, you can now lay the foundation for a successful market and communication platform in Germany – at the first “International Conference on Sustainable Production, Trade, Consumption and Lifestyle”!

The future belongs to production processes that are kind to the environment, encourage humane working conditions and protect bio-diversity. The conference provides a critical dialogue for discussing pragmatic solutions for the procurement of sustainable raw materials, from the use of sustainable products in the company to the development of credible Corporate Social Responsibility systems.

Be part of it!

The conference language is english.

www.sustainability-conference.de

Information:
 Organic Services GmbH
 Mildred Steidle
 Landsberger Straße 527
 81241 München
 Germany

Phone: +49 (0) 89. 82 07 59-08
 Fax: +49 (0) 89. 82 07 59-19
sustainability-conference@organic-services.com

Organizer:
 NürnbergMesse GmbH
 Messezentrum
 90471 Nürnberg
 Germany

NÜRNBERG MESSE

UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Zukunft das Wasser reichen

Die Deutsche Unesco-Kommission hat das Schlüsselthema Wasser als Jahresthema 2008 der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) zeigt, wie das Thema lustbetont und handlungsorientiert vermittelt werden kann.

□ „Wenn Froschmann auf Kanu trommelt: Einzigartiges Konzert auf schwimmender Bühne“ – Schlagzeilen wie diese von der Umweltstation Ensdorf in Amberg lockten über 70.000 Menschen zu den rund 500 Veranstaltungen von „WasSerleben 2008“ in ganz Bayern. Von April bis Oktober lief diese sehr erfolgreiche Kampagne der ANU Bayern und der anderen Träger der Umweltbildung im Rahmen des Projekts Marketing für die Umweltbildung. Titel wie „Rotgetupfte und Moosrücken. Kulinarische Werkstätte zu Fischen“ vom Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden waren also mit Bedacht gewählt.

Bayernweite Aktion erreicht neue Zielgruppen

Mit „WasSerleben“ haben zum ersten Mal staatliche und nichtstaatliche Institutionen der Umweltbildung in Bayern gemeinsam eine landesweite Umweltbildungskampagne beschlossen und durchgeführt. Es war die größte Aktion eines Bundeslandes im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zum Thema Wasser. Mit zahlreichen Aktionen, Ausstellungen und Events ist es gelungen, Menschen jeden Alters anzusprechen, ihr Interesse für Wasser zu wecken und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser Ressource zu vermitteln.

Zu dem Erfolg hat beigetragen, dass vom Umweltministerium eine befristete Koordinationsstelle eingerichtet und Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt wurden. Die Kampagne konnte das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ bekannter machen und neue Kooperationspartner gewinnen, darunter Fachhochschulen, Tourismusverbände und regionale Wirtschaftsunternehmen. Durch

gezielte Ansprache bestimmter Milieus wurden neue Zielgruppen erreicht, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund. Besonderes Mediengewicht hatte die Highlightwoche vom 30. Mai bis 8. Juni mit ihren 17 Leuchtturmveranstaltungen in Bayern, die über 20.000 Menschen suchten.

ANU-Bundestagung rückt „blaues Gold“ ins Bewusstsein

Einen fachlichen Abschluss der Kampagne WasSerleben sowie vieler weiterer Aktivitäten der ANU-Landesverbände bildete die diesjährige ANU-Bundestagung „Der Zukunft das Wasser reichen“. An der Kooperationsveranstaltung beteiligten sich neben dem Bundesverband und der ANU Bayern auch das Bayerische Umweltministerium sowie die gastgebende Evangelische Akademie Tutzing am Starnberger See. Auf einem Markt der Möglichkeiten zeigten Anbieter aus ganz Deutschland, wie kreativ, interaktiv und methodisch vielfältig das Thema Wasser für unterschiedliche Milieus und Kunden vermittelt werden kann. Beispielsweise konnte man aus edlen Glaskaraffen Wasser trinken, das durch Edelsteine „energetisiert“ worden war und so die Kostbarkeit unseres Trinkwassers sinnlich erfahrbar machte.

Obwohl es bei uns sauberes Wasser im Überfluss gibt und sogar Trinkwasser in hoher Qualität ausreichend zur Verfügung steht, sind wir doch Teil der globalen Wasserkrise. Etwa 4.000 Liter „virtuelles Wasser“ verbraucht jeder und jede von uns täglich – versteckt in der Produktion und dem Transport unserer Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Längst ist Wasser als „blaues Gold“ zu einem weltweiten Wirtschaftsfaktor geworden. Bei uns sind die Kosten für Trinkwasser noch niedrig.

Doch was nichts kostet, ist auch nichts wert... oder doch?

Um das herauszufinden, wurden auf einem Straßentheater-Workshop mit Jörg Isermeyer vom Grips-Theater Berlin Passanten mit der Behauptung konfrontiert, dass der Starnberger See von einem Wirtschaftsunternehmen gekauft und vermarktet werden soll. Etliche Personen waren daraufhin bereit, dies durch Ankauf eines Seeanteils in Form einer „Seeaktie“ zu verhindern. In einem spannenden Streitgespräch zwischen dem Unternehmer Norbert Rethmann und Jens Loewe vom Städtebündnis Wasser in Bürgerhand wurde deutlich, wie schwierig und komplex das Thema Wasser als Menschenrechtsgut ist.

Pädagogische Vielfalt

Der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich, Professor an der Universität Essen, spannte bei seinem Vortrag in Tutzing den Bogen von der Weite und Stille des Wassers über die vier Elemente bis zur (Kultur-)Geschichte der Menschen, die sich stets an den Ufern von Gewässern vollzog. Wasser müsse man immer im Nord-Süd-Zusammenhang sehen, sagte Michael Windfuhr von Brot für die Welt. Er betonte die Verantwortung des Nordens, den Zugang und die Verteilung des Wassers im Sinn der globalen Gerechtigkeit partizipativ zu regeln.

In sieben Workshops konnten die Teilnehmenden (inter)kulturelle, ästhetische, philosophische, partizipative, politische und wirtschaftliche Zugänge zum Thema Wasser erleben. So entstanden unter der Leitung der Kölner Künstlerin Sigrid Lange mehrere Land-Art-Objekte, die auf die Menge virtuellen Wassers verweisen, die zur Herstellung verschiedener Produkte unseres täglichen Lebens notwendig sind.

Die ANU-Bundestagung schaffte es in einer von Leichtigkeit getragenen Atmosphäre, das Thema Wasser in seiner Tiefe zu erfassen und viele Facetten der Bildungsarbeit im Sinne nachhaltiger Entwicklung darzubieten. Sie zeigte, was es derzeit bundesweit an innovativen Projekten gibt, bot durch kreative und partizipative Methoden neue Anregungen und

ermöglichte viel Austausch. Wer die Stimmung etwas nachspüren möchte, kann sich einige Bilder im Internet ansehen. Die Dokumentation der Vorträge wird Ende Dezember ins Internet gestellt.

[Marion Loewenfeld]

- ▷ Kampagne WaSserleben:
www.umweltbildung-in-bayern.de/marketing/marktkampagne.html
- ▷ ANU-Bundestagung:
www.umweltbildung.de/veranstaltungen.html
- ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de
- ▷ Literatur: Wer sind unsere Kunden? Milieuansatz in der Umweltbildung, In: Netzwerk Umwelt-Bildung. Rundbrief zur BNE, November 2008.
www.mobilspiel.de/Oekoprojekt/down.html#netz

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Hamburg kooperiert mit Mazedonien

□ Die ANU Hamburg baut eine Lernpartnerschaft mit der Organisation Biosfera in Bitola, der zweitgrößten Stadt Mazedoniens, auf. Das kleine Land, das auf dem Weg in die EU ist, bietet dafür vielfältige Möglichkeiten: Mazedonien ist ein Zentrum der Artenvielfalt in Europa und zugleich seit Jahrtausenden Schmelztiegel der Kulturen. Nachdem im Mai eine mazedonische Gruppe in Hamburg war, fand im Oktober ein Gegenbesuch statt, wobei auch das im Aufbau befindliche Naturschutzzentrum Volvox besucht wurde.

Im Mittelpunkt des von der Stiftung NUE geförderten Projekts „Learning partnership: von Region zu Region“ stehen zunächst das gegenseitige Kennenlernen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der informellen Bildung. Themen sind seltene Haustierrassen, Ökotourismus und Schulpartnerschaften. Für das nächste Jahr ist die Entwicklung von Bildungsmaterialien zum Themenfeld Wasser geplant. Interessierte Multiplikatorinnen sind eingeladen sich zu beteiligen. Eine Dokumentation kann per E-Mail von Projektleiterin Heike Markus-Michalczyk bezogen werden.

- ▷ markus-michalczyk@naturundumwelt.info
- ▷ www.anu-hamburg.de, www.biosfera.org.mk

Naturschutzstation Malchow baut Naturscheune für Berlin

□ Seit 1991 existiert am nordöstlichen Rand von Berlin, in einem ehemaligen märkischen Bauernhof, die Naturschutzstation Malchow. Zur DDR-Zeit diente das Gehöft der Stasi als Öl- und Treibstofflager. Der Förderverein will nun die alte Scheune umbauen und in eine attraktive Aquarien-Landschaft der heimischen Unterwasserwelten verwandeln. In Berlin und Brandenburg leben 36 Fischarten und viele seltene Amphibien und Reptilien. Für den Umbau der denkmalgeschützten Scheune wurden dem Verein von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie bereits eine Million Euro zugesagt. Wenn alles gut geht, könnten schon 2009 die ersten BesucherInnen ankommen. Kooperationspartner sind das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin-Friedrichshagen und das Berliner Naturkundemuseum, das zahlreiche Präparate zur Verfügung stellt.

- ▷ www.naturschutzstation-malchow.de

SchubZ Lüneburg entwickelt GPS-Exkursionen an der Elbe

□ Ausgestattet mit Fahrrad und GPS-Gerät können SchülerInnen auf einer Exkursion entlang der Elbe Natur- und Kulturräume entdecken und zugleich ihre Medienkompetenz beweisen. Das Schulbiologiezentrum Lüneburg (SchubZ) entwickelte unter anderem zusammen mit dem Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau und der Universität Lüneburg das Projekt, bei dem mehrere „Points of Interest“ angefahren werden müssen, um Aufgaben zu lösen und versteckte Hinweise zu finden. Die Routen und Haltepunkte wurden im Rahmen eines Projekts mit vier Schulen erarbeitet und stehen im Internet als Download für GPS-Geräte zur Verfügung. Auf einer Fachtagung im September diskutierten Experten den Einsatz medialer Technik in der Umweltbildung. Die Vorträge der Tagung können aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ www.schubz.info
- ▷ www.schubz.nolis-navigator.de

Italienisches Umweltzentrum sucht Partner

□ Das Zentrum Il Robbio lebt in einem abgelegenen Tal der Toskana eine Utopie: Sich selbst und seinen besuchenden Schulklassen zeigt der Biobauernhof, wie man ohne Strom und Straßenanschluss leben kann. Kinder- und Jugendgruppen können für zwei bis vier Tage dem Leben der Bauern zu Fuß und zu Pferd nachspüren und miterleben, was es heißt, Holz und Zutaten für die Mahlzeiten selbst zu sammeln. Nun sucht der Trägerverein Il Sentiero Kontakte zu ähnlichen Einrichtungen in Deutschland für weitere Anregungen zur Arbeit „so nah an der Natur wie möglich“.

- ▷ Stefan Peters, Dortmund, Tel. +49 (0)231 / 1654156, www.brummli.net/robbio
- ▷ www.il-sentiero.it

THEMA: WASSER

Übersicht der Lehr- und Lernmaterialien zum Thema Wasser

□ Wasser ist das Jahresthema 2008 der UN-Dekade BNE. Die UN hat für 2005 bis 2015 außerdem zu einer Wasserdekade aufgerufen. Bis zu deren Ende will sie den Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen sanitären Anlagen halbieren. Zu der Fachtagung „Wasser. Bildung. Zukunft“ am 22. September in Hannover hat die Deutsche Unesco-Kommission eine Übersicht pädagogischer Materialien in einem kleinen Themenheft „Wasser“ ins Internet gestellt. Dort findet sich auch eine umfangreiche Datenbank von pädagogischen Materialien, die nach Themen, Region, Bildungsbereich, Format, Erscheinungsjahr und Bundesland sortiert werden können.

- ▷ Download (PDF, 50 S., 2 MB):
www.kurzlink.de/unesco-lernen-wasser

Broschüre „Virtuelles Wasser“

□ Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. zeigt in der Broschüre „Virtuelles Wasser – versteckt im Einkaufskorb“, wie viel Wasserverbrauch hinter den Pro-

dukten unseres Alltags steckt. Mit beeindruckenden Zahlen werden zum Beispiel der Wasserverbrauch einzelner Staaten erläutert und die Bilanzen des importierten und exportierten virtuellen Wassers dargestellt. Auf 56 schön gestalteten Seiten informiert die Broschüre auch darüber, was jede und jeder Einzelne durch ein verändertes Konsumverhalten tun kann, um die Größe seines persönlichen „Wasserfußabdrucks“ zu verringern.

▷ www.virtuelles-wasser.de

Lynx-Druck „Wasser ist Leben“

□ Die Zeitschrift Lynx-Druck des Schulbiologiezentrums Hamburg e.V. zeigt in der Ausgabe 1/2008 „Wasser ist Leben. Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung“ Möglichkeiten zum Schutz des Wassers auf. Die Beispiele reichen von einer Unicef-Brunnenbauaktion in Malawi über das geplante Abwasserentsorgungssystem „Hamburg Water Cycle“ bis zum Elbe-Tideauzentrum Bunthaus in Hamburg. Pädagogische Angebote des Wasserlabors des Zentrums für Schulbiologie und Umwelterziehung sowie der Zooschule und kopierbare Arbeitsblätter ergänzen das gelungene Heft. Es kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

▷ www.fs-hamburg.org

Fluter-Wasserheft „Alles klar?“

□ Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in der Publikationsreihe Fluter für Jugendliche auch ein Themenheft zum Trinkwasser herausgegeben. Die Beiträge handeln beispielsweise von der Privatisierung des Trinkwassers und der Macht globaler Konzerne, vom Krieg um Wasserreserven und vom Wasserverbrauch in der Viehhaltung. Alle Beiträge können einzeln kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden. Die Webseite bietet weitere Beiträge, unter anderem über die Wassermafia in Sizilien und den untergehenden Inselstaat Tuvalu.

▷ www.fluter.de

Münchner Klimaherbst „Zukunft Wasser“

□ Das Ökologische Bildungszentrum München hat mit der örtlichen Volkshochschule und dem Wasserwirtschaftsamt vom 10. Oktober bis 10. November den 2. Münchner Klimaherbst veranstaltet. Unter dem Motto „Zukunft Wasser“ fanden als Abschluss der Umweltbildungskampagne „WasSerleben 2008“ (siehe S. 45) mehr als 50 Veranstaltungen statt. Das Programmheft war als attraktiv aufgemachtes Magazin gestaltet und enthielt Beiträge wie Cola versus Wasser, Geldanlagen in Wasserfonds, Qualität des Leitungswassers oder Skipisten im Sommer.

▷ www.mvhs.de

▷ www.wasserleben.bayern.de

Heft des Bundesumweltministeriums zum „Wasser im 21. Jahrhundert“

□ Im Online-Bildungsservice des Bundesumweltministeriums kann das Heft „Wasser im 21. Jahrhundert“ heruntergeladen werden. Es enthält Hintergrundinformationen, Arbeitsblätter, einen Comic und Handreichungen für Lehrkräfte. Zusätzliche Tipps führen zum Dokumentarfilm „Über Wasser“, zu einer kostenlosen CD über die Donau und zum Siegerfilm des Schülerwettbewerbs „Mach ´ne Welle“.

▷ www.kurzlink.de/bmu-bildung-wasser

Wassertruck „Volle Pulle“

□ Eine Erlebnisausstellung auf Rädern ist der „Wassertruck“, ein 18 Meter langer Sattelschlepper mit sieben begehbaren Räumen. Fotokollagen, Videoinstallationen und ein Hörspiel bringen das Thema Wasser den jugendlichen Besuchern näher. Man kann auch eine eigene Radiosendung erstellen oder in Materialkisten wühlen. Der Truck kann von Schulen oder Kommunen für eine oder mehrere Wochen angefordert werden. Umwelt- und Entwicklungverbände, die ANU und die Kultusministerien mehrerer norddeutscher Länder sind Partner in dem Projekt.

▷ www.wasser-truck.de

Schulmaterial „Fließgewässer“

□ Der Materialienhefter Fließgewässer zeigt viele Umsetzungsmöglichkeiten des Themas im Fächerverbund Mensch, Natur und Kultur. Die Beispiele zum sinnlichen Naturerleben, der Erforschung des Lebensraumes oder zur Kunst am Fließgewässer sind auf Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren abgestimmt. Der Ordner kann bei der WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung Baden-Württemberg bestellt oder heruntergeladen werden.

▷ Download (PDF, 87 S., 4,5 MB):

www.wbw-fortbildung.de (Neuigkeiten)

Wasser als Menschenrecht

□ Von jungen Menschen aus aller Welt ist die Broschüre „Wasser: (k)ein Recht für alle?“ gemacht worden. Sie ist für SchülerInnen ab der Sekundarstufe I gedacht und fasst die Ergebnisse des UN-Berichts über die menschliche Entwicklung 2006 gut lesbar zusammen. Fotos, Zahlen, Gedichte und Visionen sollen Jugendliche zum Handeln motivieren. Kostenloser Bezug oder Download sind möglich.

▷ www.kurzlink.de/wasser-fuer-alle

VERSCHIEDENES

Aktionstag gegen „Greenwashing“ im Klimaschutz

□ Eine als Manager verkleidete Person steht auf der Straße und poliert eifrig einen großen Pokal. Daneben steht ein großer Geldsack mit der Aufschrift „Werbudget“ und ein Mini-Säckchen mit der Aufschrift „Investitionen in Klimaschutz“. Dies könnte eine der witzigen Aktionen sein, zu denen die Klima-Allianz für den 6. Dezember bundesweit aufruft. Hintergrund ist die Tatsache, dass große Konzerne sich der Öffentlichkeit zunehmend als Klimaschützer darstellen und riesige Geldsummen in Imagekampagnen stecken, statt sie in den Klimaschutz zu investieren. Witzige Werbetafel-Parodien können als A0-Plakat kostenlos angefor-

dert werden. Auf einer Internetseite mit Deutschlandkarte werden die Aktionen anschließend gezeigt.

- ▷ www.die-klima-allianz.de/klimaaktionstag
- ▷ www.alles-heisse-luft.de

Kostenloses Handbuch zu Naturerfahrungsräumen

□ Während Erwachsene gern in sauberen Parks spazieren gehen, möchten viele Kinder lieber auf einer ungestalteten, reich strukturierten Fläche toben, buddeln oder klettern. Psychologen und Pädagogen fordern deshalb seit Jahren die Einführung von „Naturerfahrungsräumen“ (NER). Ein bundesweiter Arbeitskreis bemüht sich darum, dass NER im Baugesetzbuch genannt und als neue Flächenkategorie in die Bauleitplanung aufgenommen werden. Nach Ansicht der Experten sollten Kommunen weniger Geld für Spielplätze ausgeben und dafür den Kindern und Jugendlichen naturbelassene Flächen in unmittelbarem Wohnumfeld für unreglementierte Aktivitäten zur Verfügung stellen.

NER müssen mindestens einen Hektar groß und an Wohnbereiche angegliedert sein. Sie sollten nur extensiv gepflegt werden. Eine pädagogische Betreuung soll es nicht geben. Alle Aktivitäten außer Motorsport sollen erlaubt sein. Es hat sich gezeigt, dass nicht nur die „schrumpfenden“ Städte in Ostdeutschland, sondern auch die dicht bebauten und wachsenden Kommunen im Westen über genügend geeignete Flächen verfügen. Das größte Hindernis sind oft die Bürger, die es nicht ertragen, wenn in ihrer Nachbarschaft „wilde“ und „un-gepflegte“ Naturflächen entstehen. Diese Erkenntnisse sind das Ergebnis eines vom Deutschen Kinderhilfswerk und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge organisierten Kongresses mit über 150 Fachleuten. Die Dokumentation „Kinder und Natur in der Stadt“ kann kostenlos beim Bundesamt für Naturschutz (BfN) angefordert oder von der Webseite heruntergeladen werden.

- ▷ Bezug: BfN, Torsten Wilke, E-Mail: wilket@bfn.de
- ▷ www.naturerfahrungsraum.de

Erfolgreicher Mediencontest zur BNE

□ Das österreichische Forum Umweltbildung in Wien hat im Sommer einen Mediencontest für Jugendliche im Alter von zwölf bis 26 Jahren durchgeführt. Gesucht wurden kreative Film-, Audio- und Multimediabeiträge zum Thema Nachhaltigkeit. Zur Unterstützung gab es Workshops zur Produktion von Podcasts und Videobeiträgen. Insgesamt 1.500 Jugendliche reichten rund fünf Dutzend Videos und ein Hörspiel ein. Eine ExpertInnenjury zeichnete zwölf Filme und einen Audioclip in den vier Kategorien Mobilität, Umwelt/Klima, Soziales und Gesundheit als Favoriten aus, außerdem wurde in einem Online-Voting ein Publikumspreis gekürt. Die ausgezeichneten Arbeiten zeigen, dass nachhaltig für Jugendliche oft weit mehr ist als nur umweltfreundlich. Alle Beiträge sind im Internet abrufbar.

- ▷ www.umweltbildung.at

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de im Internet. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

04.12., Mitwitz/Oberfranken (D)

EU-Förderung und Umweltbildung. Seminar in Kooperation mit der ANU Bayern
 ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de
 ▷ www.oekologische-bildungsstaette.de

04.–07.12., Rinteln im Weserbergland (D)

Berufsbegleitendes Jahrestaining zur Wildnispädagogik 2008/2009
 ▷ www.natur-wildnis-schule.de

05.12., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

18. Schneverdinger Naturschutztag. Gute Gründe für Naturschutzhandeln
 ▷ www.nna.de

10.12., Essen (D)

Umweltbildung im Botanischen Garten. Treffen des AK Umweltpädagogik Ruhrgebiet
 ▷ Ute Jegelka, Tel. +49 (0)201 / 2069460, E-Mail: jegelka@rvr-online.de

12.–14.12., Freising (D)

Impro-Moderation. Seminar
 ▷ www.tuwas.net

24.01., Osnabrück (D)

Kälte draußen – Wärme innen. Fortbildung für MultiplikatorInnen
 ▷ www.naturerlebnisbuero-bicker.de

02.–04.02., Schwaneck bei München (D)

Schneeschuh und Winterspiele
 ▷ www.burgschwaneck.de

05.–06.02., St. Marienkirchen (A)

Integrative Outdoor-Freizeitangebote entwickeln. Tagung
 ▷ www.natur-ooe.at

06.–08.02., Altenkirchen/Westerwald (D)

Bundestagung Lernort Bauernhof. Tiergestützte Pädagogik mit Nutztieren. Bildung für nachhaltige Entwicklung auf dem Bauernhof
 ▷ www.baglob.de

10.–14.02., Hannover (D)

Didacta 2009. Bildungsmesse
 ▷ www.didacta-hannover.de/veranstaltungen

12.–13.02., Ammersbek bei Hamburg (D)

Gelungene Umweltbildung im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Workshop
 ▷ www.nna.de

26.–28.02., Bad Bevensen/Niedersachsen (D)

Veränderungsmoderation
 ▷ www.tuwas.net

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
 Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
 Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
 ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
 Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
 Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de